

Mikroökonomische Betrachtung
der Einwirkung des Lastenausgleiches
auf die Unternehmung

Dissertation
zur Erlangung der Würde
eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel
vorgelegt
von
ARWED C. OTTO
Diplomvolkswirt
von Frankfurt am Main

Buchdruckerei K. Osswald Nachf. Schäfer, Frankfurt-M.

1956

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag des Herrn Prof. Dr. Edgar Salin.

Basel, den 8. März 1956.

Prof. Dr. H. Fuchs
Dekan

Mikroökonomische Betrachtung
der Einwirkung des Lastenausgleiches
auf die Unternehmung

Dissertation
zur Erlangung der Würde
eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel
vorgelegt
von
ARWED C. OTTO
Diplomvolkswirt
von Frankfurt am Main

Buchdruckerei K. Osswald Nachf. Schäfer, Frankfurt-M.

1956

Inhaltsverzeichnis

Einleitung:	Seite
Entstehung, Aufbau und Grundzüge des Lastenausgleichsgesetzes.	1
A. Erster Hauptteil:	
Rechtliche und betriebswirtschaftliche Regelung der Ausgleichsabgaben.	
I. Die Vermögensabgabe.	4
1. Abgabepflicht.	4
2. Bemessungsgrundlage.	5
3. Höhe der Abgabeschuld.	6
4. Berücksichtigung von Kriegssachschäden.	7
5. Entrichtung der Abgabe.	7
6. Zeitwert.	8
7. Grundsätze.	9
II. Die Kreditgewinnabgabe.	9
1. System.	10
2. Schuldnergewinne.	11
3. Gläubigerverluste.	12
4. Grundsätze.	12
III. Die Hypothekengewinnabgabe.	13
1. Begrenzung der Kreditgewinnabgabe.	14
2. Grundsätze.	15
IV. Die Abzugsfähigkeit der Lastenausgleichs- abgaben.	15
1. Feststellung der Einheitswerte.	16
2. Abzugsfähigkeit bei der Vermögenssteuer.	16
3. Abzugsfähigkeit bei der Vermögensabgabe.	16
4. Abzugsfähigkeit bei der Einkommen- steuer und der Körperschaftssteuer.	17
5. Abzugsfähigkeit bei der Gewerbesteuer.	17
B. Zweiter Hauptteil:	
Die betriebswirtschaftliche Bedeutung der Bilanzierungsvorschriften.	
I. Erstmaliger Ausweis in der Jahresbilanz.	18

II.	Die Behandlung der VA in der Jahresbilanz.	
1.	Die Passivierungspflicht der VA:	19
a)	Privilegierte Unternehmen	19
b)	Einzelkaufleute	20
c)	stille Gesellschaft	21
d)	Personalgesellschaften	21
e)	Verschmelzung und Umwandlung.	21
2.	Vermerk für nichtpassivierte VA.	22
3.	Gegenwartswertberechnung für die passivierte Vermögensabgabe.	23
4.	Wechsel zwischen Passivierung u. Vermerk.	23
5.	Bildung einer freien Rücklage für die VA.	23
6.	Die Lastenausgleichsrücklage:	24
a)	Bildung	24
b)	Verwendung	24
c)	Vermerkplicht.	25
7.	Vergleichende Betrachtung: Beantwortung der Frage, welche Finanzierungsart zu bevorzugen ist.	25
III.	Die Behandlung der Kredit- u. Hypothekengewinnabgabe in der Jahresbilanz.	
1.	Die Kreditgewinnabgabeschuld als Betriebsschuld.	29
2.	Die Passivierung der Kreditgewinnabgabeschuld.	29
3.	Die Bilanzierung der Zinsen.	29
4.	Die Bilanzierungsvorschriften für die Hypothekengewinnabgabe.	30
IV.	Ausgleich der Jahresbilanz.	
1.	Einzelkaufleute.	31
2.	Personengesellschaften.	31
3.	Kapitalgesellschaften.	31
a)	Verwendung der offenen Rücklagen	31
b)	Verwendung der gesetzl. Rücklagen	31
c)	Herabsetzung des Nennkapitals	32
d)	Ausweis eines Verlustes.	32
4.	Bildung eines Lastenausgleichsgegenpostens.	32
5.	Verlustaussgleich bei KGaA und Genossenschaften.	33

C. Dritter Hauptteil:

Die Bedeutung der Bilanzierungsvorschriften für die Konstitution und die Situation des Betriebes.

I. Bezüglich der Konstitution.

- | | |
|---------------------------|----|
| 1. Die Vermögensstruktur: | 34 |
| a) Anlagevermögen | 35 |
| b) Umlaufvermögen | 36 |
| 2. Die Kapitalstruktur: | 37 |
| a) Eigenkapital | 39 |
| b) Fremdkapital | 40 |

II. Bezüglich der Situation.

- | | |
|--|----|
| 1. Der Gewinn: Seine Schmälerung durch die Lastenausgleichsabgabe. | 42 |
| 2. Die Rentabilität: Ihr Wesen, ihre Problematik im allgemeinen und speziellen unter der Wirkung der Lastenausgleichsabgabe. | 45 |
| 3. Die Liquidität: Der konstante Faktor der laufenden liquiden Abgabenanteile als Schmälerung der Normalliquidität. | 47 |

III. Folgerung für die Finanzierung des Unternehmens.

- | | |
|---|----|
| 1. Vergrößerter Umfang des Finanzierungsbedarfes bei der Außenfinanzierung. | 48 |
| 2. Die Innenfinanzierung. | 49 |

D. Schluß:

Die mangelnde Elastizität des Lastenausgleichsgesetzes.	50
---	----

E. Quellenangabe.

F. Abkürzungen.



Entstehung, Aufbau und Grundzüge des Lastenausgleichsgesetzes

Der Begriff des Lastenausgleiches wurde in die Gesetzessprache durch die Präambel zu den Währungsgesetzen der Militärregierungen eingeführt. Dieselbe bestimmt, daß den deutschen gesetzgebenden Stellen die Regelung des Lastenausgleiches als einer vordringlichen, bis zum 31. Dezember 1948 zu lösenden Aufgabe übertragen wird.

Unter dem Lastenausgleich waren bereits früher alle diejenigen Bestrebungen und Wünsche zusammengefaßt worden, die sich darauf richteten, zumindest die größten Unterschiede zu beseitigen, die sich infolge der Massenschäden des Krieges ergeben hatten, und damit in erster Linie eine Wiedereingliederung der durch den Krieg am härtesten betroffenen Volksteile herbeizuführen und um in zweiter Linie Entschädigungen für Verluste zu leisten.

Dem Vorschlag der deutschen Sachverständigen über die Gestaltung der Neuordnung des Geldwesens — Homburger Plan —, wonach eine enge Verbindung zwischen einer Währungsreform und dem Lastenausgleich geschaffen werden sollte, in welchem im Endergebnis die Sachwerte die gleichen Verluste wie die abgewerteten Geldvermögen zu tragen hätten, sind die Militärregierungen nicht gefolgt. Sie bestimmen im Umstellungsgesetz lediglich, daß die zur Durchführung des Lastenausgleiches erforderlichen Mittel durch besondere Vermögensabgaben aufzubringen seien. Ebenso legten sie fest, daß die durch die Umstellung von Reichsmarkverbindlichkeiten auf D-Mark entstandenen Schuldnergewinne zum Ausgleich heranzuziehen seien.

Auf diese Bestimmung geht das erste auf dem Gebiet des Lastenausgleiches erlassene Gesetz des Wirtschaftsrates zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 2. September 1948 zurück. Gleicherweise nur vorläufigen Charakter trägt das zweite Gesetz des Wirtschaftsrates auf dem Gebiet des Lastenausgleiches, das Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände — das Soforthilfengesetz vom 8. August 1949 — mit den entsprechenden Parallellgesetzen für die französische Besatzungszone. In engem Zusammenhang mit dem Lastenausgleich steht ebenfalls das für das geeinte Wirtschaftsgebiet erlassene Gesetz zur Förderung der Eingliederung von Heimatvertriebenen in die Landwirtschaft, das Flüchtlingssiedlungsgesetz vom 10. 8. 1949. Die hierin vorgesehenen Hilfsmaßnahmen berühren sich vielfach mit denen des Soforthilfengesetzes, wobei für die Durchführung der Flüchtlingssiedlung fast ausschließlich Soforthilfemittel verwendet werden.

Am 1. September 1952 hat das Lastenausgleichsgesetz im Bundesgebiet Gesetzeskraft erlangt. Es enthält in zwei Hauptabschnitten die Ausgleichsabgaben — womit die bisher im Bundesgebiet erhobene Soforthilfeabgabe und die Umstellungsgrundschulden ersetzt werden sollen — und die Ausgleichsleistungen.

Die drei Ausgleichsabgaben — Vermögensabgabe, Hypothekengewinnabgabe und Kreditgewinnabgabe — gelten als am Tage der Währungsreform entstanden. Das Aufkommen ist für die ersten Jahre mit etwa 1,7 Milliarden D-Mark jährlich veranschlagt. Die Kreditgewinnabgabe soll bis 1973, die Hypothekengewinnabgabe und die Vermögensabgabe bis 1979 erhoben werden.

Die Rückbeziehung auf den Tag der Währungsreform und die jahrzehntelange Erhebungsdauer eines am Tage der Währungsreform vorhandenen Tatbestandes haben über die abgaberechtlichen Vorschriften hinaus zahlreiche handelsrechtliche und privatrechtliche Regelungen erforderlich gemacht.

Zunächst wurde eine schnelle Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene als dringlich angesehen und daher erließ der Frankfurter Wirtschaftsrat als Vorläufer zum Lastenausgleichsgesetz das „Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände“ vom 8. 8. 1949, das Soforthilfegesetz, welches als Vorauszahlung auf den endgültigen Lastenausgleich eine jährliche Abgabe von 3 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens vom 21. 6. 1948 und eine Soforthilfe-Sonderabgabe auf das Vorratsvermögen nach dem Stande vom gleichen Tage, in Höhe von 4 v. H. auf den Normalbestand und 5 v. H. auf den Überbestand vorsieht.

Neben dem Soforthilfegesetz ist in diesem Zusammenhang auf das zweite Gesetz zur „Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich“ vom 2. 9. 1948, das sogenannte Hypothekensicherungsgesetz, hinzuweisen, das die Heranziehung der Schuldnergewinne vorsieht, die sich bei der Währungsumstellung von Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden im Verhältnis 10:1 automatisch ergeben. Das sich aus diesem Gesetz ergebende Aufkommen in Höhe von jährlich durchschnittlich etwa 438 Millionen D-Mark fließt — anders als die Soforthilfeabgabe, die den bundeseinheitlichen Soforthilfefonds zugeführt wird — den Ländern zu, die darüber zu Gunsten des Wohnungsbaues verfügen.

Zur Durchführung des Lastenausgleiches werden Ausgleichsabgaben erhoben und Ausgleichsleistungen bewirkt. Als Ausgleichsleistungen nennt das Lastenausgleichsgesetz:

- I. Leistungen mit Rechtsanspruch (§ 232 LAG)
 - a) Hauptentschädigung;
 - b) Kriegsschadenrente;
 - c) Hausratentschädigung;
 - d) Entschädigung im Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener;
- II. Leistungen ohne Rechtsanspruch nach Maßgabe der verfügbaren Mittel (§ 233 LAG):
 - a) Eingliederungsdarlehen;
 - b) Wohnraumhilfe;
 - c) Leistungen aus dem Härtefond;
 - d) Leistungen auf Grund sonstiger Förderungsmaßnahmen.

Der Lastenausgleich wird in der Regel durch Geldleistungen aus dem Ertrag bewirkt. Eine derartige Abwicklung kann jedoch nur im Rahmen einer größeren Reihe von Jahren erfolgen, wenn bei der Abgabentrachtung nicht Schwierigkeiten liquiditätsmäßiger Art eintreten sollen.

Die Möglichkeit der Übertragung von Gegenständen des Sachvermögens vom Abgabepflichtigen auf den Beschädigten — Naturalausgleich — ist vorgesehen nach den §§ 2, 58, 59, 349 LAG. Der Naturalausgleich erfolgt nur auf freiwilliger Grundlage.

Dem Lastenausgleichsfond, dessen Mittel für lastenausgleichsfremde Aufgaben nicht abgezweigt werden dürfen, fließen neben den oben genannten Abgaben und Zuschüssen der Länder auch noch weitere Mittel zu, wie: Säumniszuschläge und Geldstrafen bei der Durchführung des Lastenausgleiches, Erträge aus dem Ausgleichsfond, nach Abschluß der Wertpapierbereinigung verbleibende Beträge auf Grund eines Sondergesetzes und sonstige Werte — die dem Ausgleichsfond durch Gesetz oder auf andere Weise besonders zugewiesen werden —, sodaß zunächst bis zum 31. 12. 1957 ein gleichbleibendes jährliches Gesamtaufkommen sichergestellt ist.¹⁾ Außerdem werden im Lastenausgleichsfond die Mittel und Rechte des Soforthilfefonds sowie die Forderungen nach dem Hypothekensicherungsgesetz übertragen.²⁾

¹⁾ nach den §§ 5 und 6 LAG.

²⁾ nach § 354 LAG.

Die Möglichkeit der Vorfinanzierung wird durch das Lastenausgleichsgesetz dadurch geschaffen, daß die Bundesregierung ermächtigt wird, Kredite bis zur Höhe von 5 Milliarden D-Mark aufzunehmen. Eine solche Vorfinanzierung außerhalb des Lastenausgleiches erschien deshalb als notwendig, weil das Aufkommen aus den Ausgleichsabgaben auf einen längeren Zeitraum verteilt ist, die soziale Lage zahlreicher Beschädigter jedoch die beschleunigte Gewährung eines erheblichen Teiles der Ausgleichsleistungen innerhalb der nächsten Jahre dringend erforderlich macht. Eine unbegrenzte Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten lehnt das Lastenausgleichsgesetz ab, da solche Maßnahmen sich in einer Erhöhung des Zahlungsmittelumlaufes auswirken könnten und damit die Währung gefährdet würde.

Die Aufnahme einer Auslandsanleihe ist durch das Grundgesetz — Art. 115 — an ein besonderes Bundesgesetz gebunden. Die Ermächtigung im Lastenausgleichsgesetz macht ein Sondergesetz nicht mehr erforderlich.

Wenn das Lastenausgleichsgesetz eine besondere Maßnahme zum Ausgleich der Vermögensverschiebungen der Kriegs- und Nachkriegszeit darstellt, so ergibt sich hieraus, daß die Abgabepflichtigen mit ihrem Vermögen unter Berücksichtigung der durch die Neuordnung des Geldwesens eingetretenen Veränderungen zu Leistungen heranzuziehen sind. Das Gesetz sieht aus grundsätzlichen Erwägungen davon ab, auch das Einkommen mit Ausgleichsabgaben zu belasten, da durch die schon stark progressiv gestaffelten Sätze der Einkommensteuer hierfür kein Raum mehr gegeben ist. Schon dieser Umstand zeigt, daß eine sorgfältige Abstimmung zwischen den Lastenausgleichsabgaben und der allgemeinen Steuergesetzgebung erforderlich ist. Ebenso ist der Gesamtumfang der möglichen Ausgleichsleistungen durch das erwartete Gesamtaufkommen begrenzt. Angesichts dieser Tatsache beschränkt das Lastenausgleichsgesetz sowohl den zu berücksichtigenden Personenkreis als auch das Ausmaß der Abgeltung von Schäden.

Einer besonderen Gesetzgebung ist die Regelung von Verlusten an Altssparanlagen vorbehalten.¹⁾ Der § 366 LAG sieht die gesetzlichen Regelungen anderer Kriegsfolgeschäden vor.

Die Ausgleichsleistungen, Vermögensabgabe, Kreditgewinnabgabe, Hypothekengewinnabgabe, belasten in erster Linie diejenigen Bevölkerungsschichten, die sich ihr Vermögen ganz oder zu wesentlichen Teilen über den Krieg haben erhalten können. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Geschädigte seinen Entschädigungsanspruch unmittelbar gegen den noch Besitzenden geltend machen kann. Schuldner gegenüber den Rechtsansprüchen, die durch das Lastenausgleichsgesetz begründet werden, ist vielmehr der Bund.

Die in dem Lastenausgleichsgesetz getroffene Regelung zur Abgeltung von Vertriebungsschäden, Sparerschäden und Ostschäden tritt an die Stelle der bisherigen Regelung, wie sie insbesondere durch die Kriegsschädenverordnung vom 30. 2. 1940 und das Soforthilfegesetz vom 8. 8. 1949 getroffen waren.²⁾ Da die im Lastenausgleichsgesetz selbst vorgesehenen Leistungen und Maßnahmen allein zur Verwirklichung der Ziele des Lastenausgleiches nicht ausreichen, bleiben noch ergänzende Maßnahmen zu Gunsten der Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten vorbehalten.³⁾

Grundzüge der Lastenausgleichsregelung

1. Im Mittelpunkt steht eine Erfassung des am Währungsstichtag vorhandenen Vermögens mit 50 v. H. des Einheitswertes. Da eine sofortige Fälligstellung der Abgabe, wie sie teilweise gefordert worden war, sich als unmöglich erwiesen hat, ist die

¹⁾ nach § 365 LAG.

²⁾ nach § 373 LAG.

³⁾ nach § 364 LAG.

Abgabeschuld in 27 Jahren zuzüglich dreier Vorauszahlungsjahre nach dem Soforthilfegesetz, zu verzinsen und zu tilgen. Die Zinssätze sind beim gewerblichen Vermögen höher als beim Grundvermögen oder land- und forstwirtschaftlichen Vermögen. Größere Kriegsschäden werden bei der Berechnung der Vermögensabgabe beschränkt berücksichtigt. Die Jahresleistungen sind bei der Ermittlung der Einkommen- und Körperschaftssteuer mit ein Drittel bzw. Einviertel abzugsfähig.

2. Für den Lastenausgleich wird zunächst neben der Stichtagsabgabe der Ertrag der bereits bestehenden Vermögenssteuer beansprucht. Im Gegensatz zur Vermögensabgabe ist sie der jeweiligen Vermögensentwicklung angepaßt.

3. Das Lastenausgleichsgesetz erfaßt die Währungsgewinne aus praktischen Gründen nicht ausnahmslos. Es erfaßt aber die beiden weitaus wichtigsten Gruppen von Währungsgewinnen, einerseits die Währungsgewinne aus den durch Grundpfandrecht gesicherten Darlehen in der Hypothekengewinnabgabe, andererseits die Währungsgewinne der Kaufleute in der Kreditgewinnabgabe. Die Regelung ist in beiden Fällen in Anpassung an die wirtschaftliche Situation verschiedenartig gestaltet.

4. Die bisherigen Leistungen nach dem Soforthilfegesetz und aus den Umstellungsgrundschulden werden als Vorausleistungen auf die endgültigen Abgaben verrechnet.

5. Als Geschädigte werden im Gesetz in erster Linie die beiden großen Gruppen der Vertriebenen und der Kriegssachgeschädigten anerkannt, daneben die sogenannten Ostgeschädigten und im beschränkten Umfang die Altsparer.

6. An die Geschädigten werden Ausgleichsleistungen gewährt. Davon sind einige vorwiegend auf den erlittenen Schaden bezogen, die quotalen Leistungen. Andere Leistungen dienen vorübergehend der Behebung von Notständen oder der Eingliederung Vertriebener, die sozialen Leistungen.

Quotale Leistungen

Hauptentschädigung,
Hausratentschädigung,
Kriegsschadenrente,
Leistungen im Währungsausgleich.

Soziale Leistungen

Eingliederungsdarlehen,
Kriegsschadenrente,
Wohnraumhilfe,
Leistungen aus dem Härtefond

In den ersten Jahren des Gesetzes stehen die Leistungen mit sozialem Charakter im Vordergrund.

A. Erster Hauptteil:

Rechtliche und betriebswirtschaftliche Regelung der Ausgleichsabgaben.

Die Frage, welche Bedeutung das Lastenausgleichsgesetz für die deutsche Wirtschaft hat, bedingt die Unterscheidung der Wirkungen auf das einzelne Unternehmen und die Wirtschaft im allgemeinen.

Die Untersuchung der betriebswirtschaftlichen Bedeutung der Bilanzierungsvorschriften setzt die Behandlung der Vorschriften der Abgabenseite voraus.

Dies soll im ersten bis dritten Abschnitt dieses ersten Hauptteiles geschehen. Der vierte Abschnitt behandelt die gemeinsamen Vorschriften für die Abzugsfähigkeit der Lastenausgleichsabgaben.

I. Die Vermögensabgabe.

1. Die Abgabepflicht.

Die Abgrenzung zwischen beschränkter und unbeschränkter Abgabepflicht entspricht den allgemeinen steuerlichen Grundsätzen. Danach sind im Grundsatz natürliche und

juristische Personen mit dem Wohnsitz oder Sitz im Bundesgebiet oder in West-Berlin unbeschränkt, also mit ihrem gesamten in- und ausländischen Vermögen abgabepflichtig.

Die Befreiungsvorschriften unterscheiden sich grundsätzlich von denen, die im Vermögenssteuerrecht maßgebend sind. Bei ihrer Formulierung wurde der Grundsatz befolgt, daß die Befreiung entscheidend nicht von der Person des Vermögensträgers abhängig sein soll, also insbesondere nicht davon, ob der Vermögensträger eine Stelle der öffentlichen Hand oder eine Privatperson ist. Ohne Rücksicht auf die Person des Trägers wurden solche Vermögen befreit, die in einer bestimmten Weise für öffentliche Aufgaben gebunden sind.

Dieser Grundsatz tritt deutlich zutage in den Ziffern 1 und 2 des § 18 in denen die Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Bundesbahn und die Bundespost nicht mit ihrem Vermögen schlechthin, sondern nur mit dem für den öffentlichen Zweck unmittelbar genutzten Vermögen befreit sind. Besonders deutlich wird dies durch die Vorschriften der Ziffern 7 und 8, durch die das der öffentlichen Wasser- und Energieversorgung gewidmete Vermögen ohne Rücksicht auf den Träger befreit wird. In beiden Fällen geschieht dies aber nur insoweit, als es nicht für freie gewerbliche Zwecke, sondern in Wahrung öffentlicher Versorgungsaufgaben am Stichtag eingesetzt war. Im Grundsatz gleichartig ist die Regelung für Verkehrsbetriebe.

2. Die Bemessungsgrundlage.

Die Vorschrift des § 21 ist von entscheidender Bedeutung. Sie bestimmt, daß für die Abgabepflicht im Grundsatz von dem Gesamtvermögen nach den für die Vermögenssteuer geltenden Vorschriften auszugehen ist, und daß daher die entsprechenden Vorschriften des Bewertungsgesetzes, die für die Ermittlung des Gesamtvermögens maßgebend sind, Anwendung finden. Dies hat seine Gültigkeit sofern nicht ausdrücklich eine Sonderregelung getroffen ist. Hieraus ergibt sich, um nur einige Beispiele zu nennen:

Die Nichttheranziehung des im Bewertungsgesetz nicht als „Vermögen“ aufgeführten Hausrates, die Vermögensbewertung nach den Einheitswerten, die Abgrenzung des „sonstigen Vermögens“ und der Schuldenabzug.

Für das Betriebsvermögen ist eine Hauptfeststellung des Einheitswertes auf den 21. 6. 1948 angeordnet.¹⁾

Hierbei ist die Maßgabe der D-Mark-Bilanzwerte von besonderer Bedeutung.²⁾ Die in den D-Mark-Eröffnungsbilanzen vorgenommenen „Wertaufstockungen“ wirken sich auf die Bemessungsgrundlage für die Vermögensabgabe aus und werden zu einer Erhöhung des Aufkommens gegenüber dem der Soforthilfeabgabe führen, soweit die Vermögensabgabe auf das Betriebsvermögen entfällt.

Die Ermittlung des Einheitswertes für das Betriebsvermögen auf den Stichtag haben auch das Vermögensbewertungsgesetz vom 16. 1. 1952 in § 1 Ziff. 8 in Verbindung mit § 4 und die Vermögenssteuer-Richtlinien berücksichtigt.

Bei der Ermittlung des Gesamtvermögens zu Zwecken der Vermögenssteuer werden, statt der Vermögensabgabe gemäß § 208 Ziff. 1, 35 v. H. des Vermögens abgezogen, das sich für den Währungsstichtag vor Abzug der Vermögensabgabe und nach Abzug der Umstellungsgrundschulden und Soforthilfesonderabgabe gemäß § 208 Ziff. 2 und 3 ergibt. Dieser 35/oige Abzug ist gemäß § 210 dem Vermögen wieder zuzurechnen.

Die Hypothekengewinnabgabe und Kreditgewinnabgabe sind mit ihrem Wert per 21. 6. 1948 abzugsfähig, nach § 210 Ziff. 2. Der ermittelte Wert des Vermögens wird auf volle 100 D-Mark nach unten abgerundet.

¹⁾ Gemäß § 7 VStVeranlG vom 3. 6. 1949 (WiBil. S. 83).

²⁾ nach § 75 DMBG.

Abweichungen von den für die Vermögenssteuer geltenden Vorschriften.

Die Vorschrift des § 24 LAG enthält eine umfangreiche Aufzählung über die Abweichungen von den für die Vermögenssteuer geltenden Bestimmungen der Vermögensermittlung. Diese Abweichungen haben teilweise erhebliche Bedeutung. Der Grundgedanke der Ziffer 1 des § 24 ist insbesondere, daß das Geldvermögen, welches durch die Währungsreform schon „abgewertet“ worden ist, damit seinen Beitrag zum Lastenausgleich geleistet hat und deswegen für die Vermögensabgabe nicht mehr in Anspruch genommen werden soll. Die Vergünstigung entfällt in den seltenen Fällen, in denen das Geldvermögen den Betrag von 150 000,— D-Mark am Währungsstichtag überschritten hat für den überschießenden Betrag. Dies gilt jedoch nicht für das Betriebsvermögen. Die Grenze ist bei einer Abwertung von 10:2 gezogen, damit auch gewisse Fälle der Parteivereinbarung noch berücksichtigt werden können. Ein ähnlicher Grundsatz gilt für Rückerstattungsforderungen.

Zunächst war vorgesehen, Aktienvermögen im Lastenausgleich nicht heranzuziehen, weil das Vermögen bereits bei der Gesellschaft erfaßt wird und eine Doppelbesteuerung vermieden werden sollte. Bei der abschließenden Beratung des Gesetzes ist jedoch eine Heranziehung des Aktienvermögens beschlossen worden. Sie beschränkt sich auf die Erfassung des halben Wertes zu den verhältnismäßig niedrigen Kursen am 1. 1. 1949 und auf notierte oder im freien Verkehr gehandelte Werte. Die nach dem Vermögenssteuerrecht geltenden Vergünstigungen gelten auf Grund des § 21 LAG auch hier.

3. Die Höhe der Abgabeschuld.

Von dem abgabepflichtigen Vermögen ist eine einheitliche Vermögensabgabe gemäß § 31 LAG von 50 v. H. mit verschiedenen gestaffelten Sätzen innerhalb von 30 Jahren, gleichgültig, aus welchen Wirtschaftsgütern sich das abgabepflichtige Vermögen zusammensetzt, zu leisten. Die entscheidende wirtschaftliche Bedeutung liegt jedoch in der Bestimmung des § 35 des Lastenausgleichsgesetzes. Diese wirtschaftliche entscheidende Vorschrift bestimmt das tatsächliche Gewicht der Vermögensabgabe. Die Abgabesätze stufen sich, wie bei der Soforthilfeabgabe nach der durchschnittlichen Ertragsfähigkeit, und es gilt folgendes:

1. Mit 4 v. H. der Abgabeschuld im Jahr ist das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und ferner das aus Miet-Wohngrundstücken oder Einfamilienhäusern bestehende Vermögen belastet. Die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit der Erhöhung des Jahressatzes auf 5 v. H. soll nur dann zur Anwendung kommen, wenn die grundsätzliche Freigabe der Mieten erfolgt.

2. Mit 5 v. H. der Abgabeschuld im Jahr — dies entspricht etwa in der Regel 2,5 v. H. des Vermögens — sind gemischte genutzte Grundstücke belastet. Unter diesen Grundstücken versteht man solche, die teils Wohnzwecken, teils unmittelbar gewerblichen oder öffentlichen Zwecken des Eigentümers dienen und bei denen der Wohnraum mindestens 20 v. H., aber nicht mehr als 80 v. H. beträgt.

3. Mit 6 v. H. der Abgabeschuld im Jahr sind das Betriebsvermögen, Geschäftsgrundstücke und das „sonstige Vermögen“ belastet. Unter „sonstiges“ Vermögen ist nach § 67 BewG insbesondere das Vermögen an Kapitalforderungen, Bankeinlagen, Aktien und andere Beteiligungen zu verstehen.¹⁾

Zu beachten ist, daß das Vermögen von Wohnungs- und Siedlungsunternehmen, sowie von Grundstücksgesellschaften steuerrechtlich zwar fast stets Betriebsvermögen darstellt — da es im Eigentum einer juristischen Person steht —, aber bei der An-

¹⁾ Vgl. hierzu § 24 Ziff. 1 und 2 LAG.

wendung des § 35 LAG wie das Vermögen einer Einzelperson behandelt wird, d. h. je nach der Vermögensart in abgestufter Höhe belastet ist.

Die Abgabepflichtigen haben im allgemeinen vor dem 1. 4. 1952 schon für 3 Jahre Soforthilfeabgabe bezahlt. Diese wird nach § 32 LAG von der Abgabeschuld abgezogen. Die verringerte Abgabeschuld muß daher nun in 27 Jahren bezahlt, also zum Ausgleich um $\frac{3}{27} = \frac{1}{9}$ erhöhten Vierteljahressätzen bedient werden, damit sich im Durchschnitt der 30 Jahre die richtige Gesamtleistung ergibt. Hat der Abgabepflichtige während der Soforthilfezeit keine Leistungen erbracht, so muß er die Gesamtschuld in 27 Jahren, d. h. mit den erhöhten Vierteljahressätzen abtragen. Gilt dagegen ausnahmsweise eine Soforthilfeabgabe nach § 56 LAG als entrichtet, dann sind für 27 Jahre nur die normalen Vierteljahressätze des § 35 LAG zu entrichten.

4. Berücksichtigung von Kriegssachschäden.

Bei der Soforthilfeabgabe hat es die Berücksichtigung von Kriegssachschäden nicht gegeben. Die Geschädigten, die noch nicht abgabepflichtiges Vermögen besitzen, haben eindringlich gefordert, daß das durch Kriegssachschäden geschwächte Vermögen ein weitgehendes Entgegenkommen erfahren müsse. Es solle nicht nur später eine Hauptentschädigung bezahlt, sondern die Entschädigung ganz oder teilweise in die Abgabe selbst eingebaut werden. Es solle, wie es ungenau aber gebräuchlich heißt, eine „Saldierung“ zugelassen werden. Dies ist auch durch das Gesetz anerkannt worden, und es sieht vor, daß nur die auch für Ausgleichsleistungen in Frage kommenden Kriegssachschäden, Vertreibungsschäden und Ostschäden Berücksichtigung finden können. Diese Schäden unterliegen der Feststellung nach dem Feststellungsgesetz, jedoch ist dies nicht Voraussetzung für eine Berücksichtigung bei der Vermögensabgabe.

Der Kriegssachschaden an Gewerbebetrieben wird höchstens mit dem Betrag angesetzt, um den der für den Gesamtbetrieb auf den 1. 1. 1940 festgestellte Einheitswert den am Währungsstichtag festgestellten Wert übersteigt.¹⁾ Hierdurch wird die Berücksichtigung erlittener Kriegssachschäden dann ausgeschlossen, wenn dem Verlust am Anlagevermögen Währungsgewinne gegenüberstehen, die auf der Umstellung einer Darlehensverpflichtung beruhen, welche eine Kapitalgesellschaft gegenüber einem ihrer Gesellschafter hat. In diesen Fällen wird nach § 163 Abs. 3 Ziff. 4 LAG von der Berücksichtigung des Schuldnergewinnes bei der Kreditgewinnabgabe ausdrücklich abgesehen.

5. Die Entrichtung der Abgabe.

Der § 48 LAG bedeutet, daß grundsätzlich bis 1. 4. 1952 die Soforthilfeabgabe, jedoch von diesem Zeitpunkt ab die neue Vermögensabgabe, zu entrichten ist. Übergangsweise ist nach dem 1. 4. 1952 die Soforthilfeabgabe nach § 175 als Vorauszahlung bis zum Empfang eines Bescheides über die Vermögensabgabe weiter zu entrichten. Jedoch wird sie als echte Vorauszahlung behandelt und etwaige Differenzen auf Grund des § 75 LAG der Neuveranlagung angeglichen.

Die Soforthilfesonderabgabe wird, abgesehen von den Fällen des branchenfremden oder nichtgewerblichen Vermögens, auf die Vermögensabgabe verrechnet, sodaß sie im Endergebnis nicht eine zusätzliche Zahlung, sondern nur eine beschleunigte Zahlung im Lastenausgleich darstellt. Es liegt eine erhebliche Vergünstigung für die Abgabepflichtigen darin, daß die Soforthilfeabgabe auf die Abgabeschuld, nicht etwa auf die Gesamtsumme der Vierteljahresvorauszahlungen angerechnet wird.²⁾

Die Leistungen aus den Umstellungsgrundschulden wurden seither auf die Soforthilfeleistungen angerechnet. Nun gilt im Lastenausgleichsgesetz der Grundsatz des

¹⁾ Vgl. § 13 Abs. 4 FG.

²⁾ Vgl. hierzu § 32 LAG.

Abzuges der Hypothekengewinnabgabenschuld vom abgabepflichtigen Vermögen. Der § 48 Abs. 3 hebt das Anrechnungsprinzip rückwirkend auf. Die Auswirkung des § 48 in Verbindung mit § 32 und § 75 LAG ist, daß die etwaige Differenz zwischen Soforthilfeabgabe und Vermögensabgabe für die Zeit bis 1. April 1952 unter Verteilung auf 27 Jahre zu erstatten bzw. nachzuentrichten ist.

Sofortige Fälligkeit.

„Bei der Gefährdung des Abgabeanpruches auf die Vermögensabgabe kann das Finanzamt die sofortige Fälligkeit aller noch später fällig werdenden Vierteljahresbeträge in Höhe ihres Zeitwertes anordnen.

Dies ist der Fall, wenn der Abgabeschuldner mit mindestens vier Vierteljahresbeträgen an Vermögensabgabe oder an Vorauszahlungsbeträgen im Rückstand ist, ohne daß im Stundung gewährt wurde. Auch wenn aus sonstigen Gründen der Eingang der später fällig werdenden Vierteljahresbeträge gefährdet erscheint, kann das Finanzamt die sofortige Fälligkeit anordnen. Hierzu ist nicht erforderlich, daß der Abgabepflichtige bereits in Versäumnis geraten ist; den Nachweis für die Gefährdung wird allerdings das Finanzamt erbringen müssen.

Die Fälligstellung zum Zeitwert setzt einen, wenn auch nur vorläufigen Abgabebescheid voraus, gegen den sich der Abgabepflichtige mit ordentlichen Rechtsmitteln wenden kann.¹⁾ Tilgt hingegen der Abgabeschuldner bestehende Rückstände und leistet er bei der Gefährdung des Abgabeanpruches auf die später fällig werdenden Vierteljahresbeträge eine ausreichende Sicherheit, so muß das Finanzamt von der Anordnung sofortiger Fälligkeit Abstand nehmen“.²⁾

Auch wenn die Vermögensabgabe noch nicht veranlagt ist, so ist für die Berechnung der sofort fällig werdenden Vierteljahresbeträge — Zeitwert der Vermögensabgabe — von den Vorauszahlungsbeträgen auszugehen.

„Der Zeitwert, in dessen die Höhe der Fälligkeit ausgesprochen wird, ist bei sofortiger Fälligkeit wegen Gefährdung nach § 77 LAG zu berechnen. Zur Sicherung des Abgabeanpruches bestimmt § 50 Abs. 3 LAG, daß jeder Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft den Abschluß des Gesellschaftsvertrages, den Eintritt und das Ausscheiden eines Gesellschafters, sowie die Auflösung der Gesellschaft dem Finanzamt anzuzeigen hat. Hierdurch soll eine Kontrollmöglichkeit geschaffen werden, um festzustellen, ob durch diese gesellschaftsrechtlichen Vorgänge etwa der Abgabeanpruch auf die Vermögensabgabe gefährdet wird“.

6. Der Zeitwert.

Die Vorschrift des § 77 LAG hat große Bedeutung. Die Vermögensabgabe stellt im wirtschaftlichen Ergebnis eine 27 Jahre zu entrichtende Rentenschuld dar. Der in diesen Rentenleistungen enthaltene Zinsteil ist niedriger, beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen sowie Grundvermögen sogar erheblich niedriger, als der marktübliche Zins. Daher würde in allen Fällen, in denen die tatsächliche Höhe der Abgabenleistung wirtschaftliche Bedeutung hat, so z. B. bei vorzeitiger Ablösung der gesamten Abgabenschuld, der Ansatz des Nominalbetrages der Vermögensabgabeschuld zu wirklichkeitsfremden Ergebnissen führen.

Der Zeitwert steht mithin im Gegensatz zum Nennwert und zum Ablösungswert.³⁾ Der Zeitwert der Vermögensabgabe wird hinsichtlich der schon fälligen Leistung mit ihrem vollen Betrag, hinsichtlich der noch nicht fälligen Leistungen dagegen nach den Grundsätzen der Abzinsung ermittelt. Die Abzinsung erfolgt gegenwärtig nach dem

¹⁾ d. h. Einspruch, Berufung, Rechtsbeschwerde.

Siehe § 235 Ziff. 5 Reichsabgabenordnung.

Vgl. hierzu Riewald Anm. 3 Abs. 3 zu § 235 Reichsabgabenordnung.

²⁾ Vgl. § 177 Abs. 2 LAG.

In Anlehnung an Meilicke=Georgi a. a. O., S. 125—126.

³⁾ Vgl. § 199 Abs. 2 LAG.

BewG auf der Grundlage eines Zinsfußes von 5,5 v. H. Zu beachten ist, daß bei vorzeitiger Ablösung der Vermögensabgabe, um einen Anreiz zu bieten, der Ablösungswert durch § 199 LAG für den Abgabepflichtigen noch erheblich günstiger geregelt ist.

7. Grundsätze.

Die Vermögensabgabe beruht nach der bisherigen Darstellung auf nachfolgenden Grundsätzen:

1. Die sachliche Abgabepflicht erstreckt sich auf das Vermögen zu Beginn des 21. 6. 1948, das sich nach den bei der Vermögenssteuer für die Ermittlung des Gesamtvermögens bzw. Inlandvermögens maßgebenden Bestimmungen errechnet.¹⁾
2. Der persönlichen Abgabepflicht unterliegen die unbeschränkt abgabepflichtigen natürlichen Personen sowie die juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechtes und die beschränkt abgabepflichtigen natürlichen und juristischen Personen, nach dem § 16 und § 17 LAG.
3. Personengesellschaften — stille Gesellschaften, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und Erbengemeinschaften — sind nicht abgabepflichtig. Deren Vermögen wird bei den Gesellschaftern anteilig zur Vermögensabgabe herangezogen.
4. Für die Inanspruchnahme des Betriebsvermögens sind die Werte der D=Mark=Eröffnungsbilanz maßgebend. Als Stichtag gilt ohne Rücksicht auf die Steuerfestsetzung gemäß § 20 LAG der Währungsstichtag.
5. Aktien, Kuxe und sonstige Anteilsrechte, die vor dem 31. Dez. 1948 amtlich zugelassen waren und gehandelt wurden, werden gemäß § 24 LAG mit dem halben Satz des Steuermarktwertes vom 31. 12. 1948 zur Vermögensabgabe herangezogen.
6. Die Höhe des Freibetrages beträgt 5000.— DM, wenn das der Abgabe unterliegende abgerundete Vermögen 25 000.— DM nicht übersteigt. Die Besteuerungsgrenze ist nach § 29 LAG auf 3000.— DM festgesetzt.
7. Von dem abgabepflichtigen Vermögen ist eine einheitliche Vermögensabgabe mit verschiedenen gestaffelten Sätzen innerhalb von 30 Jahren in Höhe von 50 v. H. des Vermögens gemäß § 31 LAG zu entrichten. Diese Abgabeschuld mindert sich einerseits durch Anrechnung der bereits geleisteten Soforthilfeabgabe, andererseits durch die Berücksichtigung der Kriegssach-, Vertreibungs- und Ostschäden.²⁾
8. Die verbleibende Abgabeschuld ist in Vierteljahresbeträgen, die eine Tilgung und Verzinsung der verbleibenden Abgabeschuld darstellen, bis zum 31. 3. 1979, gemäß § 34 LAG, zu entrichten.
9. Die Fälligkeit der Vierteljahresbeträge ergibt sich aus § 49 LAG. In Abweichung der grundsätzlichen Regelung ist in Fällen der Gefährdung des Abgabeanspruches, der Abwanderung und der Liquidation die Vermögensabgabeschuld sofort fällig.³⁾

II. Die Kreditgewinnabgabe.⁴⁾

Nach der Vermögensabgabe, die der Höhe der Belastung nach an erster Stelle steht, ist für die gewerbliche Wirtschaft die Kreditgewinnabgabe von einiger Bedeutung. Der Kreditgewinnabgabe fällt die Aufgabe zu, die Gewinne aus der Umstellung erfaßbarer, kurzfristiger Verbindlichkeiten abzuschöpfen. Sie wird nur von buchführenden Gewerbetreibenden, und dort einheitlich für sämtliche sich aus den Bilanzen ergebenden Währungsgewinne, erhoben.

¹⁾ Vgl. § 199 Abs. 2 LAG.

²⁾ Siehe hierzu die §§ 32, 48 und 39—47 LAG.

³⁾ Vgl. hierzu die §§ 50, 51 und 52 LAG.

⁴⁾ In Anlehnung an Meilicke-Georgi a. a. O. S. 11—13.

1. System.

Die Kreditgewinnabgabe beruht auf nachfolgendem System.

Die Differenz zwischen steuerlichen Reichsmark-Schlußbilanzwerten und D=Mark-Eröffnungsbilanzwerten, die man als Schuldnergewinn bezeichnet, der sich auf der Passivseite der Bilanz zeigt, wird mit dem Gläubigerverlust und demjenigen Betriebsverlust, der steuerlich für die Zeit vom 1. 1. 1945 bis zum Währungsstichtag festgestellt wurde, saldiert. Hierbei wird eine Reihe von Schuldnergewinnen und Gläubigerverlusten, deren Aufzählung hier zu weit führen würde, außer Betracht gelassen.

Die Vermögensverluste aus der Zeit vom 1. 1. 1940 bis zum Währungsstichtag werden bei Inhaberidentität zu beiden Zeitpunkten in der Weise berücksichtigt, daß der Gewinnsaldo um die Vermögensrückgangsquote gemindert wird. Diese Quote ergibt sich aus dem Verhältnis des höheren Betriebswertes am 1. 1. 1940 zu dem niedrigeren D=Mark-Eröffnungsbilanzwert. Für den Betriebswert am 1. 1. 1940 ist der um gewisse Zu- und Abrechnungen modifizierte Einheitswert per 1. 1. 1940 maßgebend. Der so verbleibende Gewinnsaldo stellt die Abgabeschuld dar, soweit er den Freibetrag von DM 1000.— übersteigt. Es handelt sich also für den Regelfall um eine totale Wegsteuerung des durch die Umstellung erzielten Gewinnes. Die Abgabeschuld ist vom 1. 7. 1948 ab jährlich mit 4 v. H. zu verzinsen und ab 1. 7. 1952 jährlich mit 3 v. H. zuzüglich der ersparten Zinsen zu tilgen.

Der Abgabe unterliegt jeder gewerbliche Betrieb — ausgenommen die im Hinblick auf ihre besondere Behandlung bei der Währungsumstellung befreiten Betriebskategorien —, der auf den Währungsstichtag eine Eröffnungsbilanz in D=Mark nach den Vorschriften des D=Mark-Bilanzgesetzes aufzustellen verpflichtet war oder für die steuerliche Gewinnermittlung aufgestellt hat.

Die sofortige Fälligkeit der Kreditgewinnabgabeschuld und ihre vorzeitige Ablösung wird ebenso behandelt, wie sie bereits bei der Vermögensabgabe dargestellt wurde.

Berechnungsformel:
$$K G A = \frac{E \times G}{A \times G} \cdot 1000 \text{ DM}$$

Es bedeuten E = Endvermögen am 21. 6. 1948.¹⁾

G = Gewinnsaldo.²⁾

A = Anfangsvermögen am 1. 1. 1940.³⁾

Besondere Vorschriften regeln die Fälle in denen mehrere Betriebe derselben natürlichen Person gehören und in denen Gesellschaften zu mindestens 90 v. H. mittelbar oder unmittelbar durch Beteiligung verbunden sind.

Es gilt für die Zusammenfassung der Kreditgewinnabgabe die Inhaberidentität, das heißt: wenn alle Betriebe bereits am 1. 1. 1940 bestanden haben und in der Zeit bis zum Währungsstichtag der Betriebsinhaber nicht gewechselt hat, dann sind diese Betriebe als einheitliche Betriebe zu behandeln. Liegt keine Inhaberidentität vor, so sind diese einzelnen Betriebe gesondert zu behandeln. Der Abgabepflichtige hat allerdings auch die Möglichkeit, durch Antrag eine getrennte Behandlung zu erwirken, sodaß dadurch lediglich die zwischen den einzelnen Betrieben bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten außer Ansatz gelassen werden.

Die Kreditgewinnabgabe ist in Höhe der Zinsen bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer abzugsfähig, jedoch nicht bei der Gewerbesteuer. Ebenso besteht keine Abzugsfähigkeit bei der Ermittlung des Gewerbekapitals, was ebenfalls für die Hauptfeststellung des Einheitswertes der gewerblichen Betriebe auf den 21. 6. 1948 gilt.

¹⁾ Bestimmt sich nach Maßgabe des § 167 Abs. 4 LAG.

²⁾ Bestimmt sich nach Maßgabe des § 162 LAG.

³⁾ Bestimmt sich nach Maßgabe des § 167 Abs. 5 LAG.

Dagegen ist der Abzug bei der nächst folgenden Hauptfeststellung des Einheitswertes mit dem jeweiligen Restwert zulässig. Bei der Ermittlung des der Vermögensabgabe unterliegenden Vermögens ist die Kreditgewinnabgabe mit dem Wert vom 21. 6. 1948 abzugsfähig.

Im Gegensatz zur Vermögensabgabe besteht für die Kreditgewinnabgabe die Passivierungspflicht in der Handelsbilanz. Hinsichtlich des Ausgleiches des Passivpostens gilt das vorher zur Passivierung der Vermögensabgabe gesagte mit dem Zusatz, daß mit Rücksicht auf den Passivierungszwang, ein Lastenausgleichsgegenposten dann aktivisch gebildet werden darf, wenn die freie und gesetzliche Rücklage trotz Auflösung bis zur Höhe des 10. Teiles des Nennkapitales zum Ausgleich nicht ausreichen.

2. Schuldnergewinne.¹⁾

Zur Feststellung der Schuldnergewinne sind nicht alle Passivposten, sondern nur die im § 13 Abs. 3 UmstG behandelten, heranzuziehen. Dies sind alle Verbindlichkeiten aus vor dem 21. 6. 1948 begründeten Schuldverhältnissen, die auf Reichsmark, Rentenmark oder Goldmark lauteten oder die nach den vor dem 21. 6. 1948 geltenden Vorschriften in Reichsmark zu erfüllen gewesen wären, d. h. Geldschulden.

Gleichgültig ist hierbei, wann die Verbindlichkeit entstanden ist. Auch eine noch am 15. 6. 1948, d. h. wenige Tage vor dem Währungsstichtag aufgenommene Schuld kann zu einem Schuldnergewinn führen, obwohl die Reichsmark in diesem Zeitpunkt praktisch nur noch den Umstellungswert besaß. Als Äquivalent für diese Härte werden bei der Feststellung des Gewinnsaldos zwischen Schuldnergewinnen und Gläubigerverlusten auch die Betriebsverluste vom 1. 1. 1945 bis 20. 6. 1948 berücksichtigt.²⁾

Stellt sich nachher heraus, daß Verpflichtungen in der Reichsmarkschlußbilanz oder in der D=Mark=Eröffnungsbilanz unrichtig bewertet worden sind, so können diese Wertansätze gemäß § 4 Abs. 2 EStG bzw. gemäß § 47 DMBG berichtigt werden.³⁾

§ 13 Abs. 3 des Umstellungsgesetzes umfaßt Reichsmarkverbindlichkeiten aus vor dem am 21. 6. 1948 begründeten Schuldverhältnissen. Hier ergibt sich aber zur Anwendung des Umstellungsgesetzes die Frage, welchem Währungsgebiet und Währungsrecht die Reichsmarkschuld zuzurechnen ist. § 16 Abs. 3 des Umstellungsgesetzes läßt die Auffassung zu, daß die Kreditgewinnabgabe nur diejenigen Schuldnergewinne erfassen kann, die durch das Westdeutsche Umstellungsrecht entstanden sind.

Aus der Umstellung nachfolgender Verbindlichkeiten sind Schuldnergewinne nicht zu berücksichtigen: Pensionsrückstellungen, Valutaschuldverhältnisse, Bergschäden, Garantiezusagen und ähnliche.

Kapitalanteile und Rücklagen sind keine Verbindlichkeiten im Sinne des § 13 Abs. 3 UmstG. Dazu gehören auch die Verpflichtungen gegenüber einem stillen Gesellschafter aus seiner Beteiligung. Ebenso sind Wertberichtigungsposten und transitorische Passiva keine echten Verbindlichkeiten. Unter transitorischen Passiva sind Einnahmen vor dem 21. 6. 1948, soweit sie Ertrag für die Zeit nach dem 20. 6. 1948 darstellen, gemäß § 34 DMBG, zu verstehen. Antizipative Passiva sind Ausgaben nach dem 20. 6. 1948, soweit sie Aufwand für die Zeit vor dem 21. 6. 1948 darstellen.

Ist eine Verbindlichkeit höher umgestellt worden, als es der gesetzlichen Umstellung entspricht, so wird diese Abweichung nicht berücksichtigt, wenn das angemessene Maß unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände offenbar überschritten worden ist.⁴⁾

¹⁾ Siehe Meilicke=Georgi a. a. O. S. 380—384.

²⁾ Vgl. § 166 LAG.

³⁾ Vgl. hierzu das BFH-Urteil vom 1. 4. 1952 (BSTBL. III S. 144) „Die Berichtigung eines Bilanzpostens der Anfangsbilanz ist zulässig, wenn es sich um einen individuellen Gegenstand handelt und der falsche Bilanzansatz sich bei den früheren Veranlagungen nicht ausgewirkt hat. Bei der Entscheidung über die Zulässigkeit der Berichtigung sind die Grundsätze von Treu und Glauben zu beachten.“

⁴⁾ Vgl. § 163 Abs. 2 LAG.

3. Gläubigerverluste.¹⁾

Für die Gläubigerverluste gilt, nur mit umgekehrtem Vorzeichen, das, was im wesentlichen zu dem Schuldnergewinn gesagt worden ist. Die §§ 164 und 163 LAG decken sich in ihren Bestimmungen weitgehend.

Die berücksichtigungsfähigen Gläubigerverluste ergeben sich aus der Einzelgegenüberstellung der Reichsmark-Schlußbilanzwerte und der zugehörigen D=Mark-Eröffnungsbilanzwerte für folgende Bilanzpositionen:

Bargeld, Guthaben, Scheck, Wechsel, festverzinsliche Wertpapiere, Forderungen einschließlich Einzahlungen.

Bei sämtlichen Positionen sind die steuerlichen Werte zugrunde zu legen. Ferner muß es sich um Reichsmark- bzw. D=Mark-Werte handeln. Valutaforderungen sowie Valutaverbindlichkeiten, die lediglich zur Aufnahme in die Bilanz in Mark umgerechnet worden sind, bleiben außer Ansatz.

Geldwertforderungen bleiben ebenso außer Ansatz, z. B. Forderungen aus Garantiezusagen.²⁾

Bei der Feststellung der Gläubigerverluste aus Forderungen müssen passivisch ausgewiesenen Wertberichtigungen berücksichtigt werden. Auch die nach § 14 des Umstellungsgesetzes nicht umgestellten Forderungen gegen das Deutsche Reich sind zu berücksichtigen. Als Ausnahme gelten die Forderungen gegen das Deutsche Reich auf Grund der Kriegssachschädenverordnung; diese können nicht als Gläubigerverluste berücksichtigt werden.

Resteinzahlungsverpflichtungen auf das Kapital sind gemäß § 42 DMBG, soweit sie nicht als Sacheinlage geschuldet werden, wie andere Geldforderungen umzustellen.³⁾ Unabhängig von der Neugestaltung des Kapitals entsteht hier ein Gläubigerverlust von 9 Teilen, wenn die Umstellung 10:1 betrug.

Bei Wertpapieren können nur Gläubigerverluste aus festverzinslichen Wertpapieren geltend gemacht werden, nicht aber dagegen aus Aktien, Kuxen, Genußscheinen und solchen Papieren, die Anteilsrechte verkörpern. Problematisch ist die Zugehörigkeit der Wandelanleihen zu den festverzinslichen Wertpapieren.

Bei den Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen, ist zwischen transitorischen Aktiva, die außer Betracht bleiben, und antizipativen Aktiva zu unterscheiden.⁴⁾ Die transitorischen Aktiva betreffen Ausgaben für die Zeit vor dem 21. 6. 1948, die Aufwand für die Zeit nach dem 20. 6. 1948 darstellen. Die antizipativen Aktiva betreffen Einnahmen nach dem 20. 6. 1948, die Ertrag für die Zeit vor dem 21. 6. 1948 darstellen. Diese letzten sind zu berücksichtigen und können gegebenenfalls zu Gläubigerverlusten führen.

Sollten Forderungen niedriger umgestellt werden, als es den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen würde, so ergibt sich eine Erhöhung der Gläubigerverluste. Es gilt hier die analoge Anwendung wie im § 163 LAG für die Höherfestsetzung von Verbindlichkeiten. Die Gläubigerverluste, die außer Ansatz bleiben, entsprechen den Schuldnergewinnen, die im vorigen Kapitel genannt worden sind.

4. Grundsätze:

Die Kreditgewinnabgabe ist in ihren wesentlichen Grundzügen dargestellt worden. Folgende Grundsätze seien noch einmal hervorgehoben und zusammengefaßt wiedergegeben.

¹⁾ Siehe Meilicke=Georgi a. a. O. S. 390—391.

²⁾ Vgl. § 11 DMBG.

³⁾ Vgl. die §§ 13 Abs. 3 und 16 UmstG.

⁴⁾ Vgl. § 27 DMBG.

1. Die Kreditgewinnabgabe erfaßt in voller Höhe den Gewinnsaldo zwischen Schuldnergewinnen einerseits und Gläubigerverlusten zuzüglich Betriebsverlusten aus der Zeit vom 1. 1. 1945 bis 20. 6. 1948 andererseits. Dieser Gewinnsaldo ist quotal um die Vermögensminderung in der Zeit vom 1. 1. 1940 bis 21. 6. 1948 zu kürzen.

2. Abgabepflichtiger ist grundsätzlich der Inhaber eines bilanzierenden und gewerblichen Betriebes zum Zeitpunkt vom 21. 6. 1948. Bei Einzelunternehmen ist dies der Eigentümer, bei Kapitalgesellschaften die Gesellschaft.¹⁾

3. Voraussetzung für die Erhebung ist die tatsächlich durchgeführte Aufstellung einer D=Mark-Eröffnungsbilanz.

4. Bei der Feststellung der Schuldnergewinne sind nur Schuldnergewinne aus Geldschulden und Anzahlungen zu berücksichtigen.

5. Für die Ermittlung der Gläubigerverluste gilt grundsätzlich dasselbe im umgekehrten Sinne.

6. Betriebsverluste werden nach Maßgabe des § 166 LAG zum Abzug zugelassen.

7. Die zu passivierende Kreditgewinnabgabe ist mit 4 v. H. zu verzinsen und mit 3 v. H. zuzüglich ersparter Zinsen in 21½ Jahren zu tilgen, gemäß den §§ 175 und 176 LAG.

8. Die Kreditgewinnabgabe wird nicht dinglich gesichert.

9. Bei Übergang des Betriebes geht sie mit ihrem Restwert auf den Erwerber über. Abweichungen sind hierbei nicht ausgeschlossen.²⁾

10. Die Kreditgewinnabgabe wird wie eine echte Steuer behandelt, sodaß die entsprechenden Bestimmungen der Abgabenordnung zur Anwendung kommen.

11. Hinsichtlich der Abgrenzung zur Hypothekengewinnabgabe kommt es nach § 97 LAG auf die Natur der Verpflichtung, nicht auf die des Grundstückes an.

III. Die Hypothekengewinnabgabe.³⁾

Die Hypothekengewinnabgabe tritt an die Stelle der Umstellungsgrundschulden nach dem Gesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich. Die Umstellungsgrundschulden stellten nicht eine persönliche Schuld, sondern eine Grundschuld, also eine Verbindlichkeit „aus dem Grundstück“ dar und richteten sich deshalb wirtschaftlich notwendig immer gegen den Grundstückseigentümer. Dagegen belastet die Hypothekengewinnabgabe im Grundsatz diejenigen, der als Person einen Schuldnergewinn bei der Währungsreform gemacht hat, sofern er außerdem Grundstückseigentümer war. Der Gegenstand der Hypothekengewinnabgabe entspricht im Ergebnis weitgehend der Regelung bei den Umstellungsgrundschulden.

Die Hypothekengewinnabgabe erfaßt die infolge der Währungsumstellung im Verhältnis 10 RM zu 1 DM erzielten Schuldnergewinne

- a) bei solchen Reichsmarkverbindlichkeiten, die am 20. 6. 1948 an einem im Bundesgebiet oder in Westberlin gelegenen Grundstück des Schuldners dinglich gesichert waren;
- b) bei Grundpfandrechten, die am 20. 6. 1948 nicht der Sicherung einer persönlichen Verbindlichkeit dienten, insbesondere Grundschulden;⁴⁾
- c) bei ungesicherten Dauerschulden von Wohnungs- und Siedlungsunternehmen sowie Grundstücksgesellschaften.⁵⁾

¹⁾ Siehe § 174 LAG.

²⁾ Vgl. § 185 LAG.

³⁾ In Anlehnung an Meilicke-Georgi a. a. O. S. 201 ff.

⁴⁾ Vgl. § 91 LAG.

⁵⁾ Vgl. § 92 LAG.

Die Hypothekengewinnabgabe stellt — ebenso wie die übrigen Ausgleichsabgaben — im Wesen eine Steuer dar. Daher finden auf sie auch die Vorschriften der Reichsabgabenordnung und ihrer Nebengesetze Anwendung, soweit sich nicht aus dem § 203 LAG etwas anderes ergibt.

Der Begriff der Kriegsschäden¹⁾ ist gegenüber den §§ 39 ff. LAG, die für die Vermögensabgabe gelten, erheblich erweitert. Er hat Bedeutung vor allem für die Minderung und Herabsetzung der Abgabeschuld nach den §§ 100 und 103 LAG.

Der § 100 ist einer der wichtigsten. Die Verschuldung eines Grundstückes soll sich nach dieser Vorschrift in gleichem Verhältnis verringern, in dem sich der Wert des Grundstückes durch Kriegsschäden verringert hat. Diese Vorschrift entspricht dem bisherigen Verzicht auf die Umstellungsgrundschulden nach § 3a LAG. Im wirtschaftlichen Ergebnis nähert sich diese Vorschrift weitgehend der bisherigen Regelung, doch ergeben sich folgende Ausnahmen:

- a) Nach Absatz 2 wird nicht mehr die Umstellungsgrundschuld, nämlich $\frac{9}{10}$ des alten Reichsmarkrechts um die Schadensquote verkürzt, vielmehr errechnet sich der Minderungsbetrag aus $\frac{10}{10}$. Dies ist für den Geschädigten günstiger, denn der Verzichtbetrag erhöht sich im allgemeinen um $\frac{1}{10}$.
- b) Verbindlichkeiten aus der Abgeltung der Gebäudeentschuldungssteuer werden, bei der Minderung nunmehr besonders günstig behandelt.
- c) Während bisher der Verzicht des § 3a bei mehrfacher Belastung des gleichen Grundstückes erfolgte, gilt nunmehr der Grundsatz, daß die Minderung mit Bezug auf jedes einzelne Recht in sich erfolgt. In Einzelfällen ist dies für den Geschädigten günstiger, da nach § 107 LAG ein schon ausgesprochener Verzicht maßgebend bleibt.

1. Begrenzung gegenüber der Kreditgewinnabgabe.

Der Kreditgewinnabgabe unterliegt nach § 161 LAG jeder gewerbliche Betrieb, der verpflichtet ist, nach den Vorschriften des D=Mark-Bilanzgesetzes für den 21. 6. 1948²⁾ eine D=Mark-Eröffnungsbilanz aufzustellen oder der für die steuerliche Gewinnermittlung tatsächlich eine D=Mark-Eröffnungsbilanz aufgestellt hat. Maßgebend für die Herausnahme auch solcher Betriebsschulden buchführender Gewerbetreibender aus der Hypothekengewinnabgabe, die dinglich gesichert sind, war die Überlegung, daß bei der Sicherung derartiger Verbindlichkeiten reale Kreditgesichtspunkte³⁾ in den Hintergrund treten. Den Kreditgeber interessiert in erster Linie die Vermögens- und Ertragslage des schuldnerischen Unternehmens, dem der Kredit zugute kommen soll und aus dessen Gewinnen die Verzinsung und Tilgung zu erwarten ist. Es handelt sich hier um einen von der Sache losgelösten Personalkredit,⁴⁾ der mit den übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten des Betriebes in engem Zusammenhang steht. Die Tatsache der dinglichen Sicherung muß demgegenüber zurücktreten.

Diese Vorschrift hat zur Folge, daß bei bilanzierenden Gewerbebetrieben eine volle Saldierung der Schuldnergewinne mit den Gläubigerverlusten und Betriebsverlusten ermöglicht wird.⁵⁾ Andererseits geht die Berücksichtigung von Vermögensverlusten in der Regel nicht so weit wie im Anwendungsbereich der Hypothekengewinnabgabe. Es bleibt demnach durchaus offen, ob die eine oder andere Abgabeform für den Schuldner günstiger ist.⁶⁾ Nur solche Schuldnergewinne buchführender Gewerbetreibender sind von der Hypothekengewinnabgabe befreit, die aus der Umstellung von Verbindlichkeiten des gewerblichen Betriebes herrühren. Das Gesetz stellt es also auf den Charakter der Schuld-Betriebsschuld oder Privatschuld —, nicht aber darauf ab, ob die Verbindlichkeiten an einem dem Gewerbebetrieb oder privaten Zweck dienenden

¹⁾ Siehe § 95 LAG.

²⁾ bzw. für einen abweichenden Stichtag nach § 3 Abs. 4 DMBergG.

³⁾ z. B. die Belastungsgrenze.

⁴⁾ Siehe Eßer, a. a. O. S. 7.

⁵⁾ Vgl. hierzu die §§ 162, 164, 166 LAG.

⁶⁾ Vgl. hierzu auch Köster a. a. O. S. 766.
siehe Kühne a. a. O. S. 337.

Grundstück gesichert ist.¹⁾ Die Zugehörigkeit des Grundstückes zu welcher Art des Vermögens, spielt dabei keine Rolle.

Da die Körperschaften keine private Sphäre kennen, gelten bei Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw. sämtliche Verbindlichkeiten als solche des Gewerbebetriebes, so daß hier grundsätzlich nur die Kreditgewinnabgabe in Betracht kommt.²⁾

2. Grundsätze:

1. Die Abgabeschuld entspricht in der Regel dem vollen Schuldnergewinn, d. h. dem Betrag, um den der Nennbetrag der Verbindlichkeit in Reichsmark, den Umstellungsbetrag in D-Mark übersteigt, gemäß § 99 LAG. In der Regel wird also durch die Hypothekengewinnabgabe der volle, aus jeder Verbindlichkeit gesondert zu ermittelnde Schuldnergewinn abgeschöpft, d. h. 90 v. H. der ursprünglichen Verbindlichkeit bzw. des früheren Grundpfandrechtes.

2. Von der Hypothekengewinnabgabe werden auch Schuldnergewinne aus der Umstellung solcher Verbindlichkeiten erfaßt, die durch richterliche Vertragshilfe unter den gesetzlichen Umstellungsbetrag herabgesetzt worden sind. Dies hat zur Folge, daß der in diesen Fällen durch die gesetzliche Umstellung eintretende Gewinn zur Hypothekengewinnabgabe herangezogen wird, während der sich aus der Herabsetzung unter den gesetzlichen Umstellungsbetrag ergebende weitere Gewinn außer Betracht bleibt.³⁾

3. Ist der D-Mark-Betrag der Verbindlichkeit durch Partevereinbarung über den gesetzlichen Umstellungsbetrag heraufgesetzt worden, so wird der Berechnung des Schuldnergewinnes und der Abgabeschuld trotzdem der gesetzliche Umstellungsbetrag zugrunde gelegt.

4. Der wichtigste Grundsatz ist der, daß der Schuldnergewinn aus jeder Verbindlichkeit gesondert ermittelt wird, gemäß § 98 LAG. Dieser bestimmt maßgeblich auch die Gestaltung der Minderung und des Erlaßverfahrens.

5. Nach § 1 der zweiten Durchführungsverordnung zum Hypothekensicherungsgesetz wurden auf Umstellungsgrundschulden an Grundstücken und Eigentum von Geldinstituten, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen, die bei nicht ausgeglichener Bilanz⁴⁾ Anspruch auf Zuteilung von Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand haben, Leistungen bis auf weiteres nicht erhoben. Diese Vorschrift ist zur endgültigen Bestimmung geworden.

6. Die Hypothekengewinnabgabe stellt eine Steuer dar und ist nach § 219 LAG zu passivieren.

7. Nach § 111 LAG ruhen die Abgabeschulden als öffentliche Last auf dem Grundstück. Der Eigentümer haftet für die während der Dauer seines Eigentums fälligen Leistungen. Der spätere Erwerber des Grundstückes hat in der Regel die öffentliche Last mit zu übernehmen.

IV. Die Abzugsfähigkeit der Ausgleichsabgaben.

Dieser Abschnitt behandelt die Abzugsfähigkeit der Lastenausgleichsabgaben innerhalb des Bundesgebietes. Die Vorschriften für West-Berlin sollen hierbei nicht erörtert werden.

¹⁾ Siehe Kühne-Wolff a. a. O. S. 36.

²⁾ Soweit sie nach § 161 LAG nicht ausdrücklich davon ausgenommen sind.

³⁾ Vgl. § 91 Abs. 1 LAG.

⁴⁾ Vgl. hierzu die §§ 10 und 11 UmstG.

1. Feststellung der Einheitswerte.

Die §§ 206 und 207 LAG behandeln den Einheitswert für gewerbliche Betriebe. Sie stellen klar, daß bei der Feststellung der Einheitswerte von gewerblichen Betrieben, die Vermögensabgabe außer Betracht zu lassen ist, während die Hypothekengewinnabgabe und die Kreditgewinnabgabe, soweit sie mit dem gewerblichen Betrieb in wirtschaftlichen Zusammenhang stehen, mit ihrem jeweiligen Wert im Feststellungszeitpunkt abzuziehen sind. Für die Hauptfeststellung auf den 21. Juni 1948 gilt eine Sonderregelung, die aber auf dem gleichen Grundgedanken beruht. Die Nichtabzugsfähigkeit der Vermögensabgabe entgegen dem § 62 BewG, obwohl sie in wirtschaftlichem Zusammenhang mit dem Betriebsvermögen steht, ist im Hinblick auf die Gewerbesteuer geschehen, da die Vermögensabgabe vom Gesetzgeber einer Dauerschuld gleichgestellt wird. Auch die auf die Zeit vom 1. 4. 1949 bis 31. 3. 1952 entfallende Soforthilfeabgabe ist nicht abzugsfähig.¹⁾

2. Abzugsfähigkeit bei der Vermögenssteuer.

Die §§ 208 und 209 LAG behandeln die Lastenausgleichsabgaben bei der Vermögenssteuer. Nach § 208 sind die Umstellungsgrundschulden und die Soforthilfesonderabgabe mit ihrem jeweiligen Wert, die Vermögensabgabe mit 35 v. H. des verbleibenden Vermögens abzusetzen. Das erscheint zu wenig, wenn man die 5,5%ige Abzinsung des Gegenwartswertes der Vermögensabgabe zum 21. 6. 1948 betrachtet. Der Gegenwartswert beträgt bei dieser Abzinsung im Bundesgebiet ca. 39,10 v. H. Die Pauschalabsetzung geschah wohl deshalb, um die Vermögenssteuerveranlagung ohne die Veranlagung zur Vermögensabgabe durchführen zu können.

Die Hypothekengewinnabgabe und die Kreditgewinnabgabe sind nicht abzugsfähig. Dafür können die Umstellungsgrundschulden abgezogen werden. Für den Fall, daß ohne eine Umstellungsschuld eine Kreditgewinnabgabe entstanden ist, bedeutet dies, daß eine zusätzliche Vermögenssteuer bis 1952 erhoben wird, die aus dem versteuerten Einkommen gezahlt werden muß.

Die Regelung des § 209 Ziff. 1 entspricht zwar den allgemeinen steuerlichen Grundsätzen, wonach für die Berechnung der Vermögenssteuer eine auf dem Vermögen ruhende Schuld vom Vermögen mit ihrem Zeitwert abgesetzt werden kann. Die absetzbare Schuld verringert sich selbstverständlich in dem Verhältnis, in dem sie getilgt wird. Dies bedeutet, daß das der Vermögenssteuer unterliegende Vermögen sich während der Laufzeit des Lastenausgleiches permanent erhöht. Die Hauptveranlagung zum 1. 1. 1953 setzt fest, daß die Vermögensabgabe zu dem jeweiligen Zeitwert einzusetzen ist. Dies bedeutet für das Betriebsvermögen bei 1,7%iger bzw. 1,5%iger Vierteljahresabgabe von je 100 DM Abgabeschuld

zum	1. 1. 1953	1. 1. 1954	1. 1. 1955
	94,36	92,67	90,89.

Die Hypothekengewinnabgabe und Kreditgewinnabgabe²⁾ sind voll abzusetzen.

Die 1,5%ige Soforthilfesonderabgabe auf betriebsfremde Wirtschaftsgüter und auf das nichtgewerbliche Vorratsvermögen kan abgesetzt werden.

3. Abzugsfähigkeit bei der Vermögensabgabe.

Der Inhalt der Vorschrift des § 210 LAG ist, daß bei der Ermittlung des, der Vermögensabgabe unterliegenden Vermögens, die Hypothekengewinnabgabe und die Kreditgewinnabgabe mit ihrem Wert am 21. Juni 1948 abzuziehen sind. Dafür sind die Umstellungsgrundschulden, die abgesetzt wurden, wieder hinzuzurechnen.

¹⁾ Vgl. hierzu die VSTR 1949 Ziff. 75 (1).

²⁾ Anm. Kapitalschuld und Zinsen, die auf die Zeit bis zum Feststellungszeitpunkt entfallen.

Die Soforthilfesonderabgabe auf betriebsfremde Wirtschaftsgüter und auf das nicht-gewerbliche Vorratsvermögen ist ebenfalls abzugsfähig.

4. Abzugsfähigkeit bei der Einkommen- und der Körperschaftssteuer.

Von großer materieller Bedeutung ist die Vorschrift des § 211 (1) 1 LAG, der besagt, daß die Vierteljahresbeträge der Vermögensabgabe für Zwecke der Ermittlung der Einkommen- und Körperschaftssteuer mit $\frac{1}{3}$ abgesetzt werden können. Dieser Teil soll begrifflich den, für die Gesamtdauer der Abgabe mit einem Durchschnittswert pauschalierten, in der Vierteljahresleistung enthaltenen Zinsteil, berücksichtigen.

Soweit die Abgabeschuld nur mit 4 v. H. zu bedienen ist, und daher die Jahresleistung nur einen sehr niedrigen Zinsteil enthält, beschränkt sich die Abzugsfähigkeit auf ein Viertel.

Bei der Hypothekengewinnabgabe und der Kreditgewinnabgabe bedarf es einer Pauschalierung nicht. Hier kann jeweils der tatsächliche in der Annuität enthaltene Zinsteil abgesetzt werden.¹⁾

Bei Einkommensteuerpflichtigen ist der Abzug als Sonderausgabe zulässig. Das bedeutet, daß der Abzug nur in dem Jahr zulässig ist, in welchem die Vierteljahresabgaben geleistet sind.²⁾ Bei Körperschaftsteuerpflichtigen ist der Abzug als Betriebsausgabe oder als Werbungskosten zulässig. Hier besteht auch ein Verlustvortrag.

Betriebsausgaben liegen bei der Mehrzahl der Körperschaftsteuerpflichtigen vor, die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit, haben.³⁾ Da bei diesen die Vierteljahresbeträge in Höhe von ein Drittel, bzw. ein Viertel, Betriebsausgaben sind, können sie diese wie jede andere, auch in der Bilanz zurückstellen.⁴⁾ Eine Zurückstellung fälliger Vierteljahresbeträge als Werbungskosten kommt nicht in Betracht. Soweit Körperschaften nur Einkünfte aus Kapitalvermögen und Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung haben, wie z. B. Vereine, sind die Vierteljahresbeträge als Werbungskosten im Jahre der effektiven Zahlung mit ein Drittel, bzw. ein Viertel, abzugsfähig.⁵⁾ Werden Vierteljahresbeiträge erstattet, so tritt im Jahre der Erstattung eine Erhöhung des steuerpflichtigen Einkommens in Höhe von ein Drittel, bzw. ein Viertel, der erstatteten Beträge ein. Es handelt sich um den Rückfluß zu viel verausgabter Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten.⁶⁾

Änderungen im Wertansatz bleiben bei der steuerlichen Gewinnermittlung außer Ansatz, soweit die Vermögensabgabe vom ursprünglichen Abgabeschuldner passiviert wird. Wird die Vermögensabgabe nach erfolgter Passivierung abgelöst, so entsteht ein Gewinn der steuerfrei ist.⁷⁾ Wird die Vermögensabgabe, ohne daß eine Passivierung erfolgt ist, abgelöst, so würde ein Verlust entstehen, der ebenfalls bei den Erfolgssteuern neutral zu behandeln ist.

5. Abzugsfähigkeit bei der Gewerbesteuer.

Bei der Gewerbesteuer soll, gemäß § 212 LAG die teilweise Absetzung der Vierteljahresbeträge nicht zugelassen werden. Die Vermögensabgabe, Hypothekengewinnabgabe und Kreditgewinnabgabe werden als Dauerschuld behandelt, woraus folgt für:

a) Gewerbeertragssteuer.

Nicht nur der Tilgungsfaktor, sondern auch der Zinsfaktor ist, soweit er bei der Einkommensteuer — (Körperschaftssteuer) — Veranlagung abgesetzt worden ist, wieder hinzuzurechnen:

¹⁾ Vgl. hierzu „Der Betrieb“ 1952 S. 897.

²⁾ Vgl. § 11, 2 EinkStG.

³⁾ Vgl. § 2 (4) EStG 1952.

⁴⁾ Vgl. EStR 1951 Ziff. 43 (2) und „Der Betrieb“ 1952 S. 895.

⁵⁾ Vgl. § 11 (2) EinkStG.

⁶⁾ Vgl. „Der Betrieb“ 1952 S. 895.

Vgl. hierzu ebenso bis zu S. 38 oben Meilicke=Georgi a. a. O. S. 448—452.

⁷⁾ So ausdrücklich § 15 Erste Abgaben=DV=LA.

1. Bei der Vermögensabgabe sind ein Drittel, bzw. ein Viertel, der Vierteljahresbeträge hinzurechnungspflichtig;
 2. Bei der Kreditgewinnabgabe sind die rückständigen und laufenden Zinsen von 4 v. H. jährlich hinzurechnungspflichtig;
 3. Bei der Hypothekengewinnabgabe sind die Zinsen hinzurechnungspflichtig.
- b) Gewerbekapitalsteuer.

Rückständige Zinsen und rückständige Vermögensabgabebeträge sind keine Dauerschulden und was in der Literatur umstritten ist, beim Gewerbekapital nicht hinzurechnungspflichtig. Auch die 16 v. H. Zinsen auf die Kreditgewinnabgabe, die für die Zeit vom 1. 7. 1948 bis 30. 6. 1952 entfallen und bis 1960 zu zahlen sind, dienen einer nur vorübergehenden Stärkung des Betriebskapitals und sind nach Meilicke nicht hinzurechnungspflichtig. ¹⁾

B. Zweiter Hauptteil:

Die betriebswirtschaftliche Bedeutung der Bilanzierungsvorschriften

Bei der Untersuchung der Bedeutung des Lastenausgleichsgesetzes für das einzelne Unternehmen interessieren in erster Linie die Bestimmungen der Abgabenseite, bzw. die Bedeutung der Bilanzierungsvorschriften, — enthalten in den §§ 218 bis 225 LAG.

In diesem zweiten Hauptteil sollen die Wirkungen der Bilanzierungsvorschriften auf die Bilanz und ihre betriebswirtschaftliche Bedeutung dargestellt werden. ²⁾

I. Erstmaliger Ausweis in der Jahresbilanz

Ihrem Charakter nach sind sämtliche Lastenausgleichsabgaben echte Verbindlichkeiten und müssen demnach in der Bilanz ausgewiesen werden. Das Lastenausgleichsgesetz kennt aber nur die Passivierungspflicht für die Kreditgewinnabgabe und die Hypothekengewinnabgabe.

Die bilanzrechtliche Behandlung der Vermögensabgabe bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen ist im Gesetz nicht ausdrücklich geregelt.

Die Vermögensabgabe, Kreditgewinnabgabe und die Hypothekengewinnabgabe sind mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 18. 8. 1952 kraft gesetzlichen Schuldverhältnisse entstanden. Nach den §§ 20, 102 und 173 LAG gelten sie jedoch als zu Beginn des 21. 6. 1948 entstanden. Die Berichtigung der D=Mark-Eröffnungsbilanzen kann nur in Ausnahmefällen erfolgen. Nach § 14 des D=Mark-Bilanzgesetzes sollten Vermögensänderungen durch die Lastenausgleichsabgaben auf den 21. 6. 1948 in der D=Mark-Eröffnungsbilanz im Wege der Berichtigung berücksichtigt werden und zwar für alle natürlichen und juristischen Personen. Das Lastenausgleichsgesetz verzichtet grundsätzlich auf diese Berichtigung — nach § 225 Abs. 1 LAG — und schreibt vor, daß die Vermögensabgabe erstmals in derjenigen Jahresbilanz zu passivieren und bei „den Privilegierten“ zu vermerken ist, die nach dem 18. 8. 1952 aufgestellt worden ist oder wird. ³⁾

Ist die Jahresbilanz bereits zum 18. 8. 1952 einschließlich aufgestellt worden, so braucht eine Berichtigung nicht mehr zu erfolgen. Da die Jahresbilanzen für Ende 1951 in den meisten Fällen bereits am 19. 8. 1952 aufgestellt waren, braucht bei den mit dem Kalenderjahr gleichlaufenden Geschäftsjahren — dies gilt für zwei Drittel der deutschen Aktiengesellschaften — die Berichtigung, bzw. der Ausweis, erst für die Jahresbilanz 1952 vorgenommen zu werden.

¹⁾ Vgl. hierzu Meilicke a. a. O. S. 461

²⁾ Hierbei wurden die Vorschriften für West-Berlin nicht berücksichtigt.

³⁾ Siehe § 220 Abs. 1 LAG.

Es kommt für den erstmaligen Ausweis, bzw. Vermerk der Lastenausgleichsabgabe im Sinne des § 220 LAG darauf an, ob der Jahresabschluß bei Verkündung des Lastenausgleichsgesetzes aufgestellt, nicht aber, ob er durch dazu vertraglich oder gesetzlich berufene Organe bereits festgestellt war. Das Bundeswirtschaftsministerium vertritt dazu die Ansicht, daß die Bilanz mit dem Zeitpunkt als aufgestellt gilt, in dem der Vorstand — oder ein anderes dazu berufenes Organ — sich darüber schlüssig geworden ist, wie die Bilanz nach seiner Auffassung aussehen soll.¹⁾ Das Bundesfinanzministerium hat sich dieser Ansicht angeschlossen, ohne aber damit zur handelsrechtlichen Frage, wann eine Bilanz als aufgestellt anzusehen ist, abschließend Stellung zu nehmen.

II. Die Behandlung der Vermögensabgabe in der Jahresbilanz

1. Die Passivierungspflicht in der Vermögensabgabe.

Die Fiktion der Entstehung der Ausgleichsabgaben am 21. 6. 1948 müßte für die abgabepflichtigen Unternehmer zur rückwärtigen Berichtigung sämtlicher Handelsbilanzen, einschließlich der D=Mark=Eröffnungsbilanz, führen. Eine Bilanzberichtigung wegen des Inkrafttretens der Hypothekengewinnabgabe käme allerdings nur bei Wohnungs- und Siedlungsunternehmen im Sinne des § 9 KorpStDVO 1950 und für Unternehmen, deren Hauptzweck die Vermietung oder Verpachtung eigenen Grundbesitzes ist, in Betracht.²⁾ Die Ausgleichsabgaben müßten, wie jede Verpflichtung, auch in den steuerlichen Erfolgsbilanzen und in den Vermögensbilanzen passiviert werden.³⁾ Von dieser Passivierungspflicht sind Ausnahmen vorgesehen:

- einmal bei der Vermögensabgabe für die Jahresbilanzen gewisser privilegierter Unternehmen im Sinne des § 218 (1) LAG;
- zum anderen für die rückwärtige Berichtigung der Jahresbilanzen im Sinne des § 220 (1) LAG.

In die Liquidationsbilanzen und Vermögensbilanzen sind die Ausgleichsabgaben stets aufzunehmen.⁴⁾

a) „Privilegierte Unternehmen“.

Im Gegensatz zu dem Regierungsentwurf des Lastenausgleichsgesetzes wurde im Gesetz selbst die Passivierungspflicht nur für Einzelkaufleute, Stiftungen, gewerbliche Betrieb und Körperschaften des öffentlichen Rechts angedeutet. Die Passivierungspflicht dagegen für AG, KaA, GmbH, — diese drei Gesellschaften wurden vom Gesetzgeber als Kapitalgesellschaften zusammengefaßt — und für die Kolonialgesellschaften, Genossenschaften und VVaG, als „privilegierte“ Unternehmen, ausdrücklich ausgeschlossen.⁵⁾ Dies ist vornehmlich aus praktischen Gesichtspunkten geschehen. Eine Herabsetzung der, neu nach dem D=Mark=Bilanzgesetz festgesetzten, Gesellschaftskapitalien sollte vermieden werden.⁶⁾ Dafür ist an die Stelle der Passivierung eine Pflicht zum Vermerk unter dem Strich getreten.

Diese Unternehmen haben, gemäß § 218 LAG Abs. 1, die Wahl zur Passivierung der Vermögensabgabeschuld. Die Vermögensabgabe ist, sowohl dem Grund als auch der Höhe nach, ungefähr bekannt. Mit dem Ausweis der Vermögensabgabe darf also nicht mehr gewartet werden, bis die Veranlagung zur Vermögensabgabe durchgeführt oder gar rechtskräftig ist. Spätere, durch die Veranlagung verursachten Veränderungen werden zu einer späteren Berichtigung der Bilanz führen, die erstmals nach dem Zeitpunkt der Änderung aufgestellt werden. Soll die Vermögensabgabe passiviert werden,

¹⁾ Vgl. hierzu das Schreiben des BMW vom 17. 1. 1952; I B VI—38723—18 17/2203/53.

²⁾ Siehe § 161 Abs. 2 Ziff. 3 und 4 LAG.

³⁾ Siehe Geßler S. 89.

Vgl. zu diesem II. Kapitel Meilicke-Georgi S. 468 bis 472 a. a. O.

⁴⁾ Für die Feststellung, ob das Vermögen einer AG nach § 83 (2) Akt. Ges., § 64 (2) GmbH=Ges. noch die Schulden deckt, sind die Ausgleichsabgaben als Schulden anzusetzen, nach Weipert, Großkommentar zum Akt. Ges., A. 9 zu § 83; vgl. hierzu Schmalenbach a. a. O. 9. Aufl. S. 186.

⁵⁾ Siehe § 218 LAG.

⁶⁾ Nach Geßler a. a. O. S. 89.

so ist sie als Verbindlichkeit einzusetzen und nicht etwa als Rückstellung. Der Ausweis der Vermögensabgabe hat in einem besonderen Passivposten zu geschehen.

Die Passivierung nur eines Teilbetrages der Vermögensabgabe würde dem Grundsatz der Bilanzwahrheit widersprechen und müßte als unzulässig angesehen werden. Diese Ansicht wird in der Literatur nicht immer geteilt.¹⁾ M. E. wird dabei übersehen, daß sich die Befreiung von dem Passivierungszwang nur auf die noch nicht fälligen Vierteljahresbeträge erstreckt. Die fälligen Vierteljahresbeträge sind ebenso wie der Ablösungswert oder Zeitwert, der aus besonderen Gründen²⁾ fällig wird, mit dem Fälligkeitseintritt zu passivieren.³⁾

Über die Höhe des passivierenden Betrages ist im Lastenausgleichsgesetz zwar nichts gesagt, sie ergibt sich aber aus analoger Anwendung der Vorschriften über die Höhe der Vermögensabgabe für den Fall, daß die Vermögensabgabe in der Bilanz unter dem Strich vermerkt wird. Nach § 218 Abs. 1 Satz 2 LAG ist in diesem Fall die Vermögensabgabe mit ihrem Gegenwartswert anzusetzen, der auf der Grundlage eines Rechnungszinsfußes von 4,5 v. H. zu errechnen ist. Das muß m. E. auch für die Bildung eines Passivpostens in der Bilanz gelten.

Der Ausweis in der Vermögensabgabe als Passivposten muß bis zur Tilgung der Vermögensabgabe bestehen bleiben. Man kann also nicht von der Passivierung zur Rücklage oder zum bloßen Vermerk oder umgekehrt übergehen.

b) Einzelkaufleute.

Nach der kaufmännischen Praxis nimmt der Einzelkaufmann nur sein Betriebsvermögen in die Bilanz auf. Es entsteht für ihn nun die Frage, ob er die Vermögensabgabe zu passivieren hat?

Handelsrechtliche Kommentare⁴⁾ verlangen die Aufnahme auch des Privatvermögens in die Bilanz und meinen damit die Gesamtbilanz, die die eigentliche Geschäftsbilanz und das Privatvermögen umfaßt. Nach Mirre ist das Privatvermögen nur dann in die Bilanz aufzunehmen, wenn etwaige Schulden durch dieses nicht gedeckt sind.⁵⁾ Nach Geßler ist dagegen der Teil der Vermögensabgabe, der auf das Betriebsvermögen des Einzelkaufmanns vom 21. 6. 1948 entfällt, nicht in die Bilanz aufzunehmen.⁶⁾ Eine Befreiung von dem Passivierungszwang ist für Einzelkaufleute nicht vorgesehen, d. h. es sollte passiviert werden, obwohl diese selbst Abgabeschuldner sind. Kuhl ist der Meinung, daß die Passivierungsverpflichtung nur für das Betriebsvermögen gegeben sei.⁷⁾ Dies gilt nach seiner Meinung auch für Personengesellschaften.

Karoli hält es aus Zweckmäßigkeitsgründen im Sinne der Bilanzklarheit für begrüßenswert, „wenn auch Einzelfirmen und Personengesellschaften die VA, soweit sie das bilanzierte Betriebsvermögen betrifft, in ihrer Bilanz vermerken.“⁸⁾ Nach seiner Auffassung ist aus dem § 218 LAG für diese Einheiten aber keine Vorschrift, wie zu bilanzieren sei, zu entnehmen. Folglich besteht auch keine Veranlassung zu dem Analogieschluß Meilickes, da der Gesetzgeber die Einzelfirmen und Personengesellschaften von der Passivierungspflicht nicht ausdrücklich ausgenommen hat, gilt für diese ein Passivierungszwang.

M. E. dürfte die Folgerung Meilickes⁹⁾ wenn überhaupt, so nur für das Betriebsvermögen zutreffen. Allerdings kommt er zu der Erkenntnis, daß die Nichtbefolgung „seines“ Passivierungszwanges die Regel sei.

Somit können wir abschließend Karolis Vorschlag zum freiwilligen Vermerk hervorheben, um damit dem Grundsatz der Bilanzklarheit zu dienen.

¹⁾ Vgl. hierzu Karoli, a. a. O. S. 314.

²⁾ Siehe § 52 LAG.

³⁾ Siehe § 218 Abs. 1 LAG. Hier sind noch nicht fällige Vierteljahresbeträge gemeint, für fällige Vierteljahresbeträge gilt der Gegenwartswert als Nennwert.

⁴⁾ Vgl. Geßler=Hefermehl=Hildebrandt, 2. Aufl., Anm. 2 zu § 39 HGB;

⁵⁾ Siehe Mirre a. a. O. Sp. 1;

⁶⁾ Siehe Geßler a. a. O. S. 90;

⁷⁾ Vgl. Kuhl a. a. O. S. 118 ff.;

⁸⁾ Siehe Karoli a. a. O. S. 311.

⁹⁾ Siehe Meilicke a. a. O. S. 471.

c) Stille Gesellschaft.

Die Behandlung der Vermögensabgabe als Betriebsschuld ist ferner von Bedeutung bei der Beteiligung Dritter am Gewinn.

Wird passiviert, so ist der Zinsanteil zu Lasten des Gewinnes als Aufwand zu verbuchen, der Tilgungsanteil jedoch nicht. Würde die Vermögensabgabe als Privatschuld behandelt werden, so würde die Vierteljahresabgabe den Gewinn überhaupt nicht berühren.

Bei der typisch stillen Gesellschaft wird die Vermögensabgabe einmal gegen den Einzelkaufmann, zum anderen gegen den stillen Gesellschafter festgesetzt. Soweit sie auf das Kapital des Einzelkaufmannes entfällt, geht die Vermögensabgabeschuld zu Lasten seines Kapitalkontos. Da es sich aber um eine Betriebsschuld handelt, mindert der Zinsanteil den Betriebsgewinn und somit den Anteil des stillen Gesellschafters. Andererseits stellt auch die Vermögensabgabe, die auf die stille Gesellschaftsbeteiligung entfällt, eine Betriebsschuld dar.

d) Personengesellschaften.

Die Vermögensabgabe wird nicht von der OHG, der KG oder der atypischen stillen Gesellschaft erhoben, jedoch von deren Teilhabern, weshalb sie die Gesellschaft als solche nicht berührt.

Obwohl die Vermögensabgabe von der OHG und der KG ursprünglich nicht geschuldet wird, wird sich nach Meilicke¹⁾ gelegentlich ihre Übernahme bei Personengesellschaften empfehlen. Weder der persönlich haftende Gesellschafter einer OHG oder KG, noch der Kommanditist haben nach dem Handelsgesetzbuch²⁾ ein Recht, die auf das Vermögen der OHG oder KG entstandene Vermögensabgabe zu entnehmen. Auch dem stillen Gesellschafter, der steuerlich Mitunternehmer ist, steht ein solches Recht ebenfalls nicht zu.

Der Kommanditist darf seine im Handelsregister eingetragene Kommanditeinlage nicht entnehmen, wenn er nicht den Gläubigern gegenüber in Höhe des entnommenen Gewinns haftbar werden soll.

Wird die Vermögensabgabe, soweit sie auf die Personengesellschaft entfällt, von dieser übernommen und laufend gezahlt, so muß eine Passivierung zu Lasten des Kapitalkontos erfolgen.³⁾

e) Verschmelzung und Umwandlung.

Die Vermögensabgabe muß auch bei den „privilegierten Unternehmen“ passiviert werden, wenn sie im Wege der Schuld- oder der Erfüllungsübernahme übernommen worden ist. Nach Geßler⁴⁾ kann § 218 LAG nur auf die ursprüngliche, nicht aber auf die übernommene Vermögensabgabeschuld angewendet werden.

Bezüglich der Verschmelzung sieht Geßler bei der Gesamtrechtsnachfolge und bei Übernahme kraft Gesetzes keinen Passivierungszwang. Anders dagegen Meilicke⁵⁾

Bei aktienrechtlichen und genossenschaftlichen Verschmelzungen ist daraus, daß nach § 242 Akt. Ges., § 93 GenGes., die Werte der Jahresschlußbilanz der eingeschmolzenen AG, bzw. Genossenschaft, für die übernehmende AG als Anschaffungskosten gelten, zu schließen, daß eine Passivierung der Vermögensabgabe nicht erforderlich ist. Im Hinblick darauf, daß bei der Auflösung der Vermögensabgabe dieselbe mit dem Ablösungswert fällig wird und in diesem Falle von den „privilegierten Unternehmen“ zu passivieren ist, muß sie in der Schlußbilanz der eingeschmolzenen AG eingesetzt

¹⁾ Siehe Meilicke, Kommentar zum Lastenausgleichsgesetz S. 472.

²⁾ Nach § 172 Abs. 4 HGB.

³⁾ Siehe Meilicke a. a. O. S. 472.

⁴⁾ Siehe Geßler a. a. O. S. 92.

⁵⁾ Siehe Meilicke a. a. O. S. 473.

und deshalb auch von der Unternehmerin passiviert werden. Dasselbe gilt auch für die Genossenschaft.¹⁾

Bezüglich der übertragenen Umwandlung muß ebenfalls der Unternehmer eine Passivierung vornehmen.²⁾

2. Vermerkzwang für nicht passivierte VA.

Der Vermerk „unter dem Strich“ für die nicht passivierte Vermögensabgabe gilt für die privilegierten Unternehmen, wenn sie die noch nicht festgestellte Vermögensabgabe nicht passivieren. Es ist dann in der Jahresbilanz unter dem Strich zu vermerken:

1. „der Gegenwartswert der festgestellten Vermögensabgabe, der auf der Grundlage eines Rechnungszinsfußes von $4\frac{1}{2}$ v. H. zu errechnen ist;“³⁾

2. „den Vierteljahresbetrag der Vermögensabgabe, der zu entrichten ist.“

Solange keine Vermögensabgabe festgestellt wurde, gilt der § 74 LAG für die anzusetzende Vermögensabgabe.⁴⁾

Der Einzelkaufmann, die Stiftung, der Verein, die Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts sind nicht vermerkpflichtig, da für sie die Passivierungspflicht besteht.

Als Bestandteil des Jahresabschlusses muß der Vermerk mit veröffentlicht werden. Eine Bilanz die einen Vermerk nicht enthält, also unvollständig ist, läßt den Schluß zu, daß es sich um ein nach dem 21. 6. 1948 gegründetes nichtabgabepflichtiges Unternehmen handelt. Auch die nach § 143 Akt. Ges. zum Handelsregister einzureichende Bilanz muß den Vermerk enthalten.

Was den Rechnungszinsfuß von 4,5 v. H. betrifft, so scheint der Gesetzgeber davon ausgegangen zu sein, daß die Hälfte des Ertrages, ausgedrückt im Normalzins, dem Lastenausgleichsfond zugeführt werden soll. Nun ist es aber strittig ob der Normalzins 4,5 v. H. beträgt.

Zunächst ist klar, daß dieser Effektivzins oder auch Realzins von der konjunkturellen Lage des Betriebes abhängig ist. Aber selbst wenn man einen Durchschnitt annimmt, wird dieser Satz relativ als zu hoch angesehen werden müssen. Über die Effektivverzinsung von Kapitalgesellschaften haben Ermittlungen ergeben, daß die Realverzinsung knapp über 4 v. H. liegt.⁵⁾ Auch ist hierzu zu bemerken, daß ein globaler Satz den Verhältnissen nicht gerecht wird. Das Unternehmerwagnis ist in jeder Branche und in jedem Sektor der Wirtschaft ein anderes und da sich Risiko und Chance entsprechen, wäre eine Spezifizierung nach einzelnen Leistungsmöglichkeiten von Nöten gewesen. Der globale Satz schafft eine Nivellierung, welche ökonomisch nicht tragbar erscheint.

Der Gesetzgeber hätte die Berechnung des Zinsfußes und damit der Lastenausgleichsschuld jeweils dem Branchenrentabilitätssatz bei der Rechnung zugrunde legen sollen. Hierbei wäre von der Durchschnittsrentabilität einer Reihe von Jahren von Unternehmen gleicher Art, Form und Größe, auszugehen. Wir haben in Bezug auf die Höhe des Zinssatzes ein Analogiam bei der Bewertung eines Unternehmens als Ganzem.

¹⁾ Siehe Meilicke a. a. O. S. 473.

²⁾ Siehe Meilicke a. a. O. S. 474.

³⁾ Siehe Meilicke=Georgi a. a. O. S. 474.

⁴⁾ Vgl. Meilicke=Georgi a. a. O. S. 474.

⁵⁾ Vgl. Thoms, S. 73 a. a. O.

Ferner soll Prof. Thaisinger eine solche Untersuchung über einen Zeitraum von 50 Jahren angestellt haben und zu dem gleichen Ergebnis gekommen sein. Vgl. hierzu ebenso Meinicke=Georgi a. a. O. S. 474—475.

3. Die Gegenwartswertberechnung für die Passivierung der VA.

„Sowohl bei den passivierungspflichtigen wie bei den freiwillig passivierenden Unternehmen schweigt sich das Gesetz darüber aus, mit welchem Betrage die Vermögensabgabe zu passivieren ist.“

„Fällige Vierteljahresbeträge und fällige Zeitwerte oder Ablösungswerte sind mit dem Nennbetrag anzusetzen.“ Ist eine noch nicht fällige Vermögensabgabeschuld übernommen, so ist sie mit dem Anschaffungswert zu passivieren, d. h. mit dem was der Übernehmer als Gegenleistung von dem ursprünglichen Schuldner empfangen hat. Dieser Anschaffungsbetrag ist dann auf die restliche Laufzeit der Vermögensabgabeschuld zu verteilen.¹⁾

„Schwierigkeiten bereitet die Ansetzung der noch nicht fälligen Vermögensabgabeschuld beim ursprünglichen Schuldner. Da für den Vermerk vor dem Strich ein Rechnungszinsfuß von 4,5 v. H. vorgeschrieben ist, schließt Geßler²⁾ daraus, daß die nichtfälligen Vierteljahresbeträge mit dem gleichen Zinsfuß im Falle der Passivierung abzuziehen seien.“³⁾

Hier kommt die besondere Problematik der Vermögensabgabeschuld als einer Rentenschuld zum Vorschein. Ursprünglich war von einer dreißigjährigen Laufzeit und einem Zinssatz von 4,42 v. H. bei Betriebsvermögen und sonstigen Vermögen, einem Zinssatz von 2,91 v. H. bei gemischten Grundstücken und einem Zinssatz von 1,29 v. H. bei der Landwirtschaft, ausgegangen worden. Die Laufzeit wurde auf 27 Jahre ab 1. 4. 1952 verkürzt. Dafür wird ein Zuschlag auf die bei einer dreißigjährigen Tilgungszeit vorgesehenen, vierteljährlich zu zahlenden Abgabebeträge erhoben. Dadurch ist der ursprünglich vorgesehene Zinssatz völlig verschoben worden, sodaß damit die effektive Zinsbelastung wesentlich gestiegen ist.⁴⁾

4. Wechsel zwischen Passivierung und Vermerk.

„Von einer Nichtpassivierung und einem Vermerk unter dem Strich kann jeder Zeit zu einer Passivierung der Vermögensabgabe übergegangen werden. Wenn also im Jahresabschluß 1952 die Vermögensabgabe unter dem Strich vermerkt wird, so kann 1953, 1954 oder 1955 zur Passivierung übergegangen werden.“⁵⁾ Hierbei interessiert handelsrechtlich nur die formelle Bilanzkontinuität, nicht aber die materielle.⁶⁾ Geßler ist gegen den Wechsel zwischen Passivierung und Vermerk, da dies dem Grundsatz ordnungsmäßiger Buchführung widerspreche.⁷⁾ Dies ist um so mehr zu bejahen, wenn man vom Interesse der einzelnen Gesellschafter ausgeht. Die willkürliche Verlagerung des Gewinnes von einem Jahre in das andere bedeutet, daß auf diese Weise im Jahre der Rückgängigmachung der Passivierung plötzlich ein verteilter Gewinn entsteht.⁸⁾

Nach Geßler ist die Teilpassivierung unzulässig, da die verteilte Passivierung der Vermögensabgabe in zwei Geschäftsjahren eine Verlustverteilung bedeutet.⁹⁾

Dagegen steht Karoli ebenso wie die Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft auf dem Standpunkt, daß eine Teilpassivierung zulässig ist, aber in diesem Falle ein entsprechender Vermerk über den Gegenwartswert aufzunehmen sei.¹⁰⁾

5. Bildung einer „freien Rücklage“ für die VA.

Als weitere Möglichkeit für die Bilanzierung der Vermögensabgabe hat der Gesetzgeber § 218 Abs. 2 LAG die Bildung einer Rücklage — im Gegensatz zur Lastenaus-

¹⁾ Siehe Karoli a. a. O. S. 319 und S. 475 Meilicke a. a. O.

²⁾ Siehe Geßler a. a. O. S. 90.

³⁾ Vgl. auch Karoli a. a. O. S. 312 und Meilicke S. 475.

⁴⁾ Siehe Meilicke a. a. O. S. 477.

⁵⁾ Siehe Karoli a. a. O. S. 315 und Meilicke S. 477.

⁶⁾ Adler-Duering-Schmaltz, A. 20—22 zu § 129 Akt. Ges.; A. 9 zu § 133 Akt. Ges.

⁷⁾ Siehe Geßler a. a. O. S. 90 und Meilicke S. 477/478.

⁸⁾ Siehe Karoli a. a. O. S. 313.

⁹⁾ Siehe Geßler a. a. O. S. 90.

¹⁰⁾ Siehe Karoli a. a. O. S. 314; und „die fachlichen Mitteilungen der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft“, Oktober 1952 S. 3.

gleichsrücklage — für die Vermögensabgabe geschaffen. Diese „freie Rücklage“, wie wir sie einmal nennen mögen, kann für die volle Höhe der Vermögensabgabe oder auch nur für einen Teilbetrag gebildet werden. Wenn die Rücklage auch nur zur Ablösung der Vermögensabgabe, zur Entrichtung der Vierteljahresbeträge, sowie zum Ausgleich von Wertminderungen und zur Deckung von sonstigen Verlusten verwandt werden darf, so bietet sie dem Bilanzierenden gegenüber der Passivierung der Vermögensabgabe als Verbindlichkeit doch eine größere Handlungsfreiheit. Bereits vorhandene Rücklagen können zur Bildung der „freien Rücklage“ für die VA herangezogen werden. Die Auffüllung dieser Rücklage kann aber auch zu Lasten des laufenden Jahresergebnisses erfolgen. Ihre Auflösung ist in jedem Falle über die Gewinn- und Verlustrechnung vorzunehmen.

Wenn Meilicke die Rücklage „auch zu anderen Zwecken als zur Deckung von Verlusten und zur Bezahlung der Vierteljahresbeträge z. B. zur Zahlung einer Dividende“ verwenden will,¹⁾ so kann man dem nicht beipflichten, da dies das Gesetz nicht gestattet.

Durch die „freie Rücklage“ für die VA wird ein Teil der eigenen Mittel des Unternehmens gebunden. Dies ist in solchen Geschäftsjahren von Bedeutung, in denen die Entrichtung der Vermögensabgabe aus dem Ertrag Schwierigkeiten bereitet.

Der Ausweis der Rücklage für die Vermögensabgabe befreit von der Pflicht zum Vermerk des Gegenwartswertes, sowie der auf die Vermögensabgabe zu entrichtenden Vierteljahresbeträge, gemäß § 218 LAG Abs. 1.

6. Die Lastenausgleichsrücklage.

a) Bildung.

„Die nichtpassivierungspflichtigen Unternehmen — die „privilegierten Unternehmen“ — können, bei Nichtpassivierung der Vermögensabgabe auf der Passivseite der Bilanz, eine Lastenausgleichsrücklage bilden, diese muß gesondert ausgewiesen werden. Sie kann 1951 oder in einem späteren Jahre gebildet worden sein, sodaß ihre Verteilung auf mehrere Jahre möglich ist.“²⁾ „Die Lastenausgleichsrücklage wird unbeschränkt aus dem Gewinn des laufenden Geschäftsjahres und aus den freien Rücklagen gespeist.“

Darüber hinaus kann nach § 220 Abs. 2 und 3 LAG die gesetzliche Rücklage — Sonderrücklage bei GmbH — bei dem am 1. 8. 1952 aufgestellten Jahresabschluß zur Bildung der Lastenausgleichsrücklage herangezogen werden, soweit sie 10 v. H. des Gesellschaftskapitals — oder den in dem Gesetz vorgesehenen höheren Betrag — übersteigt. Darüber hinaus sollen gesetzliche und Sonderrücklage für die Bildung der Lastenausgleichsrücklage Verwendung finden, wenn vorher etwaige freie Rücklagen zu demselben Zwecke aufgelöst worden sind. Außerdem können die im Wege einer erleichterten Kapitalherabsetzung gewonnenen Beträge für die Bildung einer Lastenausgleichsrücklage Verwendung finden. Die gesetzlichen Rücklagen — Sonderrücklagen — dürfen aber in späteren Jahren nicht zur Bildung einer Lastenausgleichsrücklage verwandt werden. Eine Kapitalherabsetzung zum Zwecke der Bildung einer Lastenausgleichsrücklage bedarf der Einhaltung der allgemeinen Vorschriften für die Kapitalherabsetzung nach Aktienrecht und GmbH-Recht.

b) Verwendung der Lastenausgleichsrücklage.

Die Rücklage darf nur zur Entrichtung der Vierteljahresbeträge auf die Vermögensabgabe, zur Entrichtung des Ablösungsbetrages und zum Ausgleich von Verlusten Verwendung finden. Ist eine Lastenausgleichsrücklage gebildet, so ist sie unmittelbar nicht in einen Passivposten umzuwandeln.³⁾ Wird aber die Vermögensabgabe noch nachträglich passiviert und entsteht hierdurch ein Verlust nach Verrechnung mit dem

¹⁾ Vgl. Meilicke a. a. O. S. 483.

²⁾ Siehe Geßler a. a. O. S. 91 und Karoli a. a. O. S. 315.

In Anlehnung an Meilicke-Georgi a. a. O. S. 481.

³⁾ Siehe Meilicke a. a. O. S. 481.

laufenden Jahresgewinn, so kann dieser Verlust mit der Lastenausgleichsrücklage verrechnet werden. Auf diese Weise ist eine Umwandlung der Rücklage in einen Passivposten möglich. Die Lastenausgleichsrücklage müßte, um die ganze Vermögensabgabe zu decken, den Betrag der insgesamt effektiv zu zahlenden Vierteljahresbeträge enthalten. Praktisch wird man jedoch nicht in Höhe sämtlicher in 27 Jahren zu zahlenden Vierteljahresbeträge eine Lastenausgleichsrücklage bilden, sondern höchstens in Höhe des Gegenwartswertes fälligen Vierteljahresbeträge. Es sollte aber auch möglich sein, nicht den ganzen Jahresbetrag der Vermögensabgabe, sondern immer nur den Tilgungsanteil gegen die Rücklage zu buchen, welche sonst aufgezehrt sein könnte.

Die der Lastenausgleichsrücklage entnommenen Beträge zur Zahlung der Vierteljahresbeträge müßten über die Gewinn- und Verlustrechnung laufen.¹⁾

c) Vermerkpflcht.

Wird eine Lastenausgleichsrücklage gebildet, die den Gegenwartswert der Vermögensabgabe nicht zu erreichen braucht, ihn aber übersteigen kann, so ist sowohl der Vierteljahresbetrag als auch der Gegenwartswert, unter dem Strich der Bilanz zu vermerken.²⁾ Dies gilt ebenso für die „freie Rücklage“ für die VA, die aus freien offenen Rücklagen für die Zahlung der Vermögensabgabe abgespalten worden ist. Der Zweck einer solchen Abspaltung ist bekannt.

Die Lastenausgleichsrücklage hat also, wie wir gesehen haben, den Charakter einer gesetzlichen Rücklage, nämlich so, daß die in diese eingestellten Beträge niemals zur Verteilung an die Aktionäre gelangen. Auch im Wege einer Kapitalherabsetzung stehen diese Beträge nicht zur Verfügung. Meilicke vertritt die Ansicht, daß in dem Falle, wo die endgültig in die Rücklage eingestellten Beträge der Gewinnverteilung entzogen werden und über die Höhe des Gegenwartswertes hinausgehen, der Anfechtungsgrund des betreffenden Jahresabschlusses gegeben ist.³⁾

Im Falle der Ablösung ergibt sich hier das Problem, wohin die Beträge, die aus freien Rücklagen stammen, zurückfließen, da sich ihre Herkunft nicht einwandfrei wird feststellen lassen.

7. Vergleichende Betrachtung.

Es entsteht nun die Frage, welche Formen und materielle Wirkungen die einzelnen Bilanzierungsmöglichkeiten auf den Jahresabschluß haben. Es bedarf deshalb einer Darstellung und einer vergleichenden Betrachtung dieser Möglichkeiten, was nachstehend versucht werden soll.

Wie aus dem Gesetzestext hervorgeht und in der seitherigen Darstellung aufgeführt wurde, hat der Bilanzierende für die Behandlung der Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz folgende Möglichkeiten:

- a) Freiwillige Passivierung der Vermögensabgabe;
- b) Bildung einer „freien Rücklage“ für die VA;
- c) Zwangsweiser Vermerk der Vermögensabgabe.

a) Freiwillige Passivierung der Vermögensabgabe.

Einzelne Autoren vertreten die Ansicht, daß die Passivierung notwendigerweise nur in voller Höhe des Gegenwartswertes vorgenommen werden dürfte.⁴⁾ Sie lehnen daher eine teilweise Passivierung mit der Begründung ab, daß dies dem Grundsatz der Bilanzwahrheit widerspreche, weil der Bilanzleser annehmen müsse, daß der Teilbetrag die ganze geschuldete Vermögensabgabe darstelle. Indessen kann man die Meinung ver-

¹⁾ Vgl. § 132 II, Ziff. 4 und 5 Akt. Ges.

²⁾ Vgl. Geßler a. a. O. S. 91.

³⁾ Siehe Meilicke a. a. O. S. 482.

⁴⁾ Nach Ansicht von Geßler, vgl. a. a. O. S. 90; oder auch Meilicke a. a. O. S. 478.

treten,¹⁾ daß dies nicht den praktischen Bedürfnissen entspreche, wenn die Teilpassivierung in der Bilanz derart zum Ausdruck gebracht wird, nämlich, daß in einem Zusatz die Bilanzposition Vermögensabgabe, der volle Gegenwartswert als Fußnote unter dem Strich, notiert wird. Vielleicht wäre es aber weit zweckmäßiger, mit Angabe des vollen Gegenwartswertes zu vermerken, daß ein Teilbetrag passiviert wurde, was sich durch ein Sternchen bei dem Passivposten „teilpassivierte Vermögensabgabe“ und gleichzeitig beim Vermerk erreichen läßt.

Demnach entspräche eine teilweise Passivierung dem Sinn der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung mehr, als eine Nichtpassivierung überhaupt. Es sollte deshalb dem Bilanzierenden nicht verwehrt werden, eine durch das Gesetz nur aus praktischen Gründen aufgehobene Passivierung, ganz oder teilweise, wieder durch eine Voll- oder Teilpassivierung nachzuholen.

Karoli ist der Meinung,²⁾ daß aus dem Bestreben heraus, die Folgen der Durchbrechung der Passivierungspflicht für die Vermögensabgabe zu mindern, in Sonderheit aber auch aus praktischen Gründen, es möglich sein sollte, die Voll- oder Teilpassivierung der Vermögensabgabe nicht nur in der ersten, nach Verkündung des Lastenausgleichsgesetzes aufgestellten Bilanz, sondern auch in späteren Bilanzen aus laufenden Gewinnen, Sondergewinnen oder aus Rücklagen, vornehmen zu können.

Eine einmal passivierte Vermögensabgabe muß bis zu ihrer Bildung passiviert bleiben, auch kann von der Passivierung zur Rücklage oder zum bloßen Vermerk nicht gewechselt werden; wohl aber umgekehrt. Der Gegenwartswert der Vermögensabgabe ist keine Rückstellung, da es sich bei ihr um keine ungewisse Schuld handelt, vielmehr ist sie nach Zeit ihrer Fälligkeit und der Höhe nach bekannt. Sie ist eine Kapitalschuld, die, wie wir wissen, durch die Tilgung im Laufe von drei Jahrzehnten in Form einer Rentenverbindlichkeit gekleidet wurde. Es wird deshalb, wie wir vorher ausführten, nicht die volle Summe der zu leistenden Einvierteljahresbeträge eingesetzt, sondern ihr Gegenwartswert, der ja gemäß § 218 Abs. 1 Satz 2 LAG auf der Grundlage eines 4,5%igen Rechnungszinsfuß zu errechnen ist.

Bei einer Passivierung der Vermögensabgabe ist ihre Kenntlichmachung in einem besonderen Posten der Bilanz durch Gesetz nicht ausdrücklich vorgeschrieben. Indessen würde der Grundsatz der Klarheit und Übersichtlichkeit dies fordern. Es liegt ja wohl kaum im Sinne der Publizitätsvorschriften die Vermögensabgabe in die sonstigen Verbindlichkeiten mit einzubeziehen und darin untergehen zu lassen. Form und Inhalt dieser Verpflichtung gebieten einen Sonderausweis.

Der besondere Charakter dieser Verpflichtung ist allein schon durch den relativ hohen Betrag gegeben und es kommt besonders zum Ausdruck, daß diese Verpflichtung eben ein Lastenausgleich ist, der sprachlich und inhaltlich als sonstige Verpflichtung angesprochen werden kann; gewissermaßen als eine Position einer zweitrangigen Größenordnung. Wir schließen uns Karoli an,³⁾ der vorschlägt, diese Verbindlichkeit, welche aus dem Lastenausgleichsgesetz entspringt als „Lastenausgleichs-Vermögensabgabe“ oder einfach als „Vermögensabgabe“ spezifisch zu kennzeichnen.

Die Frage nach der Reihenfolge in Bezug auf die Vermögensabgabe, sofern sie speziell passiviert wird, ist außerdem zu lösen. Bekanntlich sind Aktiv- und Passivseite nach dem Prinzip der Liquidität nur mit umgekehrten Vorzeichen nach dem Aktiengesetz angeordnet. Aus diesem Anordnungsprinzip heraus und zum Zwecke der Durchführung eines Bilanzvergleiches würde es sich empfehlen, die Vermögensabgabe als letzten Posten unter die Verbindlichkeiten einzureihen.

¹⁾ Siehe Karoli a. a. O. S. 314.

²⁾ Vgl. Karoli a. a. O. S. 315.

³⁾ Siehe Karoli a. a. O. S. 314.

b) Bildung einer „freien Rücklage“ für die VA.

Eine weitere Möglichkeit, neben der Passivierung der Vermögensabgabe und dem bloßen Vermerk in der Bilanz, hat der Gesetzgeber dem Bilanzierenden durch die Gelegenheit gegeben, zur vollen Vermögensabgabe oder nur für einen Teilbetrag, „eine Rücklage für die Lastenausgleichs-Vermögensabgabe“ zu bilden. Es können, wie der Gesetzgeber ausführt, zur Bildung dieser Rücklagen bereits vorhandene andere gesetzliche oder freie Rücklagen hinzugezogen werden; wobei nach der herrschenden Auffassung auch der Gewinnvortrag als freie Rücklage anzusprechen ist. Auch kann die Dotierung der Rücklage für die Vermögensabgabe zu Lasten des laufenden Jahresergebnisses erfolgen. Es ist natürlich die Zuweisung aus den freien und gesetzlichen Rücklagen an die Vermögensabgaberücklage in der Bilanzposition, Rücklagen, kenntlich zu machen.

Es wäre nicht empfehlenswert im Bilanzschema „die freie Rücklage für die VA“, wie der Verfasser sie bereits bezeichnete, zwischen der gesetzlichen und freien Rücklage einzufügen, da ja der Charakter von freien Rücklagen nach allgemein betriebswirtschaftlicher Ansicht, der von Eigenkapital ist. Über die Zurechnung dieser „freien Rücklage für die VA“ zum Eigenkapital bestehen doch erhebliche Zweifel. Es wäre eben zweckmäßig, für das klare Erkennen und Beurteilen, eine brauchbare Basis für eine einheitliche Handhabung der Vermögensabgabe zu schaffen, durch eine Position „Lastenausgleichsabgaben“, wie dies Karoli vorgeschlagen hat.¹⁾

c) Zwangsweiser Vermerk der Vermögensabgabe.

Wird die Vermögensabgabe nicht in voller Höhe passiviert, so ist sie gemäß § 218 LAG in voller Höhe ihres Gegenwartswertes mit dem auf sie zu entrichtenden Einvierteljahresbetrag in der Bilanz zu vermerken. Dieser Vermerk ist ein Teil der Bilanz, daher mit ihr zu veröffentlichen. Der Vermerk ist dann von Vorteil, wenn eine Belastung des Jahresergebnisses die Bilanz- und Dividendenpolitik des Unternehmens nicht zu stören braucht.

Auf jeden Fall hat der Vermerk den vollen Gegenwartswert der Vermögensabgabe zu umfassen. Hieraus folgt, daß es nicht gestattet sei, lediglich etwa die Differenz zwischen dem Gegenwartswert und dem teilpassivierten oder teilweise in Rücklage gestellten Wert zu vermerken.

d) Vergleichende Betrachtung der Bilanzierungsarten mit Beantwortung der Frage welcher Bilanzierungsart der Vorzug zu geben sei.

Nach § 221 Abs. 1 LAG gilt, wenn der Verlust einer Jahresbilanz von Unternehmungen sowohl durch Auflösung der freien Rücklagen bis auf den 10. Teil des Nennkapitals, als auch durch Auflösung der gesetzlichen Rücklage bis auf den 10. Teil oder den in der Satzung bestimmten höheren Teil des Nennkapitals nicht ausgeglichen werden kann, daß zum Ausgleich in der Jahresbilanz auf der Aktivseite ein Lastenausgleichsgegenposten in Höhe des noch verbleibenden Fehlbetrages, höchstens jedoch in Höhe des Betrages der Kreditgewinnabgabe oder Hypothekengewinnabgabe, eingestellt werden darf.

Ein Lastenausgleichsgegenposten darf nicht eingestellt werden, wenn die Vermögensabgabe in der Bilanz ausgewiesen ist. In allen Fällen in denen also die Bilanz der Kreditgewinnabgabe ohne Bildung eines Lastenausgleichsgegenpostens möglich ist, wird die Frage der Passivierung oder der Rücklagenbildung für die Vermögensabgabe im wesentlichen davon abhängen, ob das Unternehmen den zu passivierenden bzw. den in die Rücklage für die Vermögensabgabe zu stellenden Betrag hat.

¹⁾ Siehe Karoli a. a. O. S. 315.

Im Interesse der Publizität sollte das Unternehmen bei genügenden Ausgleichsmöglichkeiten die Passivierung bzw. Rücklagenbildung dem reinen Vermerk für die Vermögensabgabe vorziehen. Ein weiterer Grund für diese Handhabung wäre die Tatsache, daß die Unternehmung an einer künftigen Dividendenzahlung interessiert ist, was in der Regel der Fall sein wird, wenn das Unternehmen an den Kapitalmarkt herantreten will; gerade hier sollte man erstrebt an die Passivierung der Vermögensabgabe bzw. an eine Rücklagenbildung denken. Es müsse sich, so sagt Karoli, die Unternehmungsleitung vor Augen halten, daß im Falle des reinen Vermerkes für die Vermögensabgabe, das Jahresergebnis mit den vollen Jahresraten für die Vermögensabgabe — Zins- und Tilgungsraten — belastet ist, es sei denn, daß diese gemäß § 223 Abs. 3 LAG gedeckt wurden, während im Falle der vollen Passivierung oder vollen Rücklagenbildung die Tilgungsbeträge aus der entsprechenden Bilanzposition entnommen werden können und nur der Zinsanteil über die laufende Jahresrechnung geht.¹⁾

Man wird wohl annehmen können, daß ein Unternehmen das den Bilanzausgleich für die Passivierung der Vermögensabgabe unschwer finden kann, die Passivierung vornehmen wird, zumal, wenn trotz Passivierung starke Rücklagen verbleiben. Im Gegensatz werden Unternehmen, die mit Verlustjahren rechnen müssen, bedenken, daß wie Geßler²⁾ schreibt, der Grundsatz gilt, „einmal passiviert — immer passiviert“, und somit die Mittel fest gebunden werden. Diese einmal fest gebundenen Mittel sind nicht mehr frei zu bekommen, es sei denn für die Zahlung oder Ablösung der Vermögensabgabe. In solchen gelagerten Fällen bildet die Bildung der Rücklagen für die Vermögensabgabe bessere Möglichkeiten, die abgezweigten Beträge können zur Deckung von Jahresverlusten in Anspruch genommen werden; die Bilanzierung von Jahresverlusten schafft dagegen nicht so feste Bindungen wie sie durch eine Passivierung entstehen.

Zusammenfassend möchte der Verfasser der Passivierung den Vorzug geben, da bei ihr die Vorteile in der Regel zwingend sind.

Als solche sind anzusehen:

1. die Höhe der Schuld bleibt anonym;
2. die Möglichkeit zu steuerfreien Kapitalrückzahlungen im Falle der Kapitalherabsetzung bei erheblichen offenen Rücklagen ist gegeben — hierfür kommt höchstens die Ausschüttungseinkommenssteuer in Betracht;
3. die zutreffende Gewinnermittlung gegenüber dritten Nichtgesellschaftern, z. B. Genußscheininhabern, ist möglich. Während bei der Nichtpassivierung hier eine Nebenbilanz erforderlich ist;
4. nur der Zinsanteil geht über die laufende Jahresrechnung, nicht aber die Tilgungsbeträge.
5. bei einem Verkauf des Unternehmens und Übernahme der Vermögensabgabe durch den Käufer tritt kein plötzlicher handelsrechtlicher Verlust im Jahre des Verkaufs ein.

Für die Fälle in denen die Höhe der Vermögensabgabe — bzw. der Vermögenssteuerwerte vorläufige sind — noch nicht feststeht, wird man es vorziehen die Bilanzierung hinauszuschieben, als auf unsicherer Grundlage die Berechnung, Passivierung oder gar eine Kapitalherabsetzung vorzunehmen.

¹⁾ Vgl. Karoli a. a. O. S. 316.

²⁾ Vgl. Geßler a. a. O. S. 90.

III. Die Behandlung der Kreditgewinnabgabe und Hypothekengewinnabgabe in der Jahresbilanz

1. Die Kreditgewinnabgabeschuld als Betriebsschuld.

Die Kreditgewinnabgabe ist als Betriebsschuld in der Handelsbilanz und in der Steuerbilanz nach § 219 LAG zu passivieren. Sie gilt als zu Beginn des 21. 6. 1948 entstanden. Die erstmalige Passivierung hat daher keine Auswirkung auf den Gewinn. Buchmäßige Gewinne bzw. Verluste, die sich durch Änderung im Wertansatz der Schuld ergeben — z. B. im Falle der vorzeitigen Ablösung —, bleiben bei der steuerlichen Gewinnermittlung außer Ansatz.¹⁾ Die zur Tilgung eines nach § 221 LAG gebildeten Lastenausgleichsgegenpostens nach verwandten Beträge sind nicht abzugsfähig.²⁾

2. Passivierung der Kreditgewinnabgabeschuld.

Die Passivierung der Kreditgewinnabgabeschuld ist erstmalig in der Jahresbilanz vorzunehmen, die nach dem Tag der Verkündung des Lastenausgleichsgesetzes, also am 18. 8. 1952, aufgestellt wird. Ist am Tage der Verkündung die D=Mark=Eröffnungsbilanz noch nicht aufgestellt, so hat die Passivierung bereits in der D=Mark=Eröffnungsbilanz zu erfolgen.³⁾

3. Bilanzierung der Zinsen.

Die Kreditgewinnabgabeschuld ist nach dem § 175 LAG ab 1. 7. 1948 zu verzinsen. Die Zinsverpflichtung ist mithin zu diesem Zeitpunkt entstanden. Dem Abgabepflichtigen ist deshalb erlaubt, die auf die Zeit 1. 7. 1948 bis zum jeweiligen Bilanzstichtag entfallenden Zinsen zu Lasten des Gewinns zu passivieren. Hieran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Zinsen nach den §§ 175 und 176 LAG erst ab 1. 7. 1952 fällig werden.

Eine Berichtigung der Bilanzen bei bereits rechtskräftigen Veranlagungen kommt jedoch nicht in Betracht, da die vor Verkündung des Lastenausgleichsgesetzes erstellten Bilanzen, in denen eine Zinsverbindlichkeit noch nicht ausgewiesen ist, nicht als fehlerhaft anzusehen sind. Die Passivierung der Zinsverpflichtung ist vielmehr nach § 220 Abs. 1 LAG erstmalig nach dem 18. 8. 1952 vorzunehmen. Dabei kann beim Bilanzansatz der bereits entstandenen, aber noch nicht fälligen Zinsen für die Zeit vom 1. 7. 1948 bis 30. 6. 1952 aus Vereinfachungsgründen von einer an sich erforderlichen Abzinsung abgesehen werden.⁴⁾ Buchmäßige Gewinne oder Verluste, die sich bei Änderung im Wertansatz der Zinsen ergeben, — z. B. bei der Ablösung, der auf die Zeit vom 1. 7. 1948 bis 30. 6. 1952 entfallenden, aber nach § 176 Abs. 2 LAG noch nicht fälligen Zinsen — sind bei der steuerlichen Gewinnermittlung zu berücksichtigen.⁵⁾

Ist die Passivierung der Zinsen für die angegebene Zeit in der erstmalig in Betracht kommenden Jahresbilanz unterlassen worden, so kann sie in einer späteren Bilanz nicht nachgeholt werden. Die Zinsen sind in diesem Falle erst bei ihrer Entrichtung als Betriebsausgaben abzugsfähig.

Die Auffassung, daß die ab 1. 7. 1948 geschuldeten Zinsen auf die Kreditgewinnabgabe zu Lasten des Gewinnes passiviert werden können, auch soweit sie noch nicht fällig sind, wird durch den § 211 Abs. 2 Satz 2 LAG bestätigt. Diese Vorschrift bedeutet, daß nach § 219 LAG die Kreditgewinnabgabeschuld in der Bilanz mit ihrem jeweiligen Nennbetrag zu passivieren ist. Die erstmalige Passivierung der Kredit-

¹⁾ Nach § 211 Abs. 2 Satz 1 LAG.

²⁾ Nach § 211 Abs. 4 LAG.

³⁾ Nach § 220 LAG.

⁴⁾ Siehe EStR 1952.

⁵⁾ Siehe § 211 Abs. 2 Satz 2 LAG.

gewinnabgabeschuld muß erfolgsneutral erfolgen, da die Abgabeschuld als zu Beginn des 21. 6. 1948 entstanden gilt und demnach die durch die Passivierung eintretende Betriebsvermögensminderung auf den 21. 6. 1948 zurückwirkt. Änderungen im Wertansatz der erfolgsneutralen passivierten Schuld bleiben nach § 211 Abs. 2 Satz 1 LAG bei der steuerlichen Gewinnermittlung außer Ansatz. Diese Vorschrift hat aber im wesentlichen nur für den Fall der vorzeitigen Ablösung Bedeutung. Der Ablösungsbetrag ist in der Regel niedriger als der jeweilige Nennbetrag, mit dem die Schuld zu Buche steht. Es ergibt sich daher meist bei der Ablösung ein buchmäßiger Gewinn, der um der Ablösung nicht den Anreiz zu nehmen, nicht zur Versteuerung kommt.¹⁾

Durch die Tilgung der Kapitalschuld auf die Kreditgewinnabgabe wird diese von Jahr zu Jahr geringer. Die einvierteljährlichen Teilbeträge, mit denen die Kreditgewinnabgabe zu zahlen ist, sind fortlaufend in gleicher Höhe zu entrichten. Daraus folgt, daß der in den Abgabebeträgen enthaltene Zinsanteil fortlaufend geringer wird.

4. Die Bilanzierungsvorschriften für die Hypothekengewinnabgabe.

Für die Hypothekengewinnabgabe gelten die gleichen Vorschriften über die Abzugsfähigkeit und Bilanzierung wie bei der Kreditgewinnabgabe. Die Hypothekengewinnabgabe ist eine echte Betriebsschuld und muß in jedem Falle, soweit sie beim gewerblichen Betrieb in Betracht kommt, sowohl bei Körperschaften als auch bei Einzelkaufleuten und bei Personengesellschaften als besonderer Posten in Höhe ihres Betrages nach § 219 LAG passiviert werden.

Wenn die Vermögensabgabe in der Bilanz nicht ausgewiesen und eine Rücklage für die Lastenausgleichsabgabe nicht gebildet wurde, kann, wenn die Auflösung der freien und gesetzlichen Rücklagen bei einer Kapitalgesellschaft nicht ausreichen, auf der Aktivseite der ersten Jahresbilanz zum Ausgleich ein Lastenausgleichsgegenposten in Höhe des noch verbleibenden Fehlbetrages eingestellt werden, jedoch nicht höher als die Hypothekengewinnabgabe. Das gleiche gilt für Unternehmen, die nicht in Form einer Kapitalgesellschaft geführt werden, wenn nach Auflösung der Rücklagen und nach Abschreiben der Kapitalkonten des Inhabers oder Gesellschafters bis auf die Hälfte des Kontos, die Bilanz nicht ausgeglichen werden kann. Der Lastenausgleichsgegenposten ist jährlich in Höhe der zu entrichtenden Tilgungsbeträge abzuschreiben, im übrigen sind Werterhöhungen zuerst zur Tilgung dieses Kontos zu verwenden.²⁾

Von der Passivierungspflicht befreite Unternehmungen gibt es bei der Hypothekengewinnabgabe und Kreditgewinnabgabe im Gegensatz zur Vermögensabgabe nicht.

Die Hypothekengewinnabgabe und die Kreditgewinnabgabe sind beide gesondert auszuweisen, d. h. nur der Kapitalbetrag ohne Zinsen. Dies ergibt sich aus § 221 Abs. 3 LAG. Dieser stellt den Ausgleich für den Kapitalbetrag, nicht aber für den Zinsbetrag der Kreditgewinnabgabe dar.

IV. Ausgleich der Jahresbilanz ³⁾

Soll die Vermögensabgabe als echte Verbindlichkeit oder als Rücklage bilanziert werden, so führt das allgemein gesehen, zunächst zu einer Vermehrung der Passivseite der Bilanz. Wie ist der durch die Passivierung und Ablösung der Ausgleichsabgaben entstandene Verlust auszugleichen?

Dies kann durch die Herabsetzung anderer Passivposten — einschließlich des Gewinnes — geschehen.

¹⁾ Dies gilt nach § 176 Abs. 2 LAG nicht für Bilanzansätze rückständiger Zinsen.

²⁾ Vgl. § 221 LAG.

³⁾ In Anlehnung an Meilicke-Georgi a. a. O. S. 485.

1. Einzelkaufleute.

Bei der Einzelfirma kann der Verlust durch Verminderung des Kapitalkontos ausgeglichen werden, soweit er nicht aus dem laufenden Gewinn entnommen wird. Das gleiche gilt für Stiftungen, Vereine, gewerbliche Betriebe und Körperschaften des öffentlichen Rechts.

2. Personengesellschaft.

Bei einer OHG und KG kann der Verlust ebenfalls aus dem laufenden Gewinn und zu Lasten des Kapitalkontos getilgt werden. Für die Hypothekengewinnabgabe und Kreditgewinnabgabe kann darüber hinaus ein Kapitalentwertungskonto — Lastenausgleichsgegenposten unter Punkt 4 — gebildet werden, wenn durch diese Abgaben die Kosten der Gesellschafter bereits um 50 v. H. ermäßigt werden.¹⁾ Dies ist von praktischer Bedeutung für die Kommanditisten für den Fall, daß das Kapitalkonto eines Kommanditisten doppelt so viel beträgt wie die im Handelsregister eingetragene Kommanditeinlage, die in diesem Falle dann nicht angegriffen wird und der Kommanditist kann laufend Gewinne entnehmen.²⁾

3. Kapitalgesellschaften.

Der Gesetzgeber faßt die AG, GmbH und KaA als Kapitalgesellschaften zusammen.

Für die AG und GmbH gelten für den Verlustausgleich die gleichen Vorschriften und werden daher vom Verfasser zusammen behandelt.

a) Verwendung der offenen Rücklagen.

Die Verwendung der freiwilligen offenen Rücklagen einschließlich des Gewinnvortrages und des laufenden Gewinnes ist unbeschränkt zulässig. Hierbei ist es gleichgültig, wann die Vermögensabgabe passiviert wurde.

b) Verwendung der gesetzlichen Rücklagen — Sonderrücklagen bei GmbH — .

Soweit durch die Passivierung der Kreditgewinnabgabe und Hypothekengewinnabgabe und durch die Passivierung der Vermögensabgabe ein Verlust entsteht, ist die Verwendung der gesetzlichen Rücklage nach allgemeinen Grundsätzen zulässig. Nach herrschender Ansicht braucht vorher nicht die freie Rücklage aufgelöst zu werden.³⁾ Entsprechendes dürfte auch nach § 35 Abs. 3 D=Mark=Bilanzgesetz für die in der D=Mark=Eröffnungsbilanz bei einer GmbH gebildete Sonderrücklage gelten.

Eine Einschränkung sehen die §§ 220 Abs. 2, 222 Abs. 3 LAG für den Fall vor, daß die Kreditgewinnabgabe und die Vermögensabgabe in der ersten nach dem 18. 8. 1952 aufgestellten Jahresbilanz passiviert werden, oder daß sie abgelehnt werden. In diesen beiden Fällen dürften die gesetzliche Rücklage und Sonderrücklage nur in soweit verwandt werden, als sie über 10 v. H. des Gesellschaftskapitals oder den im Gesellschaftsvertrage festgelegten höheren Teil hinausgehen. Unter dieser Grenze dürfen sie nur angegriffen werden, wenn vorher die freien Rücklagen — einschließlich Gewinnvortrag — aufgelöst sind.

Hier entsteht die Frage, ob der laufende Gewinn des Jahres, in dem erstmals die Lastenausgleichsabgaben passiviert wurden, zur Deckung des durch die Passivierung entstandenen Verlustes herangezogen werden muß. Nach herrschender Auffassung darf eine gesetzliche Rücklage nicht zur Verlustdeckung verwandt werden, solange der Gewinn des laufenden Jahres zur Gewinnverteilung oder zwecks Bildung einer freien Rücklage verwandt wird.⁴⁾ Der § 223 Abs. 3 LAG gestattet die Auflösung der gesetzlichen Rücklage und der Sonderrücklage insoweit, als sie 10 v. H. oder den in der Satzung bestimmten höheren Teil des Gesellschaftskapitals übersteigen.

¹⁾ Vgl. § 221 Abs. 2 LAG.

²⁾ Vgl. im einzelnen § 221 LAG.

³⁾ Vgl. hierzu: RGZ 145, 339 ff.: Schlegelberger=Quassowski, 3. Aufl. Anm. 18 zu § 130 ff.; Weipert, Großkommentar, Anm. 23 § 130.

⁴⁾ Vgl. Schlegelberger=Quassowski, Anm. 18 zu § 130 Akt. Ges.; Weipert, Anm. 24 zu § 130 Akt. Ges.

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind die passivierten bzw. abgelösten Ausgleichsabgaben gemäß § 132 Akt. Ges. unter I (7) der Aufwandsrechnung und die aufgelösten Rücklagen unter II (4 und 5) der Ertragsseite zu buchen.

c) Herabsetzung des Nennkapitals.

Bei der Kapitalherabsetzung müssen das Kapital und die freien Rücklagen in gleichem Verhältnis herabgesetzt werden.

Das Nennkapital darf stets nur bis zur Höhe der Ausgleichsabgaben, die passiviert oder abgelöst sind, herabgesetzt werden. Da die hierdurch entstehenden Verluste meist „krumme Beträge“ sind, muß die Spitze aus den Rücklagen entnommen oder mit dem laufenden Jahresgewinn verrechnet oder als Verlust vorgetragen werden.

Die Herabsetzung des Kapitals erfolgt in erleichterter Form. Sie ist zulässig in der Hauptversammlung, in welcher der Jahresabschluß festgestellt wird, der erstmals nach dem 18. 8. 1952 aufgestellt worden ist, oder in dem sich erstmals die Ablösung der Vermögensabgabe widerspiegelt. Ist dieser Jahresabschluß bei einer Aktiengesellschaft vom Vorstand und Aufsichtsrat festgestellt, so ist eine Kapitalherabsetzung nicht mehr möglich. Diese kann auch nicht getrennt von der Feststellung des Jahresabschlusses in erleichterter Form geschlossen werden. Die Kapitalherabsetzung darf bereits in dem Jahresabschluß ausgewiesen werden, über den gleichzeitig mit der Kapitalherabsetzung Beschluß gefaßt wird.¹⁾

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind auf der Ertragsseite die aus der Kapitalherabsetzung frei gewordenen Beträge aufzuzeigen, während die Aufwandseite die Verwendung dieser Beträge zeigt.²⁾

Wird in der Hauptversammlung in der erstmals die Passivierung erfolgt, das Kapital nicht herabgesetzt, sondern ein Verlust ausgewiesen, so besteht nach § 182 ff. Akt. Ges. für die AG die Möglichkeit, die Kapitalherabsetzung zu einem späteren Zeitpunkt in erleichterter Form nachzuholen. Für diesen Fall besteht aber eine Dividendenbeschränkung bis zu dem Geschäftsjahr, das zwei Jahre nach dem Kapitalherabsetzungsbeschluß beginnt.³⁾ Auch sonst weicht die erleichterte Kapitalherabsetzung nach dem Lastenausgleichsgesetz von der erleichterten Kapitalherabsetzung nach dem Aktiengesetz etwas ab.

Für die GmbH ist eine Kapitalherabsetzung in erleichterter Form außerhalb des Lastenausgleichsgesetzes nicht mehr möglich.⁴⁾

d) Durch Ausweis eines Verlustes.

Die Passivierung der Ausgleichsabgaben führt zu einem handelsrechtlichen Verlust. Dieser kann auf der Aktivseite ausgewiesen werden, wenn die offenen Rücklagen bereits aufgezehrt sind. Solange aber ein solcher Verlust vorhanden ist, gibt es keine Gewinnverteilung. Hierin unterscheidet sich das Verlustkonto von dem Kapitalentwertungskonto, was nachstehend getrennt behandelt werden soll.

4. Die Bildung eines Lastenausgleichsgegenpostens.

Der Verlustausgleich kann auch durch Ansatz eines neuen Aktivpostens stattfinden: Dem Lastenausgleichsgegenposten. Das Kapitalentwertungskonto vom Gesetzgeber Lastenausgleichsgegenposten zwecks Unterscheidung von den in den §§ 36 und 37 D-Mark-Bilanzgesetz vorgesehenen Kapitalentwertungskonten 1 und 2 genannt, stellt einen fiktiven Bilanzposten dar. Dieser ist nicht vermögenssteuerpflichtig und bei der Feststellung einer Überschuldung auch nicht als Aktivum zu bewerten.⁵⁾

¹⁾ Vgl. § 188 Akt. Ges. und § 222 Abs. 2 LAG.

²⁾ Vgl. § 191 Akt. Ges. und § 222 Abs. 2 LAG.

³⁾ Vgl. § 187 Abs. 2 Akt. Ges.

⁴⁾ Vgl. Scholz, 2. Aufl., Anm. 29 zu § 58 GmbH-Ges.

⁵⁾ Vgl. Karoli a. a. O. S. 322.

Einen Vorläufer bildet das Kapitalentwertungskonto nach § 6 der Goldbilanzverordnung. Seine praktische Bedeutung liegt darin, daß Gewinne trotz Vorhandenseins des Lastenausgleichsgegenpostens ausgeschüttet werden können. Würde statt dem Lastenausgleichsgegenposten ein Verlust erscheinen, so müßte dieser zunächst voll getilgt werden, bevor an die Anteilseigner — einschließlich der Kommanditisten einer KG — ein Gewinn ausgeschüttet werden kann.

Als Voraussetzung für die Bildung und den Sonderausweis des Lastenausgleichsgegenpostens gilt die Bedingung, daß:

- a) die Vermögensabgabe weder passiviert noch für eine Lastenausgleichsrücklage gebildet sein darf. Wird dies in einem späteren Jahr durchgeführt, so wird damit der Lastenausgleichsgegenposten unzulässig;
- b) der Höchstbetrag für den Lastenausgleichsgegenposten, die Kreditgewinnabgabe — d. h. deren Kapitalschuld ohne rückständige Zinsen, nicht übersteigen darf;
- c) bei einer AG, KaA, GmbH, bergrechtlicher Gewerkschaft, Genossenschaft, sowie Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, freie und gesetzliche Rücklagen nebst Sonderrücklagen je bis auf den zehnten Teil des Nennkapitals bereits aufgelöst sein müssen;
- d) bei Einzelfirmen, OHG und KG müssen die Kapitalkonten bis zur Hälfte für die Kreditgewinnabgabe und Hypothekengewinnabgabe verwandt werden. Etwaige vorhandene freie Rücklagen sollten vorher aufgelöst sein. Eigentliche freie Rücklagen gibt es aber bei diesen Gesellschaftsformen in der Regel nicht, es könnte sich bei den so bezeichneten Konten um Teile des Kapitalkontos handeln.

Der Lastenausgleichsgegenposten kann aus dem Gewinn getilgt werden und muß in Höhe der in einem Geschäftsjahr fälligen Tilgungsbeträge für die Kreditgewinnabgabe — 3 v. H. — und für die Hypothekengewinnabgabe abgeschrieben werden. Die Vorschrift seiner gesonderten Ausweisung wurde bereits erwähnt.

Abschließend können wir feststellen, daß die Bedeutung des Kapitalentwertungskontos dahin geht, daß es für die Berechnung des verteilbaren Gewinnes als Aktivum gilt. Infolgedessen wird der Gewinn alljährlich nur um die in dem betreffenden Geschäftsjahr fällig werdenden Tilgungsbeträge auf die Kreditgewinnabgabe und die Hypothekengewinnabgabe gekürzt.

Die Möglichkeiten, die bisher für den Verlustausgleich aufgeführt wurden, können nebeneinander Platz greifen. Bei Änderung der Lastenausgleichsabgaben nach Feststellung der Jahresbilanz in der sie erstmals berücksichtigt worden sind, kann die betreffende Jahresbilanz geändert werden unter Inanspruchnahme der Bilanzhilfe des § 220 Abs. 2 LAG und Abs. 3 LAG. Sollte dies nicht geschehen sein, so muß die Lastenausgleichsabgabe in dem nächsten Jahresabschluß neu berechnet werden. Ein dann etwa neu entstehender Verlust kann nicht durch eine erleichterte Kapitalherabsetzung sondern durch Inanspruchnahme aller gesetzlichen Rücklagen ausgeglichen werden.

5. Verlustausgleich bei KaA und Genossenschaften.

Hier gilt dasselbe wie bei der AG.

Die Vermögensabgabe wird gegen die persönlich haftenden Gesellschafter gesondert fortgesetzt, sodaß diese an einem Verlust nicht teilnehmen, der durch die Vermögensabgabe entstanden ist.

Wurde eine bestimmte Dividende auf die Einlagen der persönlich haftenden Gesellschafter und der Kommanditaktionäre vorweg gezahlt, so haben die persönlich haftenden Gesellschafter unter Umständen einen Anspruch darauf, daß für die Zwecke der Berechnung der Kapitalzinsen auf ihre Einlagen und das Vermögen der Kommanditaktionäre eine Passivierung der Vermögensabgabe stattfindet.

Bei den Genossenschaften kann der Verlust ebenfalls unter Verwendung der freien und gesetzlichen Rücklagen ausgeglichen werden. Hier gelten dieselben Einschränkungen wie für die AG und GmbH.

Aber auch durch Abschreibungen auf die in der D=Mark=Eröffnungsbilanz neu festgesetzten Geschäftseinlagen können Genossenschaften ihren Verlust ausgleichen. Die Herabsetzung erfolgt zwar nicht in der D=Mark=Eröffnungsbilanz, sondern in einer späteren Jahresbilanz. Die Herabsetzung darf den Geschäftsanteil der D=Mark=Eröffnungsbilanz zuzüglich der an diesem Tage rückständigen Pflichteinzahlungen nicht überschreiten.

Bei einer Genossenschaft sind die rückständigen Einlagen¹⁾ nicht ein Teil des Geschäftsguthabens, deshalb nehmen sie an der Neufestsetzung nicht teil. Durch die Zahlung der Pflichteinlage, die im Zeitpunkt der D=Mark=Eröffnungsbilanz rückständig war, erhöht sich aber der Geschäftsanteil des betreffenden Genossen und deshalb wird dieser durch die Erfüllung der Einlagepflicht entstandene Anteil des Geschäftsguthabens ebenfalls gemindert.²⁾

Die Geschäftsguthaben dürfen nur in dem Verhältnis wie die freien Rücklagen gemindert werden.

C. Dritter Hauptteil:

Die Bedeutung der Bilanzierungsvorschriften für die Konstitution und Situation des Betriebes.

Nachdem in den vorstehenden Abschnitten die betriebswirtschaftliche Bedeutung der Bilanzierungsvorschriften und Bilanzierungstechnik der Rücklagenbildung dargestellt wurde, kommen wir zu einem weiteren Schwerpunkt unserer Darstellung, nämlich die Auswirkungen zu untersuchen, welche der Lastenausgleich auf den Betrieb, seine Daten und Kennziffern hat. Wir untersuchen die Konstitution und die Situation des Betriebes, wie sie vom Lastenausgleichsgesetz beeinflußt wird. Die Betrachtung beginnt mit der Konstitution, wie sie sich in der Bilanz niederschlägt, um darauf aufbauend die Situation zu besprechen. Der Verfasser ist sich darüber im Klaren, daß das nachfolgend gesagte nur für Betriebe gilt mit einer ganz bestimmten Kapitel-, Auftrags- und Bedarfsstruktur.

I. Bezüglich der Konstitution.

Die Bilanz enthält zwei gleiche Größen. Auf der einen Seite das Vermögen, auf der anderen das Kapital. Eine Minderung oder Vermehrung des Kapitals muß sich kraft der Bilanzgleichheit auch auf das Vermögen auswirken. Eine Entnahme, wie sie der Lastenausgleich darstellt, wird also sowohl die abstrakte Form der Kapitalseite als auch die konkrete Seite des Vermögens berühren.

1. Die Vermögensstruktur.

Das Lastenausgleichsgesetz geht zwar in seiner Grundkonzeption davon aus, daß die Aufbringung der Lastenausgleichsabgaben aus der Vermögenssubstanz eine wirtschaftliche Unmöglichkeit darstellt und deshalb die Zahlung aus dem Ertrag erfolgen soll. Indessen ist eine Verrentung der Vermögensabgabe möglich und hier besteht die

¹⁾ Im Gegensatz zur AG, GmbH und Personalgesellschaften.

²⁾ Vgl. Parisius=Crüger und Cercelsius, 10. Aufl., Anm. 29 zu § 10 Genossenschaftsgesetz; und Meilicke, RWP, DMBG 3 D5 unter IV.

Gefahr eines Substanzverlustes, denn es ist keine Sicherung für die Substanz gegeben, aus Gründen einer mangelnden Elastizität des Lastenausgleichsgesetzes.

a) Anlagevermögen.

Die volkswirtschaftliche Gefahr des Substanzverzehr bedarf keiner eingehenden Erwähnung. Der Betrieb ist Zelle des Organismus Volkswirtschaft. Die Vermögenserhaltung des einzelnen Betriebes ist Voraussetzung für den Ablauf des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses. Das Vermögen wird durch die aus dem Lastenausgleichsgesetz entspringenden Abgabesätze so geschmälert, daß seine Funktionsfähigkeit gestört ist. Im Falle einer Schrumpfung des Vermögens bleibt nur die Möglichkeit einer kontinuierlichen Kapitalaufnahme und dies ist infolge der bekannten Bedingungen des Kapitalmarktes erschwert, da dieser noch im Aufbau begriffen ist.

Natürlich könnte auch eine bedingte Rücklagenauflösung zur Liquidierung der Lastenausgleichsabgabe herangezogen werden. Indessen bedeutet die Auflösung der Rücklagen zu Zwecken des Lastenausgleiches ihre Ausschüttung, was einer Vermögensminderung gleichkommt.

Die Situation des Betriebes im Konjunkturablauf kann sich noch ungünstiger erweisen, wenn etwa in der konjunkturellen Wechsellage eine Depression die Gefahr des progressiven Vermögensverfalles bei rückläufiger Ertragsentwicklung ergibt.

Wie verschiedentlich in der Darstellung erwähnt wurde, sind die Beträge für die Lastenausgleichsabgaben aus dem laufenden Ertrag des Unternehmens zu ziehen. Diese Lösung geht von der Voraussetzung aus, daß der Ertrag temporär und kontinuierlich fließt und zwar für den Zeitraum, in welchem die Lastenausgleichsabgaben beglichen werden müssen. Es bedarf keinerlei Begründung dieser, wie wir sagen möchten, statischen Sicht zu widersprechen, in Betrachtung des dynamischen, des konjunkturellen Auf und Ab des Wirtschaftsablaufes. Bei rückläufiger Ertragsentwicklung wird in der Folge der gesetzlichen Bestimmungen des Lastenausgleiches das Vermögen angegriffen werden müssen. Bei Ertragsrückgang ist die Gefahr eines Vermögensverfalles gegeben. Zumindest aber wird bei rückgängiger Ertragslage die Thesaurierung, eine innere Anreicherung des Unternehmens oder wie man es finanztechnisch nennt, eine Selbstfinanzierung, nicht möglich sein.

Wir erkennen also, daß auch unter „Entnahme der Gegenwerte aus dem Ertrag“ das Vermögen eine Schmälerung erfährt. Es ist, wie wir wissen, die Übung der Gesellschaften, im Aufstieg Reserven zu bilden oder bilanztechnisch ausgedrückt, offene bzw. in vermehrten Maße stille Rücklagen zu legen. Diese stillen Rücklagen werden meist in den Anlagen gebildet, was bilanztechnisch durch überhöhte Abschreibungen geschieht. Ja es ist sogar so, daß der Gesetzgeber aus dem Gedanken des Gläubigerschutzes heraus, nach dem Handelsrecht die Unternehmen zwingt, stille Rücklagen zu legen. Im Falle des rückgängigen Ertrages werden die offenen Rücklagen aufgelöst und die stillen wieder zur Auflebung gebracht. Dies geschieht bekanntlich über die Gewinn- und Verlustrechnung unter pflichtigen Ausweis als außerordentlicher Ertrag.

Es wird also im Falle der rückläufigen Konjunktursituation von Nöten werden, zur Liquidierung der Lastenausgleichsabgaben „reale Vermögensteile“, welche nominell nicht ausgewiesen sind, die stillen Rücklagen, zu verwenden. Damit wird klar, daß ein Wachstumsprozeß für das Unternehmen unter Umständen unterbunden werden kann; und doch ist, wie wir wissen, in der Geschichte der Entstehung der deutschen Industrie, dieser Sparprozeß der Unternehmen, die Selbstfinanzierung, von großer Bedeutung gewesen. Die Gegenwart hat gezeigt, daß nur mit der Selbstfinanzierung das Reproduktions- und Erweiterungskapital gewonnen werden konnte, um die Wirtschaft aus

der Krise der Nachkriegsjahre herauszuführen, unter Zuhilfenahme „staatlicher“ Förderungsmaßnahmen.

Diese Möglichkeit — der Selbstfinanzierung — wird für die nächsten siebenundzwanzigeinhalb Jahre zumindest durch die Abgaben für den Lastenausgleich beschnitten. Nehmen wir nun den Fall an, daß die Wirtschaftsentwicklung eine rückläufige wird, wie dies manche Konjunkturprognose gegenwärtig befürchtet, so wird nicht nur eine Wachstumssteigerung unterbunden, sondern auch eine Minderung realer Teile des Anlagevermögens die Folge sein. Es wird dann eine zwangsläufige Schrumpfung eintreten, welche den Output des Unternehmens in quantitativer und qualitativer Hinsicht vermindert. Die Folge ist eine Teilliquidation durch Abstoßung einzelner Produktionsmittel und Gebäude. Diese Reduktion der bestimmten Betriebsgröße ergibt — außer anderen bekannten Folgen — eine Disharmonie der Vermögensteile, nämlich des Anlage- und Umlaufvermögens.

Diese Schrumpfungserscheinungen können unter Umständen durch Rücklagenauflösung abgefangen werden, was, wie bereits dargestellt, eine Vermögensminderung bedeutet. Aber auch eine temporäre und kontinuierliche Kapitalaufnahme kann eine solche Schrumpfung vermeiden. In diesem Falle ist dann die geminderte Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes hindernd im Wege. Verfolgen wir den weiteren Fortgang des Schrumpfungsprozesses, so wird schließlich die Krise des Unternehmens nur durch eine Sanierung abzuwenden sein.

Die Sanierung des Unternehmens ist dann eine Folge der Sanierung der deutschen Volkswirtschaft durch den Lastenausgleich. Ja wir können bei weiterem Vermögensverfall damit rechnen, daß eine Liquidation erfolgen muß, wobei diese nicht etwa schlagartig auftreten muß, sondern infolge der kontinuierlichen Abgaben für den Lastenausgleich als eine grassierende, sogenannte „schleichende“ Liquidation auftreten kann.

In der Gegenwart sind die Rationalisierungsbestrebungen und die Produktivitätsprogramme zur Hebung der Wirtschaftlichkeit in der westdeutschen Wirtschaft als Zielsetzung gestellt worden. Der veraltete Produktionsapparat soll regeneriert und renoviert werden. Die Rationalisierung in den Formen der Typung, Normung, Spezialisierung, Mechanisierung und der Fließarbeit sollen, in Anlehnung an das amerikanische Vorbild, durchgeführt werden. Es liegt auf der Hand, daß aus den eben dargestellten Motiven der Lastenausgleich ein Hemmnis dieser Wirtschaftlichkeitsbestrebungen darstellt.

Die Steuerlast und die Last für den Ausgleich der Vermögensschäden des Krieges mindern das Anlagevermögen in qualitativer und quantitativer Struktur, wie wir per Saldo als Ergebnis zu buchen vermögen.

b) Umlaufvermögen.

Die Abgaben für den Lastenausgleich haben neben den Rückwirkungen auf das Anlagevermögen auch solche auf das Umlaufvermögen. Wir können diese in indirekte und direkte Wirkungen einteilen.

Die indirekte Wirkungen beziehen sich auf die Proportionierung von Anlage- und Umlaufvermögen, insofern als bei einer Schrumpfung des Anlagevermögens eine Disproportionierung zum Umlaufvermögen eintritt, oder finanztechnisch ausgedrückt, eine Unterfinanzierung sich als Folge zeigt.

Die direkten Wirkungen beziehen sich darauf, daß die Lastenausgleichsabgaben aus dem Ertrag liquidiert werden müssen und insofern eine konstante nahezu dreißig-

jährige Vermögensschmälerung bei dem Umlaufvermögen darstellt. Zunächst bezieht sich diese Liquidierung auf die liquiden Mittel, nämlich die Kasse- und Bankkonten.

Die Liquidität erster Ordnung, wie man dies betriebswirtschaftlich ausdrückt, wird also siebenundzwanzigeinhalb Jahre lang geschmälert sein. Dies hat auch zunächst, um die Situation im Konjunkturablauf zu betrachten, negative Impulse für die Betriebswirtschaften zur Folge, da in der Aufschwungsperiode der Konjunktur die Liquiditätsvorliebe, um mit Keynes zu sprechen, als Folge steigender Preise, zunimmt. Das Ergebnis ist zunächst eine Dämpfung des volkswirtschaftlichen Wachstumsprozesses. Indessen vermag die geschmälerte Liquidität in der Abschwungsperiode der Depression und der darauf folgenden Krise, Rückwirkungen auf die laufende Finanzierung des Betriebes zu zeitigen.

Die liquiden Mittel, welche verfügbar sind, müssen dann zur Tilgung des Lastenausgleiches abgeführt werden, was den Betrieb bis zur Illiquidität bringen kann, ja sogar die akute Gefahr der Insolvenz heraufbeschwört. Reichen nun die liquiden Mittel nicht aus, so wird die Unternehmensleitung diese Liquidität durch Realisierung der übrigen Umlaufmittel wieder herzustellen wissen. Dies kann aber in der Phase der Depression nur zu relativ abgesunkenen Preisen geschehen, was unter Umständen zur Vermögensminderung des Betriebes führt; oder aber die Unternehmensleitung löst durch Realisierung von Umlaufsgütern stille Reserven auf.

Vermögenswerte welche, und dies analog dem Anlagevermögen, zur inneren Thesaurierung angereichert wurden, müssen um dem Lastenausgleich zu genügen und um eine Normalliquidität wieder herzustellen, abgestoßen werden.

Betrachten wir eine weitere Position des Umlaufvermögens, die Beteiligungen.

Die Beteiligungen müssen unter Umständen, um die Lastenausgleichsabgaben zu liquidieren, zur Realisation verwandt werden. Sie sind meist zum Zwecke der Sicherung, der Beschaffung oder auch des Absatzes angelegt. Es liegt deshalb auf der Hand, daß dieses Mittel, welche die Unternehmen mit dem Markt verbindet, infolge der Leistung für den Lastenausgleich funktionsunfähig werden können.

2. Die Kapitalstruktur.

Die westdeutschen Unternehmen hatten bis zum 1. September 1952 einen Teil ihres über die Reichsmark-Inflation hinweggeretteten Vermögens durch Einführung der Vermögensabgabe und der Kreditgewinnabgabe eingebüßt. Die Zusammenballung der Abgaben kann vor allem bei Unternehmen, die nach der Währungsreform mit Verlusten gearbeitet haben, zu einer Überschuldung und deshalb unter Umständen auch zu einem Konkurs führen. Deshalb hat der Gesetzgeber in Bezug auf die Vermögensabgabe im Gegensatz zur Kreditgewinnabgabe bestimmt, daß die erstere nicht zu passiviert werden braucht. Aus diesem Grunde werden auch die großen Aktiengesellschaften, deren Aktien börsengängig sind, in der Regel von der Passivierung der Vermögensabgabe absehen, wenn eine Herabsetzung des Nennbetrages der Aktien vermieden werden soll, worüber bereits gesprochen wurde.

Indessen wird durch die Nichtpassivierung, die zur Verfügung stehenden Dividenden der nächsten siebenundzwanzigeinhalb Jahre gegenüber dem Fall der Passivierung geschmälert, weil die gesamte Vermögensabgabe, soweit sie Tilgungscharakter und nicht Zinscharakter hat, über „Aufwand“ verbucht werden muß. Dafür wird innerhalb der Laufzeit der Vermögensabgabe in Höhe der kapitalisierten Vermögensabgabenschuld, das Vermögen angereichert.

Während also die Passivierungspflicht für AG, KaA und GmbH ausdrücklich ausgeschlossen ist, besteht für die Kapitalgesellschaften wohl ein Passivierungsrecht.

Es wäre nun unsere Aufgabe die Passivierung oder Nichtpassivierung in ihrer bilanztheoretischen Bedeutung und vom Standpunkt der Bilanzpraxis aus zu beleuchten. Es entsteht in Bezug auf den theoretischen Aspekt die Frage, welche bilanztheoretische Grundlage der Gesetzgeber verwandte und welche Auswirkung sich von den einzelnen bilanztheoretischen Deutungen auf die Kapitalkategorien, d. h. auf Eigenkapital und Fremdkapital, ergeben. Außerdem ist es unsere Aufgabe zu versuchen darzustellen, was diese Bestimmungen für die Bilanzpraxis bedeuten.

Nach der statischen Bilanztheorie, die sich im wesentlichen in den §§ 39 und 40 HGB niederschlägt, hat „jeder Kaufmann seine Grundstücke, Forderungen und Schulden, den Betrag seines baren Geldes und seine sonstigen Vermögensgegenstände zu verzeichnen und einen das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellenden Abschluß zu machen“.

Nach der statischen Theorie also, müssen alle Schulden ausgewiesen werden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß die Summe der Schuld zur Liquidierung der Lastenausgleichsabgaben nicht passiviert werden. Die Diskrepanz zwischen statischer Bilanztheorie und Praxis nach dem Lastenausgleichsgesetz in Bezug auf die Bilanzierung ist offensichtlich. Die Vermögens- und Schuldenlage ist nach statischer Sicht nicht erkennbar; es ist damit die Konstitution und Situation eines Unternehmens nicht klar zu erkennen. Die Bilanzkategorien wie Eigen- und Fremdkapital, sind als absolute und auch als relative Zahlen nicht aussagefähig.

In Bezug auf die Bilanzdaten, wie Rentabilität, Liquidität und Wirtschaftlichkeit, ergeben sich Ziffern, welche ein genaues Bild von dem augenblicklichen Stand der Unternehmen nicht zulassen.

Nach der dynamischen Bilanztheorie ist der relativ richtige Gewinn, als Maßstab der Wirtschaftlichkeit, das Ziel aller Berechnungen.

Die Bilanz darf wohl statische Nebenaufgaben erfüllen, wesentlich bleibt nur der erfolgsrechnerische Charakter der Bilanz.

Nach dynamischer Deutung des Bilanzinhaltes ist die Bilanz ein Kostenspeicher; in ihr befinden sich angebrochene Wertteile, und sie ist das Mittel zur Darstellung nicht ausgelöster Vor- und Nachleistungen, des noch der Auslösung Harrenden. Die Bilanz enthält letztlich transitorische und antizipative Posten.

Während die Gewinn- und Verlustrechnung die umgesetzten Teile aufführt, enthält die Bilanz die nicht umgesetzten. Sind die Beträge, welche der Betrieb zur Liquidierung seiner Lastenausgleichsabgaben leistet, bereits umgesetzte oder nicht umgesetzte Teile? Sie sind offenbar noch nicht umgesetzte Teile da sie noch ihrer Auslösung harren, d. h., sie bedürfen der Markierung und Passivierung in der Bilanz.

Es ist die Aufgabe der dynamischen Bilanz anhand des Gewinnes den Grad der Wirtschaftlichkeit zu bestimmen, bzw. eine Veränderung dieser festzustellen. Gilt es doch, die erste Umkehr einer steigenden oder fallenden Bewegung des Gewinnes in die umgekehrte Richtung, rechtzeitig zu erkennen.

Nach der dynamischen Bilanzlehre ist Gewinn „der Wert der Leistungen vermindert um den Wert der Aufwendungen, beide gemessen an Ausgaben und Einnahmen“; hierbei versteht man unter Aufwand den Wert der Güter, die für Rechnung des Unternehmens mit Bestimmung oder ohne Bestimmung, innerbetrieblich oder außerbetrieblich, vernichtet wurden oder verloren gingen.

Die beiden Begriffspaare, Ausgaben und Einnahmen einerseits, Aufwand und Leistung andererseits, charakterisieren den Inhalt der Bilanz. Was wären nun nach der dynamischen Bilanztheorie die Abgaben für den Lastenausgleich? Ist es Aufwand, noch nicht Leistung; ist es Ausgabe, noch nicht Einnahme? Die Leistungen für den Lastenausgleich sind in bar zu entrichten und berühren nur den Geldkreislauf, insofern können sie nicht Aufwand und Leistung sein. Sie sind Ausgaben und werden nie mehr zu Einnahmen.

Wir erkennen also, der Lastenausgleichsposten läßt sich nicht mit den dynamischen Kategorien fassen. Indessen sind es Ausgaben, und zwar solche, die den Gewinn über nahezu drei Jahrzehnte schmälern. Den Gewinn, der die Wirtschaftlichkeit anzeigen soll, demnach kann diese nicht gemessen werden: Das Ziel der dynamischen Bilanztheorie kann nicht erreicht werden.

Nun bliebe noch die Betrachtung der Lastenausgleichsabgaben vom Standpunkt der organischen Bilanzlehre. Auch nach der Bilanz von Fritz Schmidt ist der Gewinn Maßstab der Wirtschaftlichkeit. Insofern gilt auch für die organische Theorie was für die dynamische gesagt wurde.

Wie wir gesehen haben, ist die Nichtpassivierung der Lastenausgleichsabgaben bilanztheoretisch nicht zu vertreten. Indessen wäre aufzuzeigen, wie sich für die Bilanzpraxis diese Handhabung auswirkt, wie sich diese Technik auf die Kapitalkategorien in absoluter und relativer Beziehung verhält.

In der Praxis ist der Posten der Lastenausgleichsabgabe ex definitione eine Schuld. Eine Schuld des Unternehmers an den Gläubiger Staat. Das heißt, daß eine Schuld bei der Technik des Nichtpassivierens nicht auftritt — zweifellos nach allgemeinen Grundsätzen der Bilanzierung ein Bilanzdelikt — und doch gilt die Formel $V - S = R$.

Ein Teil der Schulden, nämlich die Abgaben für den Lastenausgleich, sind nicht aufgeführt; die Schuld ist zu niedrig dotiert, folglich ist die Position R nur eine nominelle und nicht eine materielle Größe.

a) Eigenkapital.

Das Eigenkapital oder Garantiekapital entspricht in seiner tatsächlichen Höhe nicht dem angegebenen Wert. Dem Grundsatz der Bilanzwahrheit und dem der Bilanzklarheit wird nicht entsprochen. Dies bedarf der Beachtung mit all seinen Konsequenzen für den Gläubigerschutz, von dem das Aktiengesetz ausgeht, auch mit seinen Konsequenzen für die Kennziffern Wirtschaftlichkeit, Rentabilität und Liquidität. Als Ergebnis in Bezug auf das Eigenkapital der Rückwirkung der Nichtpassivierung der Lastenausgleichsabgaben können wir festhalten, daß durch diese Praxis:

1. Eine negative, stille und versteckte Schuldrückstellung geschaffen wird;
2. die Höhe eines Scheinkapitals in der Bilanz aufgezeigt wird;
3. ein Verstoß gegen den Grundsatz der Bilanzklarheit und Bilanzwahrheit vorliegt;
4. bei Kapitalgesellschaften ungenügende Offenbarung des Eigenkapitals und mangelnde Aussagefähigkeit gegeben ist;
5. eine starke Beeinträchtigung des Gläubigerschutzes möglich ist.

Die Passivierung wirft die Frage auf, welche Bedeutung und welche Wirkung die Bilanzierungspraxis auf das Eigenkapital hat.

Die Lastenausgleichsabgaben stellen eine Schuld dar. Es ist also die Schuldposition absolut und relativ zum Eigenkapital vermehrt, d. h. die Bilanzstruktur auf der Passiv-

seite der Bilanz verändert sich. Die Kennziffer in Bezug auf die Sicherheit des Unternehmens wird einen relativen Sicherheitsgrad ausdrücken, oder sagen wir es mit der Formel $R = V - S$, R wird sich verringern. Das Garantiekapital der Unternehmen wird also durch die Aufführung dieser Position geschmälert; jedoch sind wir geneigt dieser Handhabung eher zuzustimmen, als einer Nichtpassivierung.

Die nachteiligen Folgen einer Nichtpassivierung werden vermieden, ja es entstehen darüber hinaus weitere Vorteile. So ist es für den Betrieb möglich steuerfreie Kapitalrückzahlungen vorzunehmen. Die Unternehmen haben bekanntlich seit der Währungsreform erheblich Gewinne gemacht, welche sie als Teil des Eigenkapitals in den offenen Rücklagen dotierten. Im Falle, daß das Kapital herabgesetzt wird, gilt dies nach ständiger Rechtsprechung als Ausschüttung der offenen Rücklagen und löst mindestens die Kapitalertragssteuer aus, ja meist sogar die Veranlagungseinkommenssteuer.

Werden die offenen Rücklagen durch die Passivierung des Lastenausgleiches aufgelöst, so kann von der Steuer nicht dahingehend argumentiert werden, daß man ja die offenen Rücklagen hätte ausschütten können. In diesem Falle besteht die Möglichkeit, ohne daß sich etwas ändert, das Gesellschaftskapital herabzusetzen und in Höhe der Herabsetzung auszukehren.

Nach § 17 des Einkommenssteuergesetzes ist in solchen Fällen mit einer Ausschüttungseinkommenssteuer zu rechnen.

Schließlich bietet, wie bereits gesagt, die Passivierung den Vorteil den Gewinn richtig zu ermitteln, welcher ja auch, wenn man es so sehen will, einen Teil des Eigenkapitals darstellt. Dies ist von besonderer Bedeutung gegenüber dritten Nichtgesellschaftern, gewinnbeteiligten höheren Angestellten, gewinnbeteiligten Gefolgschaften oder Genußscheinhabern. Im Falle der Nichtpassivierung muß dann eine Sonderrechnung, bzw. eine Nebenbilanz angefertigt werden.

Es wird ohne weiteres deutlich, daß die Nichtpassivierung zu relativ niedrigen Gewinnen, und damit zu einer Beschränkung der verteilungsfähigen Dividende führt. Dies wird relevant, wenn zukünftig bei einer Steuerreform der auszuschüttende Gewinn niedriger besteuert wird.

Das Unternehmen wird dann immer geneigt sein, einen relativ höheren Gewinn auszuweisen.

Meilicke weist noch darauf hin,¹⁾ daß bei der Berechnung des Ertragswertes, so wie ihn z. B. die Anteilsbewertung nach den sogenannten Berliner Verfahren kennt, es wichtig ist, daß die Vermögensabgabe nicht nur beim Substanzwert, sondern auch beim Ertragswert als Aufwandsposten erscheint. Weiterhin sei zu berücksichtigen, daß die Zinsen auf die Vermögensabgabe bei der Körperschaftssteuer nicht voll abzugsfähig sind. Die dadurch erhöhte Körperschaftssteuer mindert den Gewinn.

b) Fremdkapital.

Die Passivierung oder auch Nichtpassivierung wirken direkt bzw. indirekt auf das Fremdkapital in absoluter und relativer Höhe ein. Die Bilanzstruktur wird dadurch verändert, nach innen auf der Passivseite, nach außen im Verhältnis zur Vermögensseite, als Ganzes und in ihren einzelnen Teilen. Die Schuldenseite des Unternehmens wird also ein relativ größeres Ausmaß annehmen. Dies hat Auswirkungen in Bezug auf die Sicherung des Unternehmens, seine Liquidität und zwar, sowohl der Liquidität der Passivseite und der Aktivseite, als auch der Kombination und der Relation beider Seiten. Schließlich wird auch der Rentabilitätsgrad des Unternehmens geschmälert. Nicht

¹⁾ Vgl. Meilicke a. a. O. S. 484.

etwa deshalb, weil der Gewinn geschmälert wird, sondern deshalb, weil bei der Berechnung der Unternehmensrentabilität, ein geschmälert Gewinn einem vergrößerten Kapital gegenübersteht.

Die Lastenausgleichsabgaben sollen aus dem laufenden Ertrag des Unternehmens geleistet werden. Es ist offensichtlich, daß der Gesetzgeber den Gedanken verfolgte, die Unternehmen nicht mit einer globalen Schuld zu belasten, eine Schuldposition auf der Passivseite sollte vermieden werden, oder anders gesagt, das Fremdkapital sollte absolut und relativ keine Vergrößerung erfahren.

Eine Passivierung unter der Kategorie Fremdkapital will der Gesetzgeber vermeiden. Indessen ist formal in der Bilanz keine Schuld ausgewiesen, mindestens bei einer Nichtpassivierung; materiell jedoch wirkt die Lastenausgleichsabgabe wie eine Schuld. Man kann zunächst die Dinge so sehen, daß der Gewinn im Grundsätzlichen eine Schuld überhaupt darstellt. Eine Schuld an die Anteilseigner oder die Aktionäre. Schon in dieser Sicht wird der Schuldcharakter der Abgaben für den Lastenausgleich deutlich. Oder aber in anderer Sicht gesehen, bei Passivierung der Schuld, im Rahmen der Kategorie Fremdkapital, bedeutet dies eine, wie gesagt, Mehrung des Schuldkapitals in relativer und absoluter Höhe.

Die Struktur des Kapitals auf der Passivseite wird verschoben, die Relation zwischen Fremd- und Eigenkapital verschiebt sich in negativer Weise, was im Hinblick auf die Kapitalerhaltung und das Wachstum des Betriebes Wirkungen zeigt.

Die Kennziffer Eigenkapital zu Fremdkapital zeigt den Grad der Sicherheit, den Grad der finanziellen Stabilität bzw. Instabilität, an. Sie bildet die Grundlage bei der Frage der Kapitalaufnahme bzw. der Kapitalaufnahmemöglichkeiten. Diese Tatsache ist besonders noch nach den verschiedenen Betriebsgrößenklassen oder auch nach den Rechtsformen der Unternehmen zu beachten.

Den Aktiengesellschaften, welche im Normalfall ein Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital wie 1:2 aufzeigen, im Gegensatz etwa zu einer Personalgesellschaft, wo das Verhältnis von 2:1 meist die Norm ist, wird gerade die Schuld des Lastenausgleiches eine verminderte Kapital- und Kreditaufnahmefähigkeit bringen, für die kleinen und mittleren Unternehmen — Personalgesellschaften und Einzelfirmen — die Folge sein. Es ist wohl das Verhältnis bei Kapitalgesellschaften ein umgekehrtes, indessen besteht bei ihnen die Möglichkeit des Herantretens an den Kapitalmarkt, was für die Personalgesellschaften nicht zutrifft.

Die Lastenausgleichsabgaben werden also, da sie das Fremdkapital vergrößern, eine verminderte Kapitalaufnahmemöglichkeit für die Personalgesellschaften herbeiführen.

Überhaupt ist die Frage zu stellen, wie wirkt sich die Lastenausgleichsabgabe im Hinblick auf die Vermehrung des Fremdkapitals im konjunkturellen Ablauf aus?

Das Gesetz geht von der Fiktion gleichmäßiger Ertragskraft der gesamten gewerblichen Wirtschaft über den Zeitraum von dreißig Jahren aus. In Wirklichkeit steht zu erwarten, daß in einer Marktwirtschaft, nach welcher Ordnung unsere Wirtschaft ausgerichtet ist, konjunkturelle Wechsellagen sich einstellen, was besagen will, daß Hausse und Baisse sich ablösen werden.

Was bedeutet eine Baisse für das Unternehmen unter der Last des Lastenausgleiches?

Bei rückläufiger Ertragsentwicklung besteht die Gefahr des progressiven Vermögenszerfalles.

Zum Zwecke der Sanierung kann das Unternehmen die Möglichkeit haben, Kapital von außen aufzunehmen. Wir sagten jedoch, es kann die Möglichkeit haben, denn eine Kapitalaufnahme erweist sich selbstverständlich bei rückläufiger Ertragsentwicklung

als schwierig. Gelingt es dem Unternehmen sich zu sanieren, so wird also unter Umständen das Fremdkapital vermehrt.

Summa summarum können wir feststellen, daß der Grundgedanke des Gesetzgebers davon ausging, daß die Lastenausgleichsabgaben aus dem laufenden Ertrag geleistet werden sollen, daß jedoch nur eine Seite mit in Betracht gezogen wurde, nämlich der Fall gleichmäßiger oder steigender Ertragskraft. Im Falle des sinkenden Ertrages wird das Kapital des Unternehmens berührt, entweder durch Rücklagenauflösung — was eine Minderung des Eigenkapitals bedeutet — oder aber durch Kapitalaufnahme — was einer Mehrung des Fremdkapitals gleichkommt. Diese zweite Seite der Betrachtungsweise hat der Gesetzgeber in seiner Grundkonzeption außer Betracht gelassen.

II. Die Bedeutung der Bilanzvorschriften für die Situation des Betriebes.

Nachdem nun im Vorstehenden zur Konstitution des Unternehmens unter Einwirkung des Lastenausgleiches Stellung genommen wurde, sei in unserer weiteren Betrachtung die Situation unter dem Aspekt des Lastenausgleiches behandelt; es ergibt sich unmittelbar aus dem Verhältnis von Vermögensstruktur und Kapitalstruktur der Gewinn, die Rentabilität und die Liquidität.

1. Der Gewinn.

Nach Schmalenbach — wir wollen uns dieser Meinung anschließen — ist der Gewinn der Maßstab der Wirtschaftlichkeit.

Die negative oder positive Umkehr der Gewinnkurve ist ein Mittel für die unternehmerische Disposition. Nach Fritz Schmidt ist der Gewinn auch Maßstab der Rentabilität. Sein absoluter und relativer Umfang zum Vermögen ist die Basis für die unternehmerische Leitung.

Nach dem Gesetz — dem Lastenausgleichsgesetz —, sollen die Lastenausgleichsabgaben aus dem Ertrag, aus dem Gewinn abgedeckt werden. Wir müssen nun fragen, was bedeutet die Schmälerung des Gewinnes von den oben genannten theoretischen Aspekten aus?

Der Gewinn in seinem geschmälernten Umfange kann nicht als Funktion unternehmerischer Leitung Verwendung finden, sowohl die Zielsetzung der optimalen Wirtschaftlichkeit als auch der optimalen Rentabilität sind in praxi nicht mehr durchführbar.

Aber nicht nur die Tatsache, daß der Gewinn nicht mehr als „Kompaß“ zur unternehmerischen Leitung Verwendung finden kann, sondern auch die Minderung des Gewinnes, bringen Wirkungen hervor, sowohl in psychologischer als auch in materieller Hinsicht.

Das Lastenausgleichsgesetz spricht davon, daß die Lastenausgleichsabgabe aus dem Ertrag zu decken sei. Nun ist zunächst die Frage zu stellen, was versteht der Gesetzgeber unter Ertrag?

Wenn man etymologisch vorgeht, wird klar, daß das Wort nichts anderes aussagen will, als das was das Kapital getragen oder abgeworfen hat.

Geht man betriebswirtschaftlich vor, so ist das Pendant der Aufwand; Aufwand und Ertrag ist ein Begriffspaar, wovon das eine auf der linken, das andere auf der rechten Seite der Erfolgsrechnung steht und sich global auf die Seiten bezieht.

Betrachten wir das Recht der Vermögensabgabe, bzw. ihre gesetzlichen Bestimmungen, so kann sinngemäß nichts anderes gemeint sein als der Gewinn der, wie wir

öfters schon angeführt haben, zur Ablösung der Lastenausgleichsabgaben dienen soll; die Substanz des Vermögens soll ja bestehen bleiben. Aber was ist nun Gewinn? Und gibt es nicht auch Verlust?

Vom Verlust spricht das Gesetz nicht; mindest nicht, soweit nicht besondere Fälle, wie etwa die Sanierung, anzusehen sind. — Der Gesetzgeber geht also ohne weiteres davon aus — wie wir bereits schon einmal feststellten — daß ein positives Ergebnis erzielt wird; ein negatives stellt er nicht in den Bereich des Möglichen.

Wenn nun wirklich Gewinne gemacht werden, oder — es sei noch einmal betont — wie der Gesetzgeber sagt, Erträge, so müssen wir uns fragen, was denn unter Gewinn verstanden werden kann. In der Betriebswirtschaftslehre ist dies noch nirgends eindeutig und bündig klar geworden. Die Theorie kennt entsprechend den Bilanztheorien einen statischen, dynamischen und organischen Gewinnbegriff.

Der Gesetzgeber hat, wie nach der teleologischen Begriffsbestimmung, einen Gewinn nach dem Handelsrecht, einen nach dem Steuerrecht und einen nach dem Preisrecht geschaffen. Es ist also theoretisch nicht klar, was Gewinn sei. Folglich könnte man — von der Theorie her — fragen, welchen Gewinn der Gesetzgeber meint?

Ist es der, der vom nominalistischen Gesichtspunkt ausgeht oder der, der vom substantialistischen ausgeht, oder von deren beiden Kombinationen? Die Gewinnhöhe wird jedesmal eine andere sein, entsprechend auch die Höhe der Lastenausgleichsabgaben. Indessen ist die Frage ja nicht von der theoretischen sondern von der praktischen Seite aus zu lösen. Wir kommen damit nochmals auf die Frage zurück, was Ertrag sei?

Man gewinnt den Eindruck beim Studium des Lastenausgleichsgesetzes, daß der steuerliche Ertrag gemeint ist. Dies führt zu der Frage, ob der steuerliche Ertrag, von betriebswirtschaftlichen Maximen aus zu befürworten sei. Die Steuer geht bekanntlich von budgetären Grundsätzen aus; ihr kommt es darauf an, einen möglichst gleichmäßig hohen, fließenden Steuerertrag zu erzielen, um ein Gleichgewicht im Budget zu schaffen. Es sind dies also keine betriebswirtschaftlichen Grundsätze, sondern rein fiskalische, welche diesen Ertrag bestimmen und von welchem Teile für den Lastenausgleich abgelöst werden. Wir sehen also, daß hier die Interessenslage des Fiskus dominiert und die betriebswirtschaftliche Kapitalerhaltung und das Wachstum des Betriebes in den Kreis der Betrachtung mit einbezogen wurde.

Wir fragen erneut, was ist Gewinn und was Ertrag? Wenn man die Betriebswirtschaft als eine Kostenwirtschaft sieht, so ist der Gewinn aus verschiedenen kalkulatorischen Restposten zusammengesetzt, als da sind Unternehmerlohn, Zinsen auf das arbeitende Kapital, das allgemeine Unternehmerwagnis und eventuell eine Differentialrente. Einer dieser Teile wird abgespalten. Welchen wir auch nehmen, so erkennen wir, daß sich ein Negativum für den Betrieb ergibt.

Nehmen wir an, die Differentialrente sei der Teil, welcher die Abgaben für den Lastenausgleich ausmacht. In diesem Falle kann die Funktion der Differentialrente nicht mehr zum Zuge kommen. Der Anreiz zur Wirtschaftlichkeit fällt damit weg.

Dies hat sowohl ein psychologisch-ideelles, wie ein materielles Motiv. Der Unternehmer wird das Gefühl haben, daß sein eingesetztes Erwerbskapital eine ungenügende Rente abwirft, das Mehrkapital dem Aufwand nicht mehr entspricht.

In Bezug auf das Materielle hat die Wegnahme der Differentialrente die Wirkung, daß sie nicht mehr zur Thesaurierung, zur inneren Anreicherung des Betriebes dienen kann.

Nehmen wir den Unternehmerlohn als das Äquivalent für die Lastenausgleichs-
abgabe, so ist zu fragen, warum der Unternehmer keinen Lohn bekommen soll?

Entscheidend für die Leitung des Betriebes ist doch der dispositive Faktor. Die
organisatorische Leistung des Unternehmers ist von der industriellen Entwicklung
nicht wegzudenken.

Nehmen wir den Zins als den Äquivalenzwert aus dem Gewinn, welcher für die
Lastenausgleichsabgaben zu leisten ist. Es entsteht die Frage, ob hier nicht der Sinn
des Wirtschaftens in Zweifel gestellt ist; jedes Kapitalteilchen sollte doch den Normal-
zins erbringen.

Schließlich wenn das allgemeine Unternehmerwagnis als Ausgleichsposition für den
Lastenausgleich gesehen wird, so ist damit dem betriebswirtschaftlichen Grundsatz der
Erhaltung der Kapazität widersprochen, denn diese Wagnisprämie wird doch ein-
gerechnet, weil der wirtschaftshemmende Unfall oder Zufall jeder Zeit eintreten kann.

Summa summarum bedeutet die vom kostentheoretischen Standpunkt aus betrachtete
Restgröße Gewinn in ihren Einzelteilen, Kostenteile welche „betriebsnotwendig“ sind
und sowohl global, als auch einzeln ihre betriebswirtschaftliche Berechtigung haben,
sie also vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht annulliert werden können.

Die Kupierung des Gewinnes durch den Lastenausgleich, so können wir feststellen,
widerspricht dem Grundsatz der Erhaltung der Kapazität und dem Wachstum des
Betriebes, vornehmlich wenn die Differentialrente oder der Unternehmerlohn in Weg-
fall kommt.

Wenden wir uns einem anderen Gesichtspunkt zu: Das Gesetz, das vom Ertrag
spricht, läßt offen, ob dieser extern oder intern erzielt wurde, oder anders gesagt,
ob er Unternehmergewinn oder Betriebsgewinn darstellt.

Die Frage wird angeschnitten weil es nicht klar ist, welche Gewinnkategorie zur
Ablösung des Lastenausgleiches herangezogen werden soll. Es stellt doch dies psycho-
logisch-ideell und materiell einen Unterschied dar, welcher Gewinn zum Lastenaus-
gleich herangezogen werden sollte.

Schließlich ist im Hinblick auf die Abgeltung des Lastenausgleiches aus dem
Gewinn die Tatsache bemerkenswert, daß wie der Nestor der Steuerbetriebslehre
Bühler dies ausdrückt, sich ein „Dreifrontenkampf“ um die Höhe des Gewinnes ergibt,
nämlich zwischen den Gläubigern, den Aktionären und der Steuer. Ja man könnte von
einem Vier- oder Fünffrontenkampf sprechen, wenn wir die Wissenschaft und das
Unternehmen selbst als Interessenten dazunehmen.

Der Gläubiger wird darauf bedacht sein, daß die Substanz erhalten bleibt, mithin
also möglichst wenig Gewinn ausgeschüttet wird. Der Lastenausgleich bedeutet einen
Zwang zur Gewinnausschüttung. Die Folge wird sein, daß die Gläubiger in verstärktem
Maße ihre Interessenslage vertreten werden und den insgesamt ausgeschütteten Gewinn,
also mit Einschluß der Lastenausgleichsabgabe, relativ niedrig zu halten versuchen. Es
liegt auf der Hand, daß sich hier Kollisionen der verschiedenen Interessenlagen er-
geben werden, Kollisionen vor allen Dingen der Aktionäre, welche wie wir wissen,
konträre Interessen vertreten.

Dem Aktionär hingegen — dividendenhungrig — wird möglichst daran gelegen
sein einen relativ hohen Gewinn zu bekommen. Die Lastenausgleichsabgaben be-
schränken dieses Ziel. Wenn man im Zusammenhang der Doppelbesteuerung der
Aktien bedenkt, daß von dem ausschüttbaren Gewinn noch die Lastenausgleichsabgabe
abgezogen werden muß, wird deutlich, daß für die Anteilseigner oder wie die Steuer
sagt, Mitunternehmer, wenig übrig bleibt.

Die Interessenslage der Steuer hingegen erfordert, wie wir schon ausführten, einen möglichst hohen Gewinn zu versteuern.

Indessen ist die Lastenausgleichsabgabe von dem zu versteuernden Ertrag nicht abzugsfähig, was wohl direkt einen Steuerausfall bedeutet, jedoch indirekt infolge des Abzuges des Erweiterungskapitals der Unternehmen, einen geminderten Ertrag ergibt, was den Umfang der Ertragssteuer schmälern wird.

Nebenbei sei noch die Wissenschaft genannt, die den objektiv richtigen Gewinn sucht.

Schließlich sei noch das Unternehmen selbst aufgeführt. Was kann die Geschäftsleitung zur Minderung des Gewinnes durch den Lastenausgleich für Dispositionen treffen und wie werden sich diese in der Praxis auswirken?

Der Verfasser ist der Meinung, daß gerade die Abdeckung der Lastenausgleichsabgabe aus dem Gewinn dem Unternehmen nach außen und innen in materieller und ideell-psychologischer Hinsicht, Schäden in Bezug auf die Erhaltung der Kapazität und das Wachstum zufügt.

Zunächst sei die Frage, nach innen zum Unternehmen hin, betrachtet. Es ist eine bekannte Tatsache und wir haben dies im Verlauf unserer Darstellung mehrfach betont, daß die Selbstfinanzierung ein Finanzierungsmittel darstellt, welches nach Epochen graduell verschieden, zur Haltung und dem Wachstumsprozeß des Betriebes beitrug und beiträgt. Besonders in Zeiten in denen der Kapitalmarkt für die Unternehmen gesperrt war oder aber nicht funktionierte, war die Selbstfinanzierung die bedeutsamste Finanzierungsart; dies wird sie auch angesichts des Versagens des Kapitalmarktes weiterhin bleiben.

Für die Gesellschaft bleibt also eine verringerte Möglichkeit der Akkumulation und inneren Anreicherung technisch für stille und offene Reserven übrig. Die Einengung der Gewinn disposition bedeutet eine verringerte Möglichkeit der Kapital- und Betriebs-erhaltung. Sie bedeutet ferner eine geringere Wirtschaftlichkeit, Rentabilität wie auch Liquidität.

Die Erlösdisposition des Unternehmens muß von einer verringerten Gewinnbasis betrachtet werden. Diese Fakten werden noch verstärkt oder stehen vielmehr noch in funktionellem Zusammenhang mit den Wirkungen, welche der Abzug von Gewinn-teilen durch den Lastenausgleich nach außen bewirkt. Der Gewinn ist vermindert, besser gesagt, der auszuschüttende Gewinn erfährt eine Verringerung. Eine verringerte Dividende hat Auswirkungen auf den Kurswert der Aktien oder auch der Obligationen. Der Anreiz zum Kauf dieser Effekten wird also — in dieser funktionellen Sicht gesehen — durch den Lastenausgleich vermindert, was besonders angesichts des besagten Versagens des Kapitalmarktes für die weitere Kapitalaufnahme des Unternehmens als ein Negativum angesehen werden muß.

Fassen wir die Wirkungen der Lastenausgleichsabgaben zusammen, im Hinblick auf die Erhaltung und das Wachstum der Kapazität, so können wir sagen, daß sie dem Gedanken der Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der Produktivität der west-deutschen Unternehmen zuwiderläuft.

2. Die Rentabilität.

Die Rentabilität ist neben der Liquidität und der Wirtschaftlichkeit eine der wichtigsten Betriebsdaten für die Disposition des Unternehmers. Aus diesem Grunde ist es unsere Aufgabe die Einwirkungen der Lastenausgleichsabgaben auf die Kennziffer

Rentabilität zu untersuchen. Es bedarf jedoch zu diesem Zweck einer Betrachtung des Wesens, der Arten und der Problematik der Rentabilität.

Die Rentabilität stellt ein Verhältnis dar, zwischen Gewinn und Kapital; sie ist eine Kenn- und Meßziffer, um aufzuzeigen welches Mehrkapital durch die wirtschaftliche Tätigkeit erzielt wird. Diese Kennziffer zeigt inwieweit das eingesetzte Erwerbskapital sich rentiert, welche Rente im Maßstab des Geldes eine bestimmte Summe Geldkapital abgeworfen hat. Die Rentabilität ist also ein Begriff des geldmäßigen Denkens im Gegensatz zur Wirtschaftlichkeit, welche vom Gütermäßigen=Substantiellen ausgeht. Die Basis zur Rentabilität bilden die beiden Größen Kapital und Gewinn; jedoch ist es problematisch und wir haben dies im vorherigen Kapitel ausgeführt, was Gewinn sei; eine Vielzahl von Begriffsinhalten und entsprechend eine Vielzahl von Größen war festzustellen. Andererseits ist sowohl nach der materiellen, wie der formellen Seite hin problematisch, was unter Kapital zu verstehen ist.

Was etwa unter Eigenkapital zu verstehen sei, was unter Unternehmungskapital zu verstehen sei und was unter betriebsnotwendigem Kapital zu verstehen sei? Und wie sollen diese Größen bewertet werden, mit Anschaffungswerten, Tageswerten oder Ertragswerten? Kombinieren wir nun Gewinn und Kapital, und bedenken wir die Vielzahl des Gewinnbegriffes und die des Kapitalbegriffes, so wird deutlich, welche Fülle von Rentabilitätsziffern aufgestellt werden können.

Alle diese Ausführungen haben wir im Hinblick auf die Beeinflussung der Rentabilität durch den Lastenausgleich darzustellen; denn wir müssen prüfen, ob das Gesetz von der richtigen Basis ausgeht und ob vielleicht die Rentabilität unter dem Einfluß der Lastenausgleichsabgaben nicht noch problematischer wird.

Wir können schnell zu einer Antwort kommen. Das Gesetz spricht von Ertrag, von welchem die Lastenausgleichsabgabe geleistet werden soll. Es spricht sich aber nicht darüber aus — wie wir bereits festgestellt haben —, was unter Ertrag zu verstehen sei. Nur an einer Stelle, im § 129 LAG, ist gesagt, daß „die Ertragsberechnung durch Rechtsverordnung geregelt werden können.“

Wir haben im ersten Teil der Arbeit ausgeführt, daß das Betriebsvermögen als Basis zur Berechnung der Abgabenleistungen dient. Wir sehen, der Gesetzgeber hat also die Problematik, wie sie sich in Bezug auf die Rentabilität ergibt, überhaupt nicht aufgegriffen. Er hat also keine betriebswirtschaftlichen Maxime bei der Kodifizierung berücksichtigt. Es bleibt uns daher nicht anderes übrig, als den Einfluß, welchen das Lastenausgleichsgesetz auf die Rentabilität ausübt, zu untersuchen. Es ist ohne weiteres klar, daß sie geschmälert wird, denn die Lastenausgleichsabgaben müssen ja aus dem Ertrag bzw. Gewinn liquidiert werden. Aber nicht nur diese direkte Wirkung übt die Lastenausgleichsabgabe auf die Rentabilität aus, sondern auch eine indirekte Wirkung ist festzustellen, als ja, wie wir schon mehrfach betonten, die innere Anreicherung aus dem unverteilter Gewinn durch die Lastenausgleichsabgabe gemindert wird, und damit also die Kapitalbasis des Unternehmens durch den Lastenausgleich geschwächt wird.

Es ist nun die Frage, in welchem Maße die Rentabilität beeinflußt wird. Das Gesetz spricht von einem Jahressatz der Abgabenleistung von 6 v. H. vom Betriebsvermögen aus gerechnet.

Bedenken wir, wie wir bereits anführten, daß der Normalzins um 4 v. H. sich bewegt, so wird deutlich, in welchem Umfange das Unternehmen beeinträchtigt wird, welchen Einfluß dies nach innen und außen, im Hinblick auf die Kapitalerhaltung und das Wachstum des Betriebes, im Hinblick auf den Kapitalmarkt und den Absatzmarkt hat.

Denn die Lastenausgleichsabgabe soll über drei Jahrzehnte hinweg geleistet werden und wirkt wie ein konstanter Kostenfaktor.

Diese Tatsache zeigt, wie problematisch die Abgaben für den Lastenausgleich in ihrem Einfluß auf die Rentabilität sind.

3. Die Liquidität.

Neben dem wichtigen Betriebsdaten Rentabilität wollen wir das andere Datum, die Liquidität des Betriebes unter dem Einfluß der Lastenausgleichsabgabe betrachten.

Unter Liquidität im engeren und relativen Sinne ist das Verhältnis zu verstehen, der flüssigen und leicht realisierbaren Aktiva, zu den Gesamt- oder auch sofort fälligen Verbindlichkeiten. Die Lastenausgleichsabgabe ist eine „fiskalische“ Rentenschuld — obwohl ihre Wirkung nicht die einer Steuer ist — und muß vierteljährlich entrichtet werden, sodaß jederzeit dafür flüssige Mittel zur Verfügung stehen müssen. Die Lastenausgleichsabgabe vermindert somit die liquiden Mittel ersten Grades.

Dieser Teil der Ausgaben kann nicht zur Abdeckung von Verbindlichkeiten aus dem Geschäftsverkehr, oder zur Abtragung sonstiger Schulden, kurz- und langfristiger Natur, verwandt werden. Wollten wir es extrem ausdrücken, so könnte man sagen, daß die Lastenausgleichsabgabe mindestens partiell aus der Liquidität eine Illiquidität entstehen läßt.

Es ist nun üblich verschiedene Liquiditätsgrade zu unterscheiden, die Liquidität erster, zweiter und dritter Ordnung. Sie alle werden davon betroffen, denn bei all diesen Liquiditätsberechnungen ist die Summe, welche die sofort realisierbaren Mittel, wie Kasse, Bank und Postscheck darstellen, mit eingeschlossen.

Die Kennziffer Liquidität enthält also von vorneherein eine Belastungsgröße, in Höhe der Lastenausgleichsabgabe.

Betrachten wir im weiteren den Betrieb im konjunkturellen dynamischen Ablaufs-prozeß, so wird diese Belastung noch deutlicher. In der Aufschwungsperiode der Konjunktur, welche normalerweise durch eine Illiquidität gekennzeichnet ist, infolge der gesteigerten Liquiditätspräferenz, wird sich die Abgabenleistung dämpfend für den Konjunkturaufstieg auswirken, da Forderungen und Schulden nicht ins Gleichgewicht gebracht werden können. Die Schuldenseite also mit der Last der Abgabe beladen ist.

Gehen wir in der dynamischen Liquiditätsbetrachtung weiter, so wird deutlich, daß etwa in einer Abschwungsphase das Negativum Lastenausgleichsabgabe leicht zur Insolvenz führen kann.

Hier wird wiederum die Diskrepanz der Konstanz der Lastenausgleichsabgaben und Variabilität der Ertragslage deutlich.

Die aktuelle Situation zeigt uns dies noch deutlicher angesichts der Liquiditätsminderungen, welche ausgelöst sind durch die Investitionen des Wiederaufbaues und der Steuernachzahlungen.

III. Folgerung für die Finanzierung des Unternehmens.

Die Anfügung der finanziellen Folgerungen ergibt sich aus der Tatsache, daß die Bilanz, wenn man es so deuten will, als ein Niederschlag finanzieller Transaktionen angesehen werden kann. Die Bilanz ist in statischer Sicht ein Finanzstatus, oder wenn man es dynamisch sehen will, ist der Bilanzinhalt eine Einnahme- Ausgaben- Rechnung und eine Aufwands- und Ertrags-Rechnung. Die Lastenausgleichsabgabe erstreckt sich über 27 Jahre, es ist eine Ausgabe, die zu keiner Einnahme führt. —

Im Rahmen dieser Darstellung sollen nun einige Schwerpunkte in Bezug auf die finanzielle Führung Berücksichtigung finden, wie sie sich aus den Lastenausgleichs=abgaben ergeben.

In unserer bisherigen Darstellung ist deutlich zum Ausdruck gekommen, daß die Lastenausgleichsabgaben sowohl eine Schmälerung in der Substanz als im Ertrag zur Folge haben.

Dies hat seine Wirkungen im Hinblick auf den Finanzbedarf des Unternehmens, die Voraussetzung seiner Erfüllung der Kreditwürdigkeit und die Abwicklung des Bedarfes durch Beschaffung langfristigen Kapitals. Das gleiche gilt für die besonderen Finanzierungsfälle der Unternehmungsumbildungen.

Wir wollen im Folgenden den Einfluß der Lastenausgleichsabgabe, soweit sie sich auf die Kapitalbeschaffung bezieht, den vergrößerten Umfang des Finanzbedarfes auf die Außenfinanzierung und die Innenfinanzierung aufzeigen.

1. Vergrößerter Umfang des Finanzbedarfes bei der Außenfinanzierung.

Die Lastenausgleichsabgaben haben, wie dargelegt wurde, eine Schmälerung der Liquidität zur Folge. Dieses Faktum macht unter Umständen eine Zwischenfinanzierung erforderlich. Indessen handelt es sich im wesentlichen nicht um die Betrachtung der kurzfristigen Finanzierung, sondern um die Frage der langfristigen Finanzierung, der Beschaffung von Investitionskapital. Dies bedeutet, daß Finanzierungsquellen von außen gesucht werden müssen. Um diese Frage zu beantworten, muß die Prämisse zu jeder Kapitalaufnahme, nämlich die Kreditwürdigkeit unter der Funktion der Lastenausgleichsabgabe untersucht werden. Danach sollen die besonderen Beschaffungsmöglichkeiten langfristigen Kapitals Erwähnung finden.

Im Hinblick auf die Kreditwürdigkeit unterscheidet man zwei Arten der Kreditvergabe, den Real- und den Personalkredit. Letzterer ist gewissermaßen ein Blankokredit auf die Persönlichkeit des Kreditnehmers zugeschnitten; während der Realcredit durch Absonderung bestimmter Aktiva speziell gedeckt wird, wobei die Kreditsicherung durch Effekten, Waren, Hypotheken usw. geschieht. Nach Kalveram ist eine Unternehmung kreditwürdig, „wenn die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit besteht, die vereinbarten Zins- und Rückzahlungstermine ohne Angriff auf die Lebenskraft des Unternehmens einzuhalten und diese Verpflichtung aus dem natürlichen Leistungsprozeß ohne Schädigung anderer Interessen zu erfüllen“.¹⁾

In der Gegenwart erfolgt die Kreditvergabe meist nur in Form des Realkredites. Die Statistiken der Banken zeigen dies auf.

Das Motiv, daß nur noch Realkredite vergeben werden, liegt in der allgemeinen Unsicherheit des geschäftlichen Lebens. Als Basis eines Kredites dienen also nur noch die Realien. Die Lastenausgleichsabgabe schmälert, auch wenn sie aus dem Ertrag des Unternehmens liquidiert wird, die Substanz. Die logische Folge für die Kreditwürdigkeit ist, daß die Unternehmung in der Erhaltung ihres Kapitals und auch in ihrem Wachstumsprozeß eine Minderung erfährt, zumindest für die Gegenwart ist eine doch behinderte Fähigkeit des Kreditnehmers festzustellen, den Kredit und seine Werterhaltung durch reale Pfanddeckungen sicherzustellen und zu garantieren.

Der Kreditgeber muß den Eindruck gewinnen, daß die Regeneration des Kredites aus dem Umsatzprozeß des Unternehmens und aus der durch den Kredit erzeugten zusätzlichen Fruchtbarkeit nicht möglich ist, denn die ökonomischen Ertragskräfte der kreditnehmenden Unternehmer sind in ihrer Wirkungskraft eingengt.

¹⁾ Siehe Kalveram, „Finanzierung“, Handelshochschule 2. Auflage.

Ist schon die Möglichkeit zur Aufnahme von Kapital durch die geminderte Kreditwürdigkeit gegeben, so zeigen sich weitere Probleme und Schwierigkeiten, nicht nur auf der Seite des Kreditnehmers sondern auch auf Seiten der Kreditgeber, wenn wir die gegenwärtige Situation auf dem Kapitalmarkt betrachten. Die Funktionsfähigkeit des westdeutschen Kapitalmarktes ist weitgehend eingeengt und auch die Versuche den Markt für langfristiges Kapital in Gang zu bringen, sind bis dato nicht erfolgreich gewesen. Die Anlage der Mittel aus dem Publikum werden kurzfristig disponibel angelegt, was die natürliche Folge der Realwertverluste durch die deutschen Inflationen ist.

Die Beschaffung jungen Kapitals trifft deshalb auf Schwierigkeiten. Vor allen Dingen war es der Staat, welcher mit seinen günstigen Bedingungen den Kapitalmarkt absaugte, soweit Kapital verfügbar war. Die Placierung dieser Papiere im Publikum war und ist durch damit gekoppelten Steuervergünstigungen begründet. Diese Staatspapiere bieten dem einzelnen Erwerber einen wesentlichen Vorteil gegenüber den Aktien, die im Gegensatz dazu der Doppelbesteuerung unterliegen.

2. Die Innenfinanzierung.

Unter der Finanzierung von innen versteht man im wesentlichen die Finanzierung durch Einlagen oder die Finanzierung aus unverteilter Gewinnen, die sogenannte Selbstfinanzierung. Da durch Selbstfinanzierung in den letzten Jahren die Reproduktion und Erweiterung der westdeutschen Unternehmen geschah, sei sie, obgleich wir es schon mehrmals betonten, in diesem Zusammenhang ihrer Bedeutung wegen nochmals erwähnt.

Infolge der Funktionsunfähigkeit des Kapitalmarktes waren die Unternehmen gezwungen die sogenannte Finanzierung über den Preis durchzuführen. Die Gewinne, die hieraus entstehen, werden nicht an die Kapitaleigner ausgeschüttet, sondern von der Lastenausgleichsabgabe teilweise kompensiert.

Hierdurch ist ohne weiteres einzusehen, daß sich das Motiv und das Ergebnis der Selbstfinanzierung mit den Leistungen für den Lastenausgleich widerspricht.

Um dies deutlich zu machen, müssen wir die Vorteile der Selbstfinanzierung kurz erwähnen. Selbstfinanzierung bedeutet Unabhängigkeit von Fremdkapital, was ein Hemmschuh in der Dispositionsfreiheit des Unternehmens darstellen kann. Dies entspringt oft der verschiedenen Grundeinstellung von Kreditgebern und Unternehmer.

Schließlich sei noch die Unabhängigkeit von den Gesellschaftern genannt, auch ist die Aufrechterhaltung stabiler Dividendensätze ein Positivum, was aus der Selbstfinanzierung resultiert.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ist der wesentlichste Vorteil der Selbstfinanzierung, daß das neu gebildete Kapital unmittelbar produktiven Zwecken zugeführt wird und der Umweg über den Kreditmarkt vermieden wird.

Alle diese Vorteile werden durch die Abgaben des Lastenausgleiches partiell kompensiert. Als Ausweichmöglichkeit bleibt dem Unternehmen nur den Anteil der Selbstfinanzierung zu vergrößern, was eine Erhöhung des Preises bedeutet, mit all seinen Konsequenzen für den Absatzmarkt und die Beschäftigungslage.

Als Ergebnis können wir buchen, daß die Lastenausgleichsabgabe für die Innenfinanzierung von Einfluß ist; entweder werden die Vorteile der Selbstfinanzierung in gewissen Grade aufgehoben oder das Unternehmen gezwungen, das Selbstfinanzierungsausmaß zu steigern, was bedenkliche Folgen für die Betriebswirtschaft und die Volkswirtschaft nach sich zieht.

D. Schluß:

Die mangelnde Elastizität des Lastenausgleichsgesetzes.

Überblicken wir nochmals die Einwirkungen der Lastenausgleichsabgaben, wie sie sich nach dem formalen Recht auf die Unternehmen auswirken, so fällt kritisch die Starrheit, die geringe Anpassungsfähigkeit an die betriebswirtschaftlichen Erfordernisse der einzelnen Unternehmen, auf.

Die dauernden Datenveränderungen, die neuen Bedingungen, welche sich im dynamischen Ablauf des Wirtschaftsprozesses ergeben und welchem sich die Unternehmen anpassen müssen, haben keine Berücksichtigung in diesen Gesetzesvorschriften gefunden. Schon die Bemessung der Abgabenleistungen nach einem Stichtagsvermögen zeigt diese Starrheit, wobei besonders noch darauf Aufmerksam zu machen ist, daß dieser Stichtag an einem Zeitabschnitt festgelegt wurde, welcher eine Desorganisation der deutschen Volkswirtschaft aufwies.

Aus diesem Grunde ist dieses Stichtagsvermögen als Basis für die Abgaben des Lastenausgleiches nicht geeignet, vor allen Dingen nicht zu übertragen auf einen Zeitabschnitt, in welchem ein normaler Entwicklungsprozeß stattfand.

Schließlich, und dies wurde in unserer Darstellung öfters betont, ist die Bemessung ohne Berücksichtigung der Ertragskraft und Liquidität geschehen. In einem — so könnte man sagen — statischen Denken — finanzstatischen Denken — wurde ein formaler Satz der Abgaben festgesetzt, ohne Rücksicht auf die konjunkturellen Wechsellagen. Der Gesetzgeber geht davon aus, daß das Unternehmen immer einen Ertrag erzielt, einen ansteigenden oder zumindest gleichmäßigen Ertrag. Eine Abschwungsperiode, in der der Ertrag sich mindert oder gar Verlust entsteht, ist außer acht gelassen.

Die Starrheit der Abgaben wirkt dann bei rückläufiger Ertragsentwicklung existenzgefährdend, denn es besteht kein Rechtsanspruch auf Ermäßigung der Abgaben. Auch sind die übrigen Billigkeitsmaßnahmen eingeschränkt, denn die Abgaben müssen auch geleistet werden bei der Minderung oder Verlust des Stichtagsvermögens, bei Verschlechterung der Ertragsverhältnisse und bei negativen Ertrag. Der Grundsatz der Zumutbarkeit wird außer acht gelassen und die tatsächliche Ertragskraft des Unternehmens nicht berücksichtigt.

Die mangelnde Elastizität dieses formalen Rechtes, welches dem dynamischen Ablauf des Wirtschaftslebens keine Rechnung trägt, ist der Fehler in der Grundkonzeption des Lastenausgleichsgesetzes. Der Geist und der Sinn des Gesetzes ist ein formal rechtlicher und kein betriebswirtschaftlich=dynamischer.

Es entsteht deshalb die Frage, was der Gesetzgeber in Zukunft tun will, um diese potentiellen Gefahren zu beseitigen.

Man könnte etwa daran denken, daß zukünftige Ausfälle am Aufkommen der Abgaben durch die Substanz der öffentlichen Wirtschaft abgedeckt würden, oder aber, daß die Grundkonzeption eine Änderung erfährt.

Doch dies sind die Aufgaben des Gesetzgebers.

Quellenangaben

1. Adler=Duering=Schmaltz, „Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft“.
2. Eßer, Gesetz über den Lastenausgleich (Heft 23 der Schriftenreihe des Instituts „Finanz und Steuer“, Bonn, 1952).
3. Flume, Hypothekengewinnabgabe: Ein Fehler. „Handelsblatt“ vom 25. 4. 1952.
4. Georgi, Die Abzugsfähigkeit der Lastenausgleichsabgaben. DStRdsch. 1952 S. 356 ff.
5. Geßler, Bilanzierung der Lastenausgleichsabgaben. Textausgabe des Lastenausgleichsgesetzes S. 89, Deutscher Bundesverlag Bonn 1952.
6. Geßler=Hafermehl, Hildebrandt=Schröder, Kommentar zum HGB, 2. Aufl.
7. Hohrmann, Die Vermögensabgabe beim Übergang von Vermögen. „Der Betriebs-Berater“ 1952 S. 409.
8. Hohrmann=Ostendorf=Deidmann, Lastenausgleich, Kommentar=Ausgabe. „Deutsche Steuer-Zeitung“, Ausg. C 1952.
9. Horowski, Die Berücksichtigung von Kriegsschäden bei der Berechnung der Vermögensabgabe. „Der Betriebs-Berater“ Heft 25/1952.
10. Karoli, Die Lastenausgleichsabgaben im Jahresabschluß und Geschäftsbericht. „Der Wirtschaftsprüfer“ Heft 12/1952.
11. Köster, Zur Kappung bei der Hypothekengewinnabgabe. „Der Steuerpraktiker“ 1952 S. 786 f.
12. Köster, Hypotheken- und Kreditgewinnabgabe. „Der Steuerpraktiker“ 1952 S. 766 ff.
13. Köster, Klauseln über Tragung der Kreditgewinnabgabe und Hypothekengewinnabgabe. „Der Steuerpraktiker“ 1953 S. 14.
14. Köster, Sonderfälle der Hypothekengewinnabgabe. „Der Steuerpraktiker“ 1952 S. 805 f.
15. Kühne, Grundsatzfragen der Abgabenseite des Lastenausgleichs. DStRdsch. 1952 S. 333 ff.
16. Kühne, Grundsatzfragen der Abgabenseite des Lastenausgleichs. „Betriebsberater“ 1952 S. 685.
17. Kühne=Wolff, Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. 8. 1952.
18. Kuhl, „Ausweis der Lastenausgleichsabgaben in der Jahresbilanz oder nachrichtlicher Vermerk?“ Der Betrieb 1951 S. 118 ff.
19. Meilicke, Auswirkungen des Lastenausgleichs auf das Privatrecht. Steuerberater Jahrbuch 1952 S. 29.
20. Meilicke=Georgi=Schulze=Brachmann, Kommentar zum Lastenausgleichsgesetz, Franz Vahlen, 1953.
21. Mirre, Das Privatvermögen in der Handelsbilanz. StuW 1942 Sp. 1.
22. Mellerowicz, „Die Führung des Betriebes“ in der Festschrift Kalveram.

23. Ostendorf, Die Vermögensabgabe des Lastenausgleichs-
gesetzes. „Der Betrieb“ 1952 Nr. 33 S. 663; und 2. Teil
in Nr. 34.
24. Parisius=Crüger und Cercelius, Genossen=Gesetz 10. Aufl.
25. Riewald, Kommentar zur Reichsabgabenordnung.
26. Ruberg, „Die Bilanzierung der Vermögensabgabe beim
Lastenausgleich“, Neue Betriebswirtschaft S. 17
ff. 1951.
27. Schlegelberger=Quassowski= Herbig=Geßler=Hefermehl, Kommentar zum Aktien=Gesetz.
28. Schmalenbach, Dynamische Bilanz, 9. Aufl.
29. Scholz, Kommentar zum GmbH=Gesetz, 2. Aufl.
30. Thoms, Rentabilität und Leistung, 1940.
31. Vogel, Zur Einkommensteuerlichen Behandlung der Rück-
erstattung. „Betriebs-Berater“ 1953 S. 55.
32. Vogt, Vermögensübergang und Lastenausgleich. „Finanz-
Rundschau“ 1952 S. 315 ff.
33. Weipert, Großkommentar zum Akt. Ges.
34. Zeitschrift, „Der Betrieb“ 1952 S. 895 ff. Die Abzugsfähigkeit
der Lastenausgleichsabgaben bei den Ertrags-
steuern.
35. Zeitschrift, Fachliche Mitteilungen der Deutschen Revisions-
und Treuhand=Akt. Gesellschaft, Okt. 1952 Nr. 8.
36. „Die Wirtschaftsprüfung“, Vor- und Nachteile bei der Ablösung der Lasten-
ausgleichsabgaben. Dipl.-Ing. H. Gudehus. Jg. 7
Nr. 1 und 7.
37. „Die Wirtschaftsprüfung“, Buchungs- und Bilanzierungsprobleme bei Über-
nahme der Vermögensabgabenschuld. Dr. B. Pflu-
ger. Jg. 7, Nr. 3.
38. „Die Wirtschaftsprüfung“, Die Vorleistungen auf den Lastenausgleich. Bank-
rat W. Walk. Jg. 7, Nr. 7.
39. „Die Wirtschaftsprüfung“, Die Abschreibungen des Lastenausgleichsgegen-
postens in Sonderfällen. Dr. Forster Jg. 7, Nr. 18.

A b k ü r z u n g e n :

- BMW = Bundeswirtschaftsministerium.
 BeWG = Bewertungsgesetz.
 DMEB = D=Markeröffnungsbilanz.
 DMBG = D=Markbilanz=Gesetz.
 DV-LA = Durchführungsverordnung über Lastenausgleichsabgaben nach dem Lasten-
 ausgleichsgesetz.
 ESTR = Einkommenssteuer=Richtlinien.
 ESTG = Einkommenssteuer=Gesetz.
 FG = Feststellungsgesetz.
 LAG = Lastenausgleichsgesetz.
 RGZ = Reichsgericht in Zivilsachen.
 RWP = Blattei-Handbuch, Rechts- und Wirtschafts=Praxis.
 u. U. = unter Umständen.
 UmSTG = Umstellungsgesetz vom 20. 6. 1948.
 VSTR = Vermögenssteuer=Richtlinien
 STVG = Veranlagungs=Gesetz.

Curriculum vitae

In meiner Heimatstadt Frankfurt a. M. wurde ich, Arwed Carl Otto, am 23. 2. 1924 als Sohn des Kaufmanns Arwed Otto und seiner Ehefrau Margarethe, geb. Zins, geboren. Nach dem Besuch der Grundschule trat ich an Ostern 1935 in die Oberrealschule ein und legte dort am 25. Januar 1944 die Reifeprüfung ab.

Nach einem kurzen Studium der Naturwissenschaften an der Universität in Frankfurt/Main begann ich ebenda 1950 mit dem Studium der Staatswissenschaften (Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Privates und Öffentliches Recht). Zum Sommersemester 1954 ging ich für zwei Semester an die Universität Innsbruck, wo ich am 5. Mai 1955 das Diplomvolkswirt-Examen ablegte. Dann führte mich mein Weg nach Basel, und dort habe ich am 8. März 1956 das Examen eines Doktors der Staatswissenschaften bestanden. Vorlesungen und Übungen habe ich besucht in Frankfurt bei den Professoren Banse, Birk, Coing, Dornemann, Flaskämper, Fröhlich, Giese, Gutenberg, Häbisch, Hagemüller, Hax, Henzel, Herzog, Hoeningner, Hundhausen, Mayer, Neumark, Preisser, Ridder, Schiedermair, Sauermann, Schlochauer, Wolf, Wehrle, in Innsbruck bei den Professoren Antonioli, Bayer, Condanari, Eggert, Giner, Huter, Reut-Nicolussi, Stemberger, Ulmer, in Basel bei den Professoren Imboden, Salin, Wackernagel.

